blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



„Kambodschanischer Soldat beim Plündern" („Die Welt")
„Dem Sieg folgte die Rache an den Reichen" („Der Stern")

Nach Aussage Christoph Maria Fröders, von dem das Foto stammt, zeigt es einen Soldaten der siegreichen kambodschanischen Befreiungsbewegung, der gegen Plünderungen vorgeht.

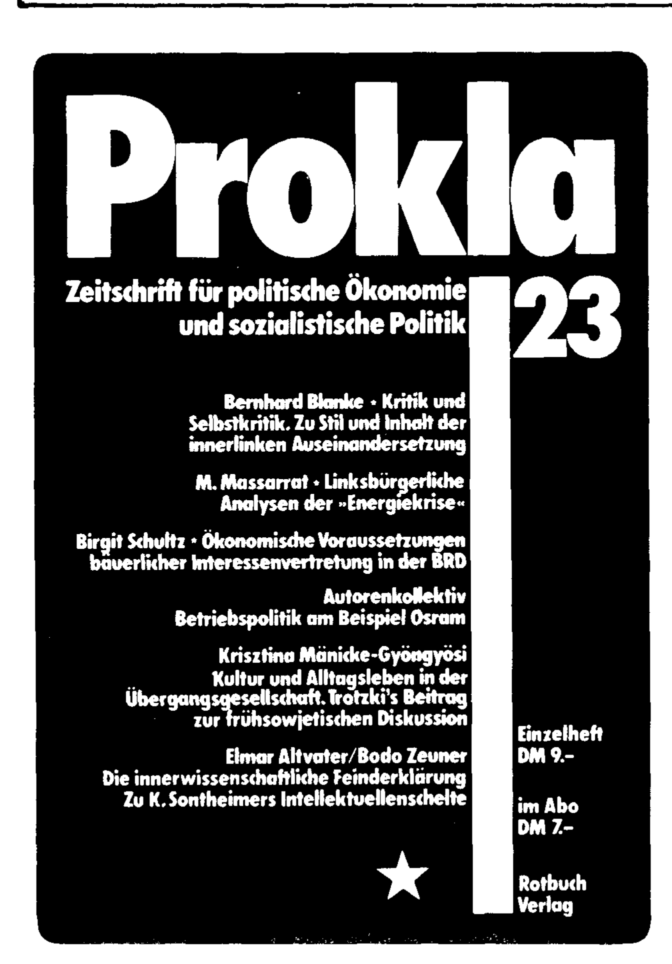
REVOLUTIONÄRE GEWALT IN INDOCHINA

AUS DEM INHALT

Nr. 56
Okt. 76

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328, D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03

DM 2,50


Prokla
Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik
23
Bernhard Blanke · Kritik und Selbstkritik. Zu Stil und Inhalt der innerlinken Auseinandersetzung
M. Massarrat · Linksbürgerliche Analysen der »Energiekrise«
Birgit Schultz · Ökonomische Voraussetzungen bäuerlicher Interessenvertretung in der BRD
Autorenkollektiv
Betriebspolitik am Beispiel Osram
Krisztina Mänicke-Gyöngyösi
Kultur und Alltagsleben in der Übergangsgesellschaft. Trotzki's Beitrag zur frühsowjetischen Diskussion
Elmar Altvater/Bodo Zeuner
Die innerwissenschaftliche Feinderklärung
Zu K. Sontheimers Intellektuellenschelte
Einzelheft DM 9.-
im Abo DM 7.-
Rotbuch Verlag



Bestellschein für Geschenkabonnement

Ich bestelle für

....
Name des Beschenkten

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

....
Name des Schenkers

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

....
Unterschrift des Schenkers

blätter des iz3w

Abonnierzettel

Ich abonniere die „blätter des iz3w"

☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres

☐ ab der letzten erschienenen Nummer

☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,– / öS 200,00 / SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin . . . .
und abonniere zum ermäßigten Preis für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. vor DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr.

Ich bitte um Nachlieferung – soweit lieferbar – des Jahrgangs

☐ 1972 (Nr. 15 – 20 DM 11,25)

☐ 1973 (Nr. 21/22 – 30 DM 18,00)

☐ 1974 (Nr 31 – 40 DM 18,00)

☐ 1975 (Nr. 41/42 – 50 DM 25,– / Schüler etc. DM 18,–)

Absender

Die folgenden Angaben benötigen wir nur für statistische Zwecke; die Bestellung wird auch ohne sie ausgeführt.

Beruf: . . . .

Geburtsjahrgang: . . . .

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE

Lateinamerika

EKUADOR

Sprenung einer Kirchenkonferenz
14. – 19.8. FR/ 1.9. Guardian

Am 9.8. begann bei Riobamba die lateinamerikanische Bischofskonferenz, die sich mit der Realisierung der Beschlüsse von Modellin beschäftigen sollte. Die Tagung sollte am 14.8. mit der Annahme eines Hirtenbriefes politischen Inhalts beendet werden.
Drei Tage später löste ecuatorianische Polizei die Konferenz auf; die etwa 40 Teilnehmer (Bischöfe, Priester und Laien aus Nord- und Südamerika) wurden gefangen genommen. Aufgrund internationaler Proteste ließ die Regierung die ausländischen Teilnehmer wenige Tage später frei, verwies sie aber des Landes. Die ecuatorianischen Teilnehmer wurden später freigelassen.
Die Regierung Ecuadors begründete diese Maßnahme durch „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ecuadors, subversive Umtriebe und Einreise unter Vorspiegelung falscher Tatsaachen:" Die wahren Gründe dürften jedoch tiefer liegen: Trotz der Entdeckung großer Ölvorkommen hat es die Regierung Ecuadors nicht geschafft, die Lage der armen Massen entscheidend zu verbessern; die Unterdrückung und Verelendung der unteren Bevölkerungsschichten nahm vielmehr in den letzten Jahren eher zu (vgl. „blätter des iz3w", Nr. 51, S. 19 ff.). In Ecuador ist die Kirche (wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern auch) nahezu die einzige Institution, die wirksam gegen diese Zustände pro testieren kann. Der Bischof von Riobamba, Proano, der die obengenannte Konferenz leitete und der dann auch verhaftet wurde, ist z.B. für seine Stellungnahmen zugunsten der bisher immer wieder verzögerten Agrarreform in Ecuador und sozialer Veränderungen in Lateinamerika bekannt.
Derartige Äußerungen, die in der Tat für die derzeitige Regierung subversiv sind, sollten durch die Verhaftung der Geistlichen in Riobamba verhindert werden.
Bischof Proano berichtete nach seiner Freilassung von weiteren derartigen Versuchen: Es existiere ein sogenannter „Banzer-Plan" (der anscheinend in Zusammenarbeit mit dem CIA entstanden sei). Dieser habe das Ziel, der Kirche dort ihre Rechte zu entziehen, wo sie die Befreiung der Unterdrückten anstrebt. (Guardian, 1.9.).

MEXICO

Guerilla „fast zerschlagen"

Nach Angaben des mexikanischen Sicherheitsdienstes ist die Stadtguerilla „Liga 23. September" „fast zerschlagen". Die Bewegung soll früher bis 3.000 Mitglieder gehabt haben.
Von diesen sind 900 bei Zusammenstößen mit der Polizei gefallen und andere 900 befinden sich in Haft. Der Rest soll sich resigniert zurückgezogen haben (FR 17-8-76). Diese Meldungen kamen anläßlich des Versuches der Liga, die Schwester des designierten Präsidenten Lopez Portillo zu entführen (Anfang August). Bei diesem Anschlag kam der angebliche Chef der Guerilla ums Leben. Daß die Guerilla nicht völlig zerschlagen ist, beweist der Vergeltungsanschlag auf einen Millionär einige Wochen darauf (FR 30-8-76).
Es ist ziemlich schwer, die Größe und die Aktivitäten der mexikanischen Guerilla einzuschätzen. Jedenfalls zeigen die regionalen Anschläge, die in der letzten Zeit häufiger vorgekommen sind, daß die vielgepriesene politische Stabilität Mexikos nur ein Schein ist.
Abgesehen von den Guerillas gibt es auch bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen den Klein- und Großbauern und den rivalisierenden linken und rechten Fraktionen der Arbeiter, wie zuletzt unter den Elektrizitätsarbeitern in Puebla (Le Monde 28.7.76).
Meistens stehen die Regierung oder ihre Verbündeten hinter diesen Auseinandersetzungen, indem sie ganz bewußt die eine Gruppe direkt oder indirekt gegen die anderen provoziert.

In der Meldung über die Zerschlagung der Guerilla wird indirekt zugegeben, daß es in Mexiko politische Gefangene gibt. Zu diesen politischen Gefangenen gehören nicht nur diejenigen, die wegen Guerilla-Aktivitäten beschuldigt werden, sondern auch Personen, die sich der offiziellen Politik widersetzen. So sind z.B. Namen von über 200 Bauern aus dem Bundesstaat Guerrero bekannt, die von der Polizei verschleppt wurden und seitdem verschwunden sind. Diese Gefangenen werden nicht nur schwer gefoltert; sie sind auch in unmittelbarer Lebensgefahr, da viele von Polizei und Militär zu Tode gequält oder erschossen werden.
Die Folterungen und das Schicksal der politischen Gefangenen in Mexiko sind in der Weltöffentlichkeit wenig bekannt. Noch empörender ist die Tatsache, daß die Polizei viele Schwierigkeiten mit politischen Gefangenen überhaupt dadurch umgeht, daß sie politische Gegner nicht mehr verhaftet, sondern direkt bei der Festnahme erschießt.
Auch viele Teilnehmer der Studentendemonstrationen von 1968 und 1971, wobei hunderte von Menschen ums Leben kamen, befinden sich in Haft. Trotz Beteuerungen Echeverrias, daß diese Gefangenen schon längst amnestiert worden seien, wurde neulich wieder eine neue Generalamnestie gerade für diese Gefangenen erlassen. Daß heißt, daß diese Gefangenen trotz Begnadigung in der Haft bleiben mußten.

Abwertung des Peso
Ende August wurde die seit 22 Jahren feste Parität des mexikanischen Peso zum US-Dollar aufgehoben. Diese Maßnahme hatte eine Abwertung, die etwa 35-38 % beträgt, zur Folge (Le Monde 7-9-76).
Sie wurde als einzige Lösung für die äußerst schlechte Finanzsituation des Landes angesehen. Der Außenhandelsdefizit ist in den letzten Jahren sehr schnell gewachsen. Dies beruht teils darauf, daß Mexiko wegen schlechter Ernten viele Lebensmittel importieren mußte (früher konnte es sogar Mais und Weizen exportieren, die die Hauptnahrungsmittel sind), teils darauf, daß die mexikanische Exportwirtschaft auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig ist. Die Produktionspreise sind sehr hoch, so daß die Preise der mexikanischen Produkte oft die Weltmarktpreise übersteigen. Außerdem leidet die mexikanische Industrie unter Versorgungsschwierigkeiten, vor allem an wichtigen Rohstoffen, so daß die Kapazitäten nicht voll ausgenutzt werden können. Die Zahlungsbilanzdefizite haben sich ebenfalls vergrößert. Allein der Schuldendienst für die offizielle Auslandsverschuldung soll letztes Jahr 30 % der Exporteinnahmen betragen haben (NZZ 23-7-76).



Die Nutznießer der Peso-Abwertung sind vor allem die Importeure und ausländischen Investoren. Nachteilig ist die Abwertung für die Lohnabhängigen, die darauf angewiesen sind, importierte Waren zu höheren Preisen zu kaufen. So fordern die Arbeiter des Volkswagen de Mexiko eine Lohnerhöhung von 75 %. (FR 14-9-76).



Südliches Afrika

SÜDAFRIKA

Die folgenden Überlegungen beruhen vorwiegend auf Informationen und Eindrücken während eines Südafrika-Aufenthaltes im Juli und August dieses Jahres. Der Schwerpunkt liegt auf der Rekapitulierung der Ereignisse, die, wenn überhaupt, in der bürgerlichen Presse sehr verzerrt dargestellt wurden.

Die Entwicklung in den Zentren
Wie bekannt war der Ausgangspunkt, der sich gegenwärtig formierenden Oppositionsbewegung der Sprachenstreit an den höheren Schulen der schwarzen Townships. Bereits seit Mai befanden sich einige der ca. 10 High Schools von Soweto, der schwarzen Ghetto-Millionenstadt südwestlich von Johannesburg, im Streik gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache für Mathematik, Physik usw. Als die streikenden Schüler am 16. Juni einen Demonstrationszug von Schule zu Schule bildeten, dem sich mehr und mehr anschlossen, eröffnete die Polizei das Feuer. Die Reaktion der Schüler war die Zerstörung von Symbolen der Unterdrückung: Administrationsgebäude, Postämter, Birhallen usw., jedoch keine Privathäuser, Kirchen und (zunächst) Schulen. Die Polizei hatte die Anweisung, „Eigentum zu schützen" und griff rücksichtslos durch. Entgegen offiziellen Stellungnahmen lag laut Augenzeugenberichten die Zahl der Todesopfer in den ersten Tagen allein in Soweto bei 500, im Raum von Johannesburg bei 1000, vorwiegend Jugendliche und Kinder, z.T. völlig unbeteiligte Personen.
Dieses Vorgehen der Polizei bewirkte, daß sich die Protestbewegung wie ein Flächenbrand auf ganz Transvaal und auf die schwarzen „bush colleges" ausbreitete. Überall wurden öffentliche Einrichtungen niedergebrannt und zerstört, mehr und mehr waren auch Schulen betroffen, es kam zu Plünderungen. Es wurde viel darüber geschrieben, daß „tsotsis", in Banden organisierte jugendliche „Kriminelle", die weitere Entwicklung bestimmten. Dies mag zum Teil durchaus zutreffen, der Protest war weitgehend spontan und Folge all der angestauten Frustrationen, die nun zum Ausbruch kamen. Dennoch sind einige Anmerkungen zum Problem der „tsotsis" erforderlich: Die tsotsis gehören zu der Masse der drop-outs, die die Schule verließen oder nie besucht haben, weil sie illegal in den Städten wohnen, weil sie ihre Familien ernähren müssen, weil sie von klein auf ums Überleben kämpfen mußten usw., und die mehr oder weniger gezwungen sind, „kriminell" zu werden. Sie sind sehr stark in der Gefahr, ins Lumpenproletariat abzusinken. Dennoch lehnen die engagierten Schüler eine Spaltung in tsotsis und politisierte Schüler ab. Sie entgegnen, erstens seien die tsotsis als Opfer des Systems ihre Brüder zweitens werde jeder, der sich gegen das System auflehnt, als tsotsi definiert. Der Haß gegen das System ist allen gemeinsam. Allerdings war ein solcher Protest, der sic lediglich in der Zerstörung von Symbolen der Unterdrückung äußerte, perspektivlos und leicht instrumentalisierbar. Er forderte nur noch größere Opfer. In vielen Fällen wurden Zwischenfälle regelrecht provoziert (massive Polizeipräsenz, Versammlungsverbot, willkürliche Verfolgungen usw.), einige Vorfälle wurden außerordentlich aufgebauscht (z.B. waren ein paaar eingeworfene Fensterscheiben in der Fort Hare-Universität Grund für die Schließung der Uni),

Die türkische Demirel-Regierung hat das Parlament zum 14. September zu einer Sondersitzung einberufen, um das Gesetz über die Wiedereinführung der Staatlichen Sicherheitsgerichte (DGM) verabschieden zu lassen.
Diese militärischen Sondertribunale, deren Richter von der Regierung eingesetzt werden, sind am 11.10.1975 auf Antrag des Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (CHP) Ecevit vom Verfassungsgericht außer Kraft gesetzt worden. Allerdings hat das türkische Verfassungsgericht eine Jahresfrist eingeräumt, innerhalb der ein korrigierter Entwurf eingebracht werden kann. Um diese Frist einzuhalten, muß Ministerpräsident Demirel das Parlament in der Ferienzeit zusammenrufen.
Die Wiedereinführung der Staatlichen Sicherheitsgerichte würde einen entscheidenden Schlag gegen die demokratische Bewegung des Landes bedeuten, vor allem aber gegen die Arbeiter und deren Organisationen. Diese Sondertribunale sind ein Erbe aus der Zeit der Ausnahmezustände und Militärregierungen 1971-73 und haben schon seit ihrem Bestehen massenweise Arbeiter, Gewerkschaftler, Studenten, progressive Politiker, Künstler und Intellektuelle des Landes zu schweren Strafen verurteilt. Sie verkünden ihre Urteile nach den berüchtigten Paragraphen des türkischen StGB 141 und 142, die auch die legale Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) verbieten.
Gegen die Wiedererrichtung der DGM sind der progressive Gewerkschaftsbund DISK, 19 große Gewerkschaften des Türkischen Gewerkschaftsbundes TÜRK-IS, der Lehrerverband TÖB-DER, die Ingenieur- und Architektenverbände, Ärzte und Anwaltskammern, Jugend- und Frauenverbände und verschiedene Berufsstände des Landes aufgetreten.

Wir bitten Sie, die Aktion der türkischen progressiven und demokratischen Kräfte gegen die Staatlichen Sicherheitsgerichte zu unterstützen. Schicken Sie bitte Solidaritätsbriefe an DISK und Protestbriefe und die nebenstehende Postkarte an den Staatspräsidenten Korutürk. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie eine Kopie Ihres Schreibens an den Koordinationsausschuß des Türkischen Europakomitees für Frieden und Freiheit (TBÖKO, Rossdorfer Str. 33 A, 6000 Frankfurt/M, schicken würden.

Ich protestiere gegen die Institutionalisierung der Staatlichen Sicherheitsgerichte (DGM) durch die Regierung der Nationalistischen Front in der Türkei. Diese Gerichte sind eine Art von Sondergerichten mit Militärrichtern und sind auf die Aufhebung der demokratischen Rechte und Freiheiten gerichtet. Die willkürliche Verurteilung von tausenden von Bürgern wegen ihrer politischen Anschauung durch die DGM's ist ein schwerer Verstoß gegen die Demokratie und gegen die Allg. Erk. der Menschenrechte. Ich bitte Sie daher, das in Ihrer Macht stehende Mögliche gegen die Verabschiedung der Gesetze der DGM einzusetzen.

Name: . . . .

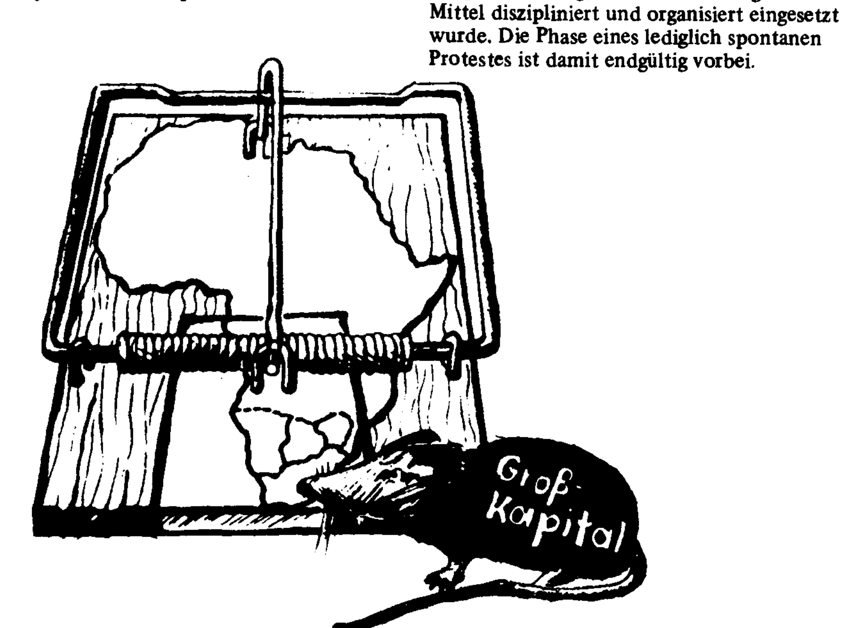
Anschrift: . . . .

Beruf: . . . .

POSTKARTE 50 Pfg.

An Seine Excellenz
den Präsidenten der
Türkischen Republik
Fahri Korutürk
CANKAYA–ANKARA
Türkei

einige Brandstiftungen gehen womöglich auf das Konto des Geheimdienstes (sehr stark ist dieser Verdacht z.B. im Falle der farbigen University of Western Cape).



Der Organisationsprozeß unter den Schülern machte jedoch große Fortschritte, insbesondere in Soweto. Es wurden „Students' Representative Councils" (SRC) gebildet, konkrete Forderungen gestellt (Verhandlungen über die Freilassung inhaftierter Schüler sowie über das System der „Bantu Erziehung"), die SRC-Mitglieder, die in den Untergrund gehen mußten, wurden durch ein gut funktionierendes Warn- und Schutzsystem gedeckt. Außerdem schlossen sich 10 verschiedene Organisationen, von der „Black Peoples Convention" (BPC) bis zum YMCA, zur „Black Parents' Association" (BPA) zusammen, die als Elternorganisation der Verhandlungspartner der Regierung anstelle der „Urban Bantu Councils" (UBC) werden sollte.
Ein ichtiger Schritt vorwärts bedeutete Anfang August die Aufforderung der Schüler von Soweto an die Arbeiter, für ihre Forderung „Freilassung der inhaftierten Brüder und Schwestern!" zu streiken. Der Aufruf stieß auf einige Sympathie, es kam aber auch zu Bedrohungen und gewaltsamen Behinderungen, was von Polizei, Regierung und Presse weidlich ausgeschlachtet wurde. Ein Demonstrationszug von 25 000 Schülern zum John Vorster-Gefängnis in der City wurde mit Waffengewalt auseinandergetrieben, die Streikfront (am 1. Tag 60 %) bröckelte bereits am 2. Tag ab.

Sorgfältiger vorbereitet wurde daraufhin der Streik vom 23. bis 25. August in Johannesburg. Über die Schüler, die in den Townships leichter mobilisierbar sind als die Arbeiter in den Betrieben (keine anerkannten Gewerkschaften, drohende Entlassung usw.), und die in hohem Maß bereits organisiert waren, wurden die Arbeiter vorbereitet. Der Streik sollte befristet sein (eine längere Dauer erlaubt das Einkommen nicht), Provokationen durch die Polizei sollte aus dem Weg gegangen werden. Die Beteiligung war überwältigend (80 bis 100 %), Johannesburg wurde lahmgelegt. Allerdings gelang es der Polizei und der Regierung, in gewissem Umfang „Wanderarbeiter", die in KZ-ähnlichen Lagern sehr schwer zu erreichen sind und in extremer Abhängigkeit leben, gegen die Streikenden aufzuwiegeln (angeblich „kriegerische Zulus"). Das Ausmaß der Auseinandersetzungen unter Schwarzen ist schwer festzustellen, jedenfalls ist diese Spaltungstaktik sehr ernst zu nehmen. Dennoch war die Aktion ein großer Erfolg, da der Streik als gezieltes Mittel diszipliniert und organisiert eingesetzt wurde. Die Phase eines lediglich spontanen Protestes ist damit endgültig vorbei.

Der Widerstand im gesamt-südafrikanischen Rahmen

Allerdings wirft das Verhältnis der Zentren des Widerstands zu den „ruhig" gebliebenen und peripheren Regionen einige Fragen auf: Ist das Bewußtsein von der Unterdrückung überall vorhanden? Welcher Art ist dieses Bewußtsein? Handelt es sich weitgehend um eine „Jugendrevolte"?
Das Bewußtsein der Diskriminierung und Ausbeutung und das Gefühl, eine Gemeinschaft der Unterdrückten zu bilden, ist – zumindest in den städtischen Gebieten – nahezu überall gegeben; der Haß gegen das System ist dort überall Gesprächsstoff. Das Übergreifen der „Unruhen" auf weitere Gebiete (wie z.B. auf Kapstadt am 10. August) bedarf deshalb nur relativ geringfügiger Anlässe, „ruhige" Regionen, wie z.B. Natal, müssen deshalb bei weitem nicht „ruhig" sein, die Stimmung ist vielmehr gespannt. Dies heißt jedoch zugleich, daß die Ausbreitung des Protestes weitgehend spontan geschieht; in welcher Weise er organisierte Formen annimmt, hängt vollständig von den beteiligten Personen und von den politischen Organisationen oder Gruppen am betreffenden Ort ab. Wieweit die im Untergrund tätigen Organisationen (v.a. ANC und PAC) die Entwicklung beeinflussen, ist kaum festzustellen, jedenfalls sind sie nicht das treibende Moment.

Beteiligt waren bisher im wesentlichen die Bewohner der afrikanischen Townships in Transvaal, in Kapstadt und Post Elizabeth sowie die afrikanischen Universitäten. Unter den Farbigen und Indern war die aktive Solidarität bisher weitgehend beschränkt auf die jeweilige Universität in Kapstadt bzw. Durban sowie auf farbige Schulen. Insbesondere im Kap zeichnet sich jedoch auch eine immer stärkere Beteiligung der farbigen Bevölkerung insgesamt ab. Die geringste Resonanz zeigt sich in den ländlichen Gebieten, insbesondere in den Homelands. Jedoch wurden auch in Bophutatswana Homeland-Administrationsgebäude in Brand gesteckt, in der Transkei bleibt abzuwarten, was Ende Oktober (Erklärung der „Unabhängigkeit") geschieht. In Kwazulu sowie unter den Zulus generell hat Chief Gasha Buthelezi und seine „Inkatha"-Bewegung vermutlich maßgeblichen Einfluß auf die Dämpfung und Kanalisierung potentiellen Protestes.
Sofern der sich formierende Widerstand als Jugend- oder Schülerbewegung charakterisiert wird, wird oberflächlich dem Rechnung getragen, daß die Schüler eine gewisse Avantgardefunktion übernommen haben.
Der Streik hat jedoch eindeutig gezeigt, daß der Widerstand von allen Teilen der schwarzen Bevölkerung getragen wird. Objektive wie subjektive Bedingungen bewirken aber, daß den Schülern eine Schlüsselrolle zukam: Objektiv sind jegliche Organisationsmöglichkeiten der „Nicht-Weißen" und ganz besonders der Afrikaner extrem beschnitten (Verbot von Parteien, Gewerkschaften usw.). Eine Organisierung ist praktisch nur in den kaum vollständig zu kontrollierenden Townships möglich, dabei bietet die Konzentration der Schüler in den Schulen besonders günstige Voraussetzungen, wobei die jungen politisierten Lehrer (ehemalige SASO-Studenten) eine nicht zu unterschätzende Roll spielen.
Subjektiv herrscht bei den Schülern bzw. Jugendlichen das Gefühl vor, nichts verlieren und nicht mehr länger warten zu können. Die Furcht vor dem Gewaltapparat haben sie in den letzten Monaten zu überspielen gelernt.
Demgegenüber bleibt bei den Erwachsenen die Sorge um die Familie und den Arbeitsplatz und die Erinnerung an die Zerschlagung des Widerstandes Anfang der 60er Jahre. Ihre Forderung lautet: Laßt unsere „wahren Führer" („true leaders") frei. Personen, die den meisten Jugendlichen allenfalls aus Erzählungen bekannt sind. Von einem „Generationskonflikt" zu sprechen, wäre verfehlt, jedoch wurden viele Erwachsene aus ihrer resignativen Lethargie erst gerissen, als die Schüler die Initiative ergriffen.

Tropisches Afrika

OSTAFRIKA

Zerfall der Ostafrikanischen Gemeinschaft
16.7., NZZ / 31.7. Standard (Nairobi)/ 19.8., Daily News (Daressalaam)/September 1976, africa

Der Prozeß der Auflösung der Ostafrikanischen Gemeinschaft, seit längerem erkennbar, beschleunigt sich immer mehr. Kenia, Tansania und Uganda hatten in der Gemeinschaft ein System gemeinsam von den britischen Kolonialherren ererbter Infrastruktur unterhalten, vor allem die gemeinsamen Bahn-, Hafen- und Luftverkehrsdienste, das Post- und Fernmeldewesen und ein Instrumentarium gemeinsamer Wirtschaftspolitik („Gemeinsamer Markt"). Gepriesen als Modell afrikanischer übernationaler Zusammenarbeit scheiterte die Gemeinschaft vor allem an der grundsätzlichen Verschiedenheit des kenianischen und tansanischen Entwicklungsmodells. Das zahlungsunfähige und politisch isolierte Uganda hat schon seit Monaten kaum noch Anteil an der Arbeit der Gemeinschaft.

Kenia, dessen Wirtschaft in den Händen einiger ausländischer Konzerne und deren einheimischen Verbündeten liegt, versteht sich als Anwalt des Freihandels und des freien Kapitalverkehrs. Mit seiner liberalen Wirtschaftspolitik bietet es sich als Stützpunkt der internationalen Konzerne für die Durchdringung afrikanischer Märkte an und hat folglich eine relativ „harte" Währung. Konsequenz dieser Politik ist die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger sowie große Entwicklungsun-

terschiede zwischen den Zentren (Nairobi, Mombasa) und den übrigen Landesteilen, wobei die Versorgung der Bevölkerung weit hinter den Möglichkeiten des Landes zurückbleibt. So kommt es u.a. zu regelmäßigen Ernährungskrisen im kenianischen Nordosten.
Tansania, erfolgreich bestrebt, den Lebensstandard der Massen zu heben, verfolgt eine weniger exportorientierte Wirtschaftspolitik und schützt sich mit Schutzzöllen gegen die kenianische Konkurrenz. Die staatsbürokratisch organisierte Industrie ist schwach und verzeichnet starkte Produktionsrückgänge. Die Landwirtschaft ist im Gegensatz zur kenianischen Plantagenwirtschaft vorwiegend genossenschaftlich organisiert und verzeichnet ebenfalls Produktionsrückgänge, die nur mühsam durch die Ausweitung der Anbauflächen für die Selbstversorgung der Bevölkerung ausgeglichen werden. Die tansanische Währung ist im Ausland praktisch wertlos.
Diese wirtschaftspolitischen Gegensätze machen ein Funktionieren der Wirtschaftsgemeinschaft unmöglich. Hinzu kommt, daß die Konzentrierung der Investitionen der Gemeinschaft im Raum Nairobi Tansania benachteiligt, Kenia aber für seine Leistungen von den Partnern nur wertloses Geld erhält. Das Funktionieren der Gemeinsöchaft wird weiterhin durch Korruption, nationale Egoismen und bürokratischen Schlendrian gestört. In Kenia macht darüber hinaus das von Präsidenten Kenyatta beherrschte KENATCO-Transportunternehmen der Bahn ruinöse Konkurrenz.

Die Eisenbahnen sind bereits fraktisch getrennt; Kenia und Tansania planen bereits für ihre Bereiche seit langem überfällige Investitionen. Die meisten anderen Dienste sind ebenfalls zusammengebrochen; das Ende der Luftverkehrsgesellschaften East African Airways und Simbair kündigt sich an. Lediglich für die Beibehaltung einiger profitarmer und kapitalintensiver Dienste wie Post, Fernmeldewesen und Flugsicherung bestehen noch Aussichten.

WESTAFRIKA

Senegal-Fluß-Projekt
23.7., jeune afrique / September 1976, africa

Nach jahrelangen Vorplanungen kann nun mit Hilfe zahlreicher ausländischer Kapitalgeber die Verwirklichung des Senegal-Fluß-Projektes beginnen, das die Verbesserung der Struktur des Senegal-Tales auf den Territorien Malis, Mauretaniens und Senegals vorsieht. Durch verschiedene Dämme soll der Fluß vor dem Eindringen des Meerwassers geschützt und bis nach Mali schiffbar gemacht werden. Ferner sollen die Dämme der Elektrizitätserzeugung und der Bewässerung dienen.

Die künftigen Konflikte zwischen den Partnerstaaten, deren Zusammenarbeit bisher schon recht mühsam war, sind bereits vorprogrammiert, da die verschiedenen nationalen Entwicklungspläne durchaus verschiedene Prioritäten bei der Wassernutzung vorsehen dürfen. Eine umfangreiche Wasserentnahme zu Bewässerungszwecken verträgt sich nicht mit den Belangen der Elektrizitätserzeugung und der Schiffahrt. Die Bevölkerung des Senegal-Beckens, durch die Sahel-Hungerkatastrophe stark betroffen, wird aller Voraussicht nach wenig von den Entwicklungsmaßnahmen profitieren. Die Wirtschaftspolitik Frankreichs hat in der Kolonialzeit vor allem in Senegal eine exportorientierte Landwirtschaft erzwungen, in der die Bauern billig für den europäischen Markt produzieren und ihren eigenen Lebensmittelbedarf zu einem großen Teil aus Importen decken mußten. Die afrikanischen Regierungen haben nach der „Unabhängigkeit" an diesem System mitverdient und darum wenig für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit ihrer Länder getan. Das internationale Agro-Business bereitet nun Hand in Hand mit der Weltbank die Nutzung der geplanten Bewässerungsgebiete für die Exportproduktion vor. Vor allem Fleisch und Wintergemüse sollen auf den europäischen Markt geworfen werden. Für die senegalesischen Bauern wird vermutlich nicht viel nutzbares Land übrig bleiben.



AFAR UND ISSAS

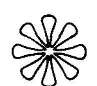
Übergangsregierung
31.7., 6.8., Le Monde, vgl. Hefte 51 und 55

Nach dem Rücktritt des früheren Statthalters der französischen Kolonialherren, Ali Aref, wurde ein liberal eingestellter Verwaltungsfunktionär, Abdallah Mohamed Kamil, als Präsident einer neuen Regierung gewählt. Die neue Regierung wurde erstmals im ethnischen Proporz gebildet und wird von einer von der Regierungspartei UNI abgespaltenen Gruppe in Verbindung mit der LPAI getragen. Die LPAI, die von beiden Stämmen des Landes getragen wird, unterstützt die geplanten Maßnahmen zur Schaffung demokratischer Strukturen. Neben dem Abbau der Überrepräsentation der Afar und der Aufhebung der übelsten polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen sollen Wahllisten für eine erste demokratische Wahl in dem Territorium aufgestellt werden. Für Ende Januar 1977 ist eine Abstimmung über die Unabhängigkeit des Territoriums vorgesehen. Dem entschlossenen Kampf dervor allem in der LPAI organisierten demokratischen Opposition ist es zuzuschreiben, daß Frankreich seine letzte Afrikakolonie aufgeben muß. Dem auch anderswo zu beobachtenden Abbau der französischen militärischen Präsenz in Afrika steht allerdings eine rapide Zunahme des militärischen Einflusses der Supermächte in jener Region gegenüber.

MADAGASKAR

Reiskampagne
13.8., 3.8., jeune afrique, vgl. den Madagaskar-Artikel im Heft 53

Die landwirtschaftliche Produktion Madagaskars, ohnehin durch Wirbelstürme, organisatorische Schwierigkeiten und Wirtschaftssabotage behindert, hält seit Jahren nicht mehr mit dem Bevölkerungswachstum Schritt. Obwohl Madagaskar ein reines Agrarland ist, werden jährlich große Mengen Reis eingeführt. Deshalb wurde eine große Kampagne zur Ankurbelung der Reisproduktion begonnen. Von einigen großen Plantagen abgesehen wird Reis von Kleinbauern geplanzt, die meist in einem losen genossenschaftlichen Verband (Fokonolona) zur Selbstversorgung wirtschaften. Nur 15 – 20 % der Produktion werden vermarktet, und auch mehrere Preiserhöhungen konnten diesen Anteil nicht erhöhen. Die Regierung versucht deshalb, den Bauern klar zu machen, daß das Land von ihnen abhängt, daß sie im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens stehen und daß ohne sie nichts besser werden kann. Hierdurch soll die Bereitschaft der Bauern, mehr zu erzeugen als sie selbst verbrauchen, gefördert werden. Landreformen, die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige und die Verbreitung des Gedankens der self-reliance in der Verwaltungsschicht flankieren diese Maßnahmen zur Besinnung auf die eigenen Möglichkeiten. Nachdem durch einen Hubschrauberunfall der Premierminister und der Minister für landwirtschaftliche Entwicklung und Landreform umgekommen waren, wurde eine umfangreiche Kabinettsumbildung eingeleitet, die die Stellung der Linken stärkte. Der neue Premierminister, Justin Rakotoniaina, hat wie der neue Landwirtschaftsminister gute Verbindungen zu Zirkeln der früheren Linksparteien. Die aufgelösten Parteien, die in verschiedenen Revolutionskomitees wieder auftauchen, scheinen der Regierung die früheren Eiertänze zwischen den zahllosen Klassenfraktionen vergeben zu haben und Präsident Ratsiraka stärkere Unterstützung geben zu wollen. Bis die Bauern zu stärkerem politischen Bewußtsein gekommen sind, bleibt die Stellung der Regierung gefährdet durch den Widerstand der städtischen Bourgeoisie und vieler Landnotabeln.





* * * * * * * * * * * * * * * * * *

Kuba

Dieter Seifried

REISEEINDRÜCKE VON EINEM ARBEITS- UND INFORMATIONSAUFENTHALT IN KUBA

Im Juni und Juli 1976 besuchte ich als Mitglied der Internationalen Arbeitsbrigade Jose Marti das erste sozialistische Land in der westlichen Hemisphäre: Die „Zuckerrohrinsel" Kuba.
Wir – 180 meist junge Leute aus 9 westeuropäischen Ländern – waren nicht nur zum Vergnügen nach Kuba gereist, sondern erhoben den Anspruch, durch unsere Arbeit unsere Solidarität mit dem kubanischen Volk auszudrücken. Außerdem waren wir alle mehr an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen dieses Landes als an seinen schönen Stränden interessiert.
Initiiert und organisiert wurde der Arbeits- und Informationsaufenthalt von dem kubanischen Institut für Völkerfreundschaft in Zusammenarbeit mit den Freundschaftsgesellschaften, die es u.a. in Italien, Schweiz, Frankreich, Belgien, Österreich und in der BRD gibt.[2]
Noch am Ankunftstag besichtigten wir unsere Arbeitsstelle, wo wir in den folgenden 3 Wochen beim Bau von Reihenwohnhäusern mithelfen sollten. Die Häuser gehörten zu der kleinen Siedlung Arigunabo (ca. 40 km von Havanna) und wurden für die Arbeiterfamilien einer nahegelegenen Textilfabrik gebaut.
Unsere Gruppe wohnte in einem nahegelegenen Lager, das aus einer Reihe von Holzbaracken besteht, in denen Schlafräume, Speisesaal, Versammlungsraum (mit Simultan-Dolmetscheranlage), Friseur, Arzt, Zahnarzt, Bücherei, Wäscherei, Post und Freizeiträume untergebracht sind.

Auf der Baustelle

Da die meisten von uns schwere Arbeit nicht gewöhnt waren, setzte uns das Schaufeln, Pickeln, Schubkarrenfahren, Fliesenlegen und Zementtragen mächtig zu. Erschwerend wirkten sich noch die klimatischen Bedingungen aus: Nachdem wir die ersten Tage in der tropisch-schwülen Nachmittagshitze gearbeitet hatten, wußten wir die Leistung unserer kubanischen Kollegen erst richtig zu schätzen. Neben den klimatischen Bedingungen wurde die Arbeit noch durch das zum Teil etwas unhandliche Werkzeug erschwert: So waren die Schubkarren teilweise selbst gezimmert und an die etwas zu kurzen Schaufeln mußte man sich zuerst gewöhnen.

Die Zwangspausen, die wir auf Grund unserer beschränkten körperlichen Kräfte ab und zu einlegen mußten, nutzten wir meist zu einem kleinen Plausch mit den kubanischen Bauarbeitern.
Unsere kubanischen Mitarbeiter waren zu einem Teil Baufacharbeiter und zum wohl größten Teil Mikrobrigadisten, die von der Arbeit in der Textilfabrik freigestellt wurden.

Da in Kuba auch 10 Jahre nach der Revolution immer noch große Wohnungsnot herrschte, wurde Anfang der 70er Jahre ein neuer Weg beschritten, um die Wohnungsprobleme schneller lösen zu können. Mit Hilfe sogenannter Mikrobrigaden sollten die Arbeiter jedes Betriebes ihre Wohnungen selbst bauen. Dazu wurden von der Arbeiterversammlung aus den Reihen der Freiwilligen Arbeiter gewählt, die für einen bestimmten Zeitraum von ihrer jeweiligen Arbeit freigestellt werden. Damit die Produktion in den einzelnen Betrieben durch den Abzug dieser Arbeitskräfte nicht absinkt, übernehmen die Kollegen die Arbeit dieser „Brigadistas". Diese wiederum arbeiten täglich 10 Stunden (mit Ausnahme der Sonntage, an denen nur 4-6 Stunden gearbeitet wird), um die Wohnungen so schnell wie möglich fertigzustellen.
Die Verteilung dieser Wohnungen an die Angehörigen des jeweiligen Betriebes wird von der Betriebsversammlung nach den Kriterien der Arbeitsleistung und der Dringlichkeit vorgenommen. Die Mieten für die möblierten Wohnungen betragen in städtischen Neubaugebieten 6 %, während die Wohnungen auf dem Lande mietfrei sind.

Basisdaten zu Kuba[1]

Oberfläche und Bodengestaltung
Hauptinsel: 114.449 km²; über 1.200 km lang und 50-200 km breit; gesamtes Staatsgebiet (mit küstennahen Inseln): 114.524 km². 3.500 km buchtenreiche Küste (zahlreiche gute Naturhäfen). Größtenteils Hügelland, im Süden Gebirge bis 2.500 m. Felsige Nordküste, zahlreiche kleine, vorgelagerte Inseln und Korallenriffe; Südküste größtenteils flach und versumpft.

Klima
Tropisches Seeklima; jahreszeitliche Schwankungen der Mitteltemperaturen zwischen 21°C (Februar) und 27°C (Juli).

Bevölkerung
9.183.000 Einwohner (Schätzung der CEPAL für Mitte 1975), letzte Volkszählung 1970: 8.392.000 Einw.
Angaben über Rassenanteile sind sehr unzuverlässig. Die Bevölkerung besteht etwa je zur Hälfte aus Weißen (vorwiegend spanischer Abstammung) und Negern bzw. Negermischlingen. In Havanna leben jüdische und chinesische Minderheiten. Die indianische Urbevölkerung ist ausgestorben.
Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren: 34 %
Mittlere Lebenserwartung (1965-70): männlich 64,9 – weiblich 68,7
Kindersterblichkeit: 27,4 v. T.

Landessprache: Spanisch

Landwirtschaft:
Größter Sektor der kubanischen Wirtschaft. Wichtigste Anbauprodukte: Rohrzucker (zugleich mit 80 % des Gesamtexporterlöses auch wichtigstes Ausfuhrerzeugnis), Tabak, Kaffee, Reis, Mais, Sisalhanf. Seit 1973 wurde die Anbaufläche für Zitrusfrüchte stark ausgeweitet. Neben Zuckerrohranbau ist die Viehwirtschaft von großer Bedeutung (Rinder- und Schweinezucht). Der Fischfang gewinnt für die Volksernährung weiterhin wachsende Bedeutung.

Bergbau: Wichtige Bergbauprodukte sind: Nickel, Kobalt, Chrom, Mangan.

Industrie: Zuckerraffinerien und andere zuckerverarbeitende Industriezweige; Ölraffinierien, Textilindustrie, Tabakindustrie.

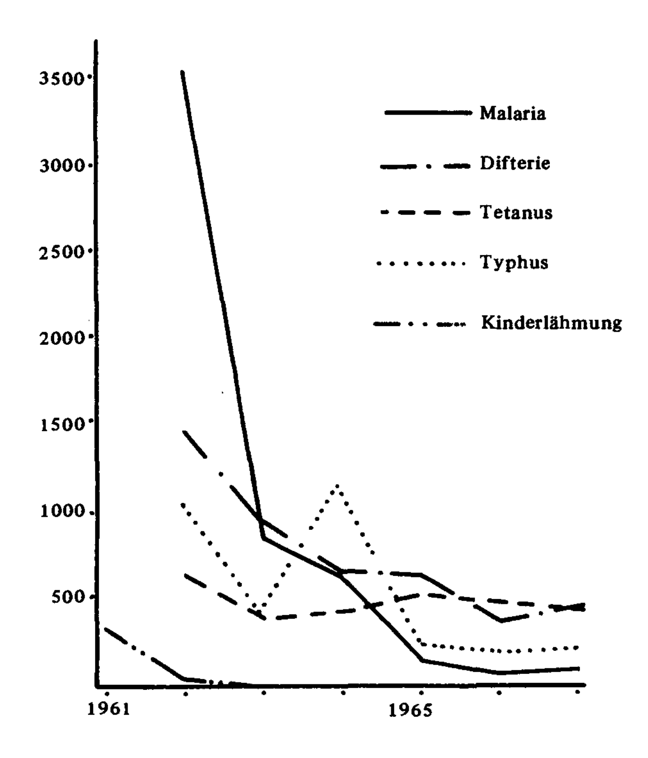
Verkehr
Gut ausgebautes Eisenbahnnetz (1969 über 18.000 km; davon ca. 12.000 km Werkbahnstrecken mit Schmalspur). Insgesamt rd. 22.000 km Landstraßen, davon 9.600 km (1972) Allwetterstraßen. Wichtigster Verkehrsträger im Außenhandel ist die Schiffahrt (30 Seehäfen, davon 19 an der Nordküste). Wichtigster Hafen ist Havanna mit 70 % des Einfuhr- und 30 % des Ausfuhrumschlages.

Zur Zeit sind etwa 1.200 Mikrobrigaden damit beschäftigt, Wohnungen zu bauen, während rund weitere 700 freiwillige Brigaden den Bau von Industriegebäuden, Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Straßen vorantreiben.
1958 arbeiteten in Kuba rund 83.000 Leute auf dem Bau. 70 % aller Bauarbeiter waren alleine im Stadtgebiet von Havanna größtenteils mit dem Bau von Straßen und Verwaltungsgebäuden beschäftigt.
1975 arbeiteten dagegen 275.000 Kubaner im Baugewerbe, wobei der Schwerpunkt der bauwirtschaftlichen Investition in ländlichen Gebieten lag. Trotzdem leben noch viele Menschen in Lehmhütten und Holzbaracken ohne befestigten Boden. So ist es auch verständlich, daß die vielen neuen Wohnungen nach unseren Verhältnissen etwas klein (12 qm pro Person), einfach und rationell gebaut werden.
Am Beispiel Schulbau läßt sich zeigen, was uns ein Kubaner auf unserer Reise erklärte. „Die Kinder und Schüler sind die einzigen Privilegierten der Revolution." Alleine im Zeitraum zwischen 1970 und 1975 wurden 348 Internate für den mittleren Schulausbildungsabschnitt (7. – 9. Klasse) gebaut, die Platz für 200.000 Schüler aufweisen. Außerdem wurden in dieser Zeit 120 weitere Schulen für diesen Ausbildungsabschnitt, 264 Schulen für das 9. – 12. Schuljahr und 45 polytechnische Schulen neu erstellt.[3]

Das Gesundheitswesen
Außerordentliche Anstrengungen und Erfolge kann das kubanische Volk in allen Bereichen des Gesundheitswesen vorweisen. Obwohl von 6.000 Ärzten, die wie in allen lateinamerikanischen Ländern in den Großstadtzentren praktizierten, nach der Revolution rund 3.000 ins Ausland abwanderten und von den 158 ordentlichen Professoren der medizinischen Fakultät nur 17 im Lande blieben, ist heute die gesundheitliche Versorgung der gesamten Bevölkerung vorbildlich.[4]
Vor allem wurde bei der geographischen Verteilung des Personals und der Krankenanstalten große Sorgfalt darauf gelegt, eine gleichmäßige Entwicklung des Gesundheitssektors in Stadt und Land zu erreichen. Heute bemühen sich mehr als 10 000 Ärzte in allen Landesteilen um die Gesundheit der Bewohner.
Eine weitere Verbesserung des Gesundheitszustandes der kubanischen Bevölkerung wurde durch die Verlegung des Ausbildungsschwerpunktes an den medizinischen Fakultäten erreicht: Während vor der Revolution die Studenten hauptsächlich in den einträglichen Zweigen der Heilmedizin ausgebildet wurden, sind heute Epidemiologie und Hygiene fundamentale Lehrfächer der 3 medizinischen Hochschulen.
Durch die grundlegenden Verbesserungen der hygienischen Verhältnisse und die medizinische Betreuung der Landbevölkerung konnten Krankheits- und Sterblichkeitsraten erheblich reduziert werden. (Vgl. auch Graphik)
Vor der Revolution waren 36 % der Landbevölkerung von Parasiten befallen, 31 % litten an Malaria, 14 % an Tuberkolose – heute sind diese Krankheiten fast verschwunden. Die Kinderlähmung konnte schon 1963 gänzlich ausgerottet werden.[5]
Die Kindersterblichkeitsrate, die in Kuba seit der Revolution um über 50 % absank, ist die kleinste in ganz Lateinamerika und hat sich heute sogar dem Stand der entwickelten europäischen Länder angeglichen.[6]

Welchen Rang die Gesundheitsfürsorge in der kubanischen Politik einnimmt, läßt sich neben den Erfolgen auch an der Ausgabenpolitik des Landes ablesen: Gegenüber den vorrevolutionären Jahren wurden die Ausgaben für den Gesundheitssektor von 20 Mill. Pesos auf 400 Mill. Pesos jährlich angehoben.

Krankheitsfälle in Kuba[7]



Besuch in einer psychiatrischen Klinik
Der Besuch der psychiatrischen Klinik in der Nähe Havannas war für viele Brigademitglieder das eindruckvollste Erlebnis in Kuba. In dieser Anstalt, in der heute 5.000 Patienten betreut werden, wurde mir bei jedem neuen Schritt mehr bewußt, daß hier alles getan wird, um den psychisch Kranken die Wiedereingliederung in das tägliche Leben zu erleichtern. Von den hellen, in weichen und beruhigend wirkenden Farben gehaltenen Besuchsräumen bis zu den sauberen, nahezu gemütlichen Fabrikationsstätten, die zum Teil durch Blumengärten voneinander getrennt sind, – überall spürte man die Bedeutung, die der Versorgung der Kranken beigemessen wird. Regelmäßige Theater- und Filmvorführungen sind in dieser Klinik genauso selbstverständlich wie Tanzsaal , Bibliothek und Musikzimmer, diverse Sporteinrichtungen und Schulräume.
Die Kranken stellen kunstgewerbliche Gegenstände her, helfen bei der Sauberhaltung ihrer Unterkünfte und der Anlagen, produzieren Kinderspielzeug, arbeiten auf einer der Anstalt angegliederten Hühnerfarm oder betätigen sich sportlich.
In Kuba wird großer Wert darauf gelegt, daß Randgruppen nicht isoliert dahinvegetieren, sondern der Kontakt zur Bevölkerung erhalten bleibt bzw. verstärkt wird, wodurch die Wiedereingliederung der Kranken in das gesellschaftliche Leben erleichtert wird. So werden z.B. von der psychiatrischen Anstalt in Havanna jedes Jahr „Olympische Spiele" durchgeführt. Zuvor wird die Olympische Flamme von einem historischen Ort aus durch einen Fackellauf auf der Landstraße zur Eröffnungsfeier gebracht. Die Läufer werden dabei von den Persönlichkeiten der jeweiligen Region empfangen und feiern danach mit der Bevölkerung, die dem sich anschließenden Sportwettbewerb großes Interesse entgegenbringt .

Welche Konsequenzen die Revolution auch für diese Menschen gehabt hat, wird einem klar, wenn man die Photo-

dokumentation über die Zustände in dieser Klinik während der kapitalistischen Ära Kubas betrachtet: Kranke, in Lumpen oder nackt hinter Gittern in ihren eigenen Exkrementen sitzend, starrten mir entgegen. Zehn bis zwölf Kranke starben täglich auf Grund der schlechten Ernährung und Mißhandlungen.



Ausbildung
Auf unseren abendlichen Spaziergängen durch Havanna begegneten uns immer wieder Erwachsene, die Schulbücher unter dem Arm trugen. Auch unsere kubanischen Mitarbeiter besuchten zum Teil Abendkurse, um den 6. Schulgrad oder den Sekundarschulabschluß (9. Klasse) zu erreichen. Gegenwärtig besuchen über 1/2 Mill. erwachsene Kubaner weiterbildende Schulen.[9]
Um die Produktionsziffern in den Betrieben nicht absinken zu lassen, wird – soweit wie möglich – ein Austauschsystem angewandt: während die Arbeiter studieren, übernehmen Studenten deren Arbeit im Betrieb.
Welche Möglichkeiten sich für die Bildung der Kubaner durch die Wandlung des Gesellschaftssystems auftaten, zeigt die Geschichte der Alphabetisierungskampagne und der darauffolgende Ausbau des Schulsystems.
Noch 1958 konnten 23,6 % der Bevölkerung über 15 Jahren weder lesen noch schreiben. Erst kurze Zeit an der Macht, kündigte Fidel Castro im September 1960 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine große Alphabetisierungskampagne an. Diese Aufgabe forderte die Beteiligung und den Einsatz des ganzen Volkes. Mit allen Medien wurde zur Unterstützung dieses Vorhabens aufgerufen: „Wenn du weißt, lehre; wenn du nicht weißt, lern!" oder „Jeder Kubaner ein Lehrer und jedes Haus eine Schule."
Anfang 1961 wurde eine Lehrtruppe von 268.420 freiwilligen Schülern und Erwachsenen nach kurzen Ausbildungskursen eingesetzt, um auch den Bewohnern in den entlegendsten Landesteilen das Lesen und Schreiben beizubringen.[9]
Als das Alphabetisierungsprogramm am 22. Dez. 1961 offiziell abgeschlossen wurde, gab es nach einem von dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (UNESCO) veröffentlichten Bericht[10] nur noch eine Analphabetenquote von 3,9 %. „Diese Alphabetisierungskampagne", so der UNESCO-Bericht, „war kein Mirakel, sondern ein schwieriger Sieg, der durch Arbeit, Technik und Organisation erzielt wurde."[11]
Die Bedeutung dieser Leistung wird erst voll einsichtig, wenn man diese 3,9 % mit den Zahlen der übrigen lateinamerikanischen Länder vergleicht, die zwischen 7,4 und 89,5 % schwanken. So beträgt z.B. die Analphabetenquote in Argentinien 7,4 %, in Kolumbien 27 %, in Brasilien 33,8 %, in Bolivien 67,9 % und in Haiti 89,5 %.[12]

Unmittelbar nach diesem großen Erfolg wurden allgemeine und technische Aufbaukurse für Arbeiter, Bauern und Hausfrauen eingerichtet, um das Ausbildungsniveau des ganzen Volkes anzuheben. Doch nicht nur in der Erwachsenenbildung wurden großartige Leistungen vollbracht: Durch den Rückgang der Kindersterblichkeit, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht bis zum 6. Schuljahr[13] und den Anstieg der durchschnittlichen Ausbildungsdauer ist die Anzahl der Schüler von 811.000 im Jahre 1958 auf 3.050.000 Schüler im Jahre 1975 angestiegen.[14]
Trotzdem konnte eine Klassenstärke von maximal 30 Schülern eingehalten werden.
Schon seit vielen Jahren gibt es keine Jugendlichen zwischen 6 und 12 Jahren mehr, die nicht die Schule besuchen. Auf meiner ganzen Reise bin ich keinem Kind begegnet, das – wie in ganz Südamerika üblich – von seinen Eltern in größter Not in zerlumpten Kleidern zum Betteln vorgeschickt wird. Auch die Kolonnen kleiner Schuhputzer – aus dem Straßenbild der südamerikanischen Städte nicht wegzudenken – sucht man in Kuba vergeblich.
Zum Schulsystem ist noch zu vermerken, daß für die Schüler und Studenten eine möglichst ausgeglichene theoretische und praktische Ausbildung angestrebt wird.
Je nach Alter und Ausbildungsrichtung arbeiten die Schüler täglich eine oder mehrere Stunden auf dem Feld, in Werkstätten und Fabriken oder in der Schule (z.B. als Lehrer der unteren Klassen).
In einem Ausbildungszentrum für Lehrer, das wir besuchten, wurde dieses Prinzip folgendermaßen angewandt: Die Schüler, die z.B. Englischlehrer werden wollen, haben nach der 9. Klasse jeweils 13 Stunden Englischunterricht. Außerdem werden sie in Pädagogik, Psychologie und anderen Fächern ausgebildet. Ab der 11. Klasse geben diese Schüler selbst 24 Wochenstunden Englischunterricht in den ersten Klassen der Sekundarstufe (7. und 8. Klasse) in den umliegenden Schulen. Zudem müssen sie selbst noch 20 Studen die Schulbank drücken.
Wie überall in ganz Kuba wird auch hier hart und entschlossen gearbeitet, um die Weiterentwicklung des Landes voranzutreiben. Die hervorragenden Leistungen Kubas im Bildungssektor, Gesundheitswesen und bei der sozialen Versorgung zeigen sehr gut, daß es möglich ist, den Teufelskreis der Unterentwicklung zu durchbrechen, wenn erst einmal die Ausbeutung des Volkes abgeschafft und das Joch des Imperialismus abgeschüttelt ist.

Die wirtschaftliche Situation der Kubaner
Gelangt man als unwissender Tourist nach Kuba in der Absicht, gemütlich und gut essen zu gehen oder vielleicht nette Einkaufsspaziergänge zu unternehmen, so wird man wohl enttäuscht zurückkehren: Die Schlangen vor den Restaurants sind am Wochenende sehr lang – obwohl es keine ausgefallenen exotischen Menüs gibt und das Essen in den Restaurants sehr teuer ist – und auch die Schaufenster der Geschäfte verführen für europäische Verhältnisse nicht gerade zum Kauf. Modische Kleidung wird kaum angeboten und in der Bar, in die man sich gerade vor der Sonne flüchten will, wird heute keine Cola und kein Bier ausgeschenkt.

Es stimmt: Auch heute noch gibt es in Kuba wirtschaftliche Engpässe und Rationierung von Lebensmitteln. Vor der Revolution, so erzählte man uns, waren die Geschäfte mit Waren überfüllt, doch war nur ein kleiner Teil der Bevölkerung in der Lage, diese Waren zu kaufen.
Heute sorgt ein Rationierungssystem dafür, daß *jeder* Kubaner ausreichend mit den wichtigsten Lebensmitteln versorgt ist.[15]
Im Gegensatz zum vorrevolutionären Kuba und allen anderen lateinamerikanischen Staaten leidet schon seit mehre-

ren Jahren kein Kubaner mehr an Unterernährung.
Gegenwärtig wird das System der Rationierung folgendermaßen gehandhabt: Der Markt ist in 3 Arten von Gütern aufgeteilt, wobei rationierte, halbrationierte und freie Güter unterschieden werden. Bei den rationierten Gütern handelt es sich zumeist um Nahrungsmittel (wie z.B. Fleisch, Reis und Kaffee), die man nur in bestimmten Mengen mit Hilfe eines Zuteilungsheftchens kaufen kann. Zu den halbrationierten Gütern zählen u.a. Kleidung, Schuhe und Genußmittel. Diese Güter können die Kubaner in bestimmten Mengen zu sehr günstigen Preisen erwerben. Will ein Kubaner jedoch mehr von diesen Artikeln kaufen, so muß er sehr viel mehr dafür ausgeben.
Beispielsweise kostet eine Schachtel Zigaretten, die man mit Hilfe des Zuteilungsheftchens kauft (2 Schachteln pro Woche) 20 Centavos (etwa 60 Pf.), während jede zusätzliche Schachtel rund das 10-fache kostet. Am Rande sei noch erwähnt, daß es sowohl für werdende und stillende Mütter als auch für Kranke Sonderzuteilung bzw. Diätverpflegung gibt. Auch im Sozialismus gibt es keine Gleichmacherei!
Die Rationierung von Konsumgütern in Kuba, die eine ausreichende und gleichmäßige Versorgung aller Kubaner garantiert, wurde in den kapitalistischen Ländern als Versagen des planwirtschaftlichen Systems ausgeschlachtet.
So verbreitete der „Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft" 1972 im Rahmen des Bundestagswahlkampfes die anbei abgedruckte Anzeige mit einer Auflage von 11. Mill.[16]

Anzeige des Arbeitskreises
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

DIE KUBANISCHE KATASTROPHE
Kennen Sie Kuba? Das Land, aus dem die besten Zigarren der Welt kommen? Den größten Zuckerexporteur der Erde? Die Insel, auf der Dr. Fidel Castro am 16. Februar 1959 den Sozialismus einführte?
In Kuba besitzt der Staat rund 70 % des landwirtschaftlich genutzten Bodens. Über 90 % der kubanischen Industrie sind ebenfalls in Staatsbesitz. 40.000 Kubaner arbeiten in der staatlichen Planungsbehörde.
Denn zum Staatsbesitz gehört die staatliche Planung.
Das sind die Ergebnisse der Planwirtschaft. Jeder Kubaner darf im Monat nur vier Pfund Zucker kaufen, sechs Pfund Reis, fünfzehn Eier, acht Steaks, ein Pfund Bohnen, fünf Pfund Kaffee, eine Flasche Bier, eine Tube Zahnpasta und eine Rolle Toilettenpapier. Auch Zigarren und Zigaretten werden staatlich zugeteilt, und rationierter Rum erzielt auf dem Schwarzmarkt Schwindelpreise. Neue Autoreifen gibt es nur noch unter der Hand zu kaufen.
Stückpreis: 500 US-Dollar oder rund 1.600 Mark.
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT KENNT KEINE RATIONIERUNG !

In Anbetracht des unbeschreiblichen Elends, in dem der überwiegende Teil der Bevölkerung von 1959 lebte, und dem sowohl von wirtschaftlichen als auch sozialen Risiken abgesicherten Leben, das die Kubaner 1972 führten, muß diese Anzeige als Gipfel der Demagogie und des Zynismus empfunden werden.
17 Jahre nach der kubanischen Revolution gibt es zwar in ganz Lateinamerika kein anderes Land mit einem Rationalisierungssystem. Dafür leiden dort Millionen von Menschen an Unterernährung.[17]
In diesen 17 Jahren wurden in fast allen Entwicklungsländern die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer.[18]

Geschichte und Bewußtsein

Um als Ausländer die Einstellung der Kubaner zu ihrem Vaterland, zu ihrer Regierung und zu anderen Ländern verstehen zu können, muß man einen Blick zurück in die Vergangenheit werfen.
Kuba wurde 1492 von Kolumbus entdeckt, kurze Zeit später unter Velazquez erobert und in das spanische Kolonialsystem eingegliedert. Nach der ersten Hälfte des 16. Jhd. bildete sich eine feudalistische, vom Mutterland sowohl ökonomisch als auch politisch abhängige Kolonialgesellschaft heraus.[19]
Als zu Beginn des letzten Jahrhunderts die Mehrzahl der spanisch-sprachigen Kolonien ihre Unabhängigkeit erlangten, war Kuba noch eine riesige Plantage, die mit Hilfe von mehr als 800.000 Sklavenhänden zum Nutzen der Großgrundbesitzer und der spanischen Kolonialmacht bewirtschaftet wurde.[20] Der erste Unabhängigkeiskrieg (1868-78) endete zwar mit dem Sieg der spanischen Truppen, entzündete jedoch die Vaterlandsliebe von Bauern, Handwerkern und Sklaven, aber auch von Studenten und Intellektuellen, und stärkte den Willen des ganzen Volkes, sich von der Unterdrückung durch Spanien zu befreien. 1895 erhoben sich die Kubaner erneut gegen die Kolonialmacht. Diesmal war der Kampf unter der Führung von Jose Marti politisch vorbereitet worden. Ohne fremde Hilfe und mit altertümlichen Waffen (wie zum Bsp. der Machete) kämpfte das Volk der 1,5 Mill. Kubaner gegen 300.000 spanische Kolonialsoldaten.[21]
Als sich im April 1898 die Niederlage der spanischen Kolonialarmee deutlich abzeichnete, griffen die USA vor allem aus ökonomischen Interessen in den Unabhängigkeitskrieg ein. Spanien wurde im August 1898 vernichtend geschlagen und trat bei dem Pariser Friedensschluß seine Kolonien Puerto Rico, Guam und die Philippinen an die USA ab. Kuba blieb weiterhin von nordamerikanischen Truppen besetzt und wurde bis 1902 von einer US-Militärregierung verwaltet. Erst nachdem Kuba auf einige wichtige Souveränitätsrechte verzichtete und den USA ein ständiges Interventionsrecht zugestand, erhielt es seine formale Unabhängigkeit.
Das Land hatte nur den Besitzer gewechselt. In den folgenden Jahrzehnten verstanden es die neuen Herren, durch staatliche Interventionen und Bestechungen sich die Reichtümer Kubas anzueignen. Die fruchtbarsten Ländereien, die wichtigsten Zuckermühlen, Bodenschätze, Eisenbahnen, Banken und der Außenhandel wurden vom amerikanischen Monopolkapital in Besitz genommen oder kontrolliert.[22]
Die Wirtschaft Kubas entwickelte sich sehr einseitig zugunsten des Zuckerrohranbaus und geriet in völlige Abhängigkeit von den USA. Kuba wurde zu einem billigen Zuckerreservoir und bildete einen weiteren, nahegelegenen Absatzmarkt für die Industrie- und Agrarprodukte der Vereinigten Staaten.
Die Entwicklung der Republik bis zur Revolution war durch häufig wechselnde Regierungssysteme, Präsidenten mit diktatorischen Machtbefugnissen, Korruption und Unterdrückung oppositioneller Kräfte gekennzeichnet, die mit Hilfe eines mächtigen Polizeiapparates verfolgt und eliminiert wurden. Im Innern des Landes herrschte Arbeitslosigkeit (nach Alienes waren nur 52,36 % der Kubaner mehr als 3 Monate im Jahr beschäftigt, und nur 25,11 % konnten mehr als

sechs Monate im Jahr arbeiten[23]) und die Wohnverhältnisse waren denkbar schlecht: Nur 2,3 % der Häuser waren aus Stein gebaut und nur 2,3 % hatten fließendes Wasser.[24]
Eine Folge solcher Lebensbedingungen war der im vorigen Abschnitt beschriebene schlechte Gesundheitszustand der Landbevölkerung. In den Städten herrschte die Prostitution[25] und die Spielsucht und mit der wirtschaftlichen und ideologischen Dominanz der USA schlich sich die Rassendiskriminierung in Kuba ein.
Der Angriff auf die Moncada-Kaserne, bei dem am 26. Juli 1953 Fidel Castro rund 140 Gleichgesinnte anführte, war die Fortsetzung des langen Befreiungskampfes gegen die Kolonialherren und eine weitere Etappe des 50jährigen Kampfes der Arbeiter, Bauern und Studenten gegen die Ausbeutung durch die Bourgeoisie und die Herrschaft des Imperialismus. Der Angriff, mit dem Fidel ein Signal für eine Volkserhebung gegen Batista setzen wollte, scheiterte, doch markiert dieses Datum den Beginn des breiten Widerstandes des Volkes gegen die Diktatur Batistas.
Castro, der nach dem Angriff verhaftet wurde, kam im Mai 1955 aufgrund einer von den oppositionellen Kräften ertrotzten politischen Amnestie frei, verließ Kuba und begann von Mexiko aus den bewaffneten Kampf gegen Batista vorzubereiten. Der Kampf, den Fidel im Dezember 1956 mit zwölf Männern im Osten des Landes begann, nahm erst im Herbst und Winter 1958 den Charakter einer Massenbewegung an, die fast alle Schichten des Kubanischen Volkes umfaßte.[26]
Sofort nach dem endgültigen Sieg der Rebellenarmee und der Ablösung des Ministerpräsidenten der provisorischen Regierung Miro Cardona durch Fidel Castro wurde in Kuba mit der Durchsetzung von zahlreichen sozialpolitischen Maßnahmen begonnen: die Mieten wurden um 30 – 50 % gesenkt, die Löhne für die Zuckerrohrarbeiter erhöht, die Sozialversicherungen reorganisiert. Es wurden Maßnahmen gegen die Rassendiskriminierung erlassen, Kasernen und Villen der ausgewanderten Kapitalisten in Schulen umgewandelt und die Strände waren nun auch für die Öffentlichkeit zugänglich.
Mit dem am 17. Mai 1959 unterzeichneten Agrarreformgesetz, das unter anderem auch die Enteignung der Großgrundbesitzer vorsah, wurde der nationale und antiimperialistische Charakter der kubanischen Revolution offenbar und führte gleichzeitig zu einem Konflikt mit dem US-Kapital und zu einer wirtschaftlichen und militärischen Auseinandersetzung mit den USA.
Dank ihrer wirtschaftlichen Macht gelang es den USA im Oktober 1960, alle lateinamerikanischen und fast alle westlichen Länder zu einem lückenlosen Exportboykott zu bewegen. Unter diesen Exportboykott fielen nicht nur die Grundstoffe und Industriegüter, sondern auch Lebensmittel, Dünge- und Arzneimittel. Nur durch die sofortige Hilfe der Sowjetunion konnte die abhängige Wirtschaft Kubas vor dem völligen Zusammenbruch gerettet werden.
Nachdem der wirtschaftliche Würgegriff nicht die gewünschte Wirkung erzielt hatte, kam es am 15. April 1961 zur Invasion in der Schweinebucht. Mit welcher Einstellung viele Kubaner in diese Schlacht gingen, drückte ein Kubaner so aus:

Und falle ich
Was ist das Leben?
Verloren war es
Für mich,
Bis ich
die Fesseln des Sklaven
Als Mutiger
riß.



Nach den entbehrungsreichen schweren sechziger Jahren, in denen wirtschaftliche Desorganisation und eine verfehlte Entwicklungspolitik zu teilweise schweren Versorgungsschwierigkeiten führten und auch eine breite Unzufriedenheit in der Bevölkerung hervorriefen, hat sich das wirtschaftliche Wachstum seit 1970 stabilisiert und wuchs in den darauffolgenden Jahren auf durchschnittlich 10 % an. Dadurch wurde eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ermöglicht.
Kennt man die Geschichte dieses Landes, kennt man die Entbehrungen, die Qualen, die Ungerechtigkeiten, welche den Bewohnern durch ihre Unterdrücker widerfuhren, und betrachtet man das Leben im heutigen Kuba mit offenen Augen, so beginnt man das Losungswort der Kubaner zu begreifen: „Patria o muerte" (Vaterland oder Tod). Diese Losung ist für die Kubaner keine leere Floskel. Während der amerikanischen Aggression in der Schweinebucht hat das kubanische Volk seine Entschlossenheit bewiesen, die Unabhängigkeit des Landes und die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.
Wer selbst – wie viele Kubaner immer wieder betonen – die Arbeitslosigkeit am eigenen Körper verspürt hat, wer selbst erlebt hat, wie die eigenen Kinder Hunger leiden oder wegen unzureichender ärztlicher Versorgung sterben, wird es als seine Pflicht erachten, anderen unterdrückten Ländern in ähnlichen Situationen beizustehen. Er wird verstehen, daß das noch mit dem eigenen Aufbau beschäftigte Kuba Techniker, Ärzte und Ausrüstungsgegenstände zur Unterstützung der Befreiungsbewegung nach Vietnam schickt; er wird verstehen, warum Männer wie Che Guevara nach Bolivien gingen, um für die Befreiung der dritten Welt zu kämpfen, und er wird auch verstehen, warum Che Guevara die Forderung aufstellte: „Schafft zwei, drei . . ., viele Vietnams!"
Die Kubaner haben am eigenen Leib die Auswirkungen des Kolonialismus und des Imperialismus gespürt und sind be-

reit, sich überall für die Freiheit und die Rechte der unterdrückten Völker einzusetzen.
Wir haben viele Kubaner auf Angola angesprochen und bekamen fast immer das Gleiche zu hören. Raul (32) – technischer Angestellter in einer Rumfabrik in Havanna, verheiratet, zwei Kinder –, erklärte mir, daß er sich freiwillig gemeldet hätte, um mit der MPLA gegen den Einmarsch des südafrikanischen Rassistenregimes zu kämpfen. Er wurde jedoch nicht als Freiwilliger angenommen, da er für seine Fabrik unabkömmlich war. Auf die Frage, wie seine Frau darauf reagiert hat, antwortet Raul: „Meine Frau hat sich nicht gefreut, aber sie versteht das, sie weiß, daß es unsere Pflicht ist, unseren Brüdern in Angola zu helfen." Danach erklärte er mir, daß noch im 19. Jahrhundert viele Neger von Angola nach Kuba deportiert wurden, um dort als Sklaven zu arbeiten. Dies ist ein Grund, weshalb sich die Kubaner mit dem angolanischen Volk besonders eng verbunden fühlen.

Zwei Bauern (beide etwa zw. 50 und 60 Jahre), die wir in der Sierra Cristal trafen, erzählten uns, daß ihre Söhne in Angola gekämpft hätten und machten keinen Hehl daraus, daß sie sehr stolz auf ihre Söhne waren. Der Jüngere von beiden erklärte uns, daß er selbst gerne nach Angola geflogen wäre, um die Befreiungsbewegung zu unterstützen. Er fühlte sich noch stark und wendig genug, um zu kämpfen.

Ob Kuba sich auf Grund des Hilferufs der MPLA am 5. November 1975 entschloß, militärische Einheiten nach Angola zu schicken, oder ob diese Entsendung der Truppen auf eine Einflußnahme der UdSSR zurückzuführen ist, wird sich schwerlich feststellen lassen. Fest steht jedoch, daß das kubanische Volk die militärische Unterstützung Angolas nicht nur gebilligt, sondern befürwortet hat.
Für die Kubaner – und hier ist nicht nur die Regierung gemeint – ist die internationale Solidarität nicht nur ein hohles Wort. So haben nach dem schweren Erdbeben in Peru innerhalb von 10 Tagen 100.000 Kubaner Blut gespendet. Diese Blutkonserven wurden zusammen mit mehreren Ärzten in das Erdbebengebiet geschickt.

Trugbild oder Wirklichkeit?
Manchem Leser mag dieser Bericht etwas einseitig und gefärbt vorkommen. Für mich ist das sehr gut verständlich, da ich selbst mit einer gewissen Skepsis nach Kuba gefahren bin. Die ständige, durch alle Medien ausgeübte Meinungsbildung gegen Planwirtschaft, Sozialismus und den damit gleichgesetzten Problemen wie Bürokratismus, Einschränkung der persönlichen Freiheit oder Organisationschaos ist auch bei mir nicht ohne Wirkung geblieben.
Auch die Bedenken, daß es den Kubanern gelungen sein könnte, uns ein Kuba zu präsentieren, das mit den realen Verhältnissen nicht übereinstimmt, liegen auf der Hand, da bei solchen, von staatlichen Stellen betreuten Gruppenreisen versucht wird, die Schokoladenseiten eines Landes vorzuzeigen. Ich kann jedoch versichern, daß sich viele von uns so oft als möglich selbständig gemacht haben, um unsere Kubaimpressionen nicht einseitig durch den offiziellen Teil unserer Reise prägen zu lassen.
Wenn ich in diesem Artikel nicht näher auf das Problem des Bürokratismus oder die Unterdrückung von Randgruppen (z.B. Homosexuelle, politisch Andersdenkende) eingehe, so deshalb, weil ich selbst keine negativen Erfahrungen gemacht habe und meine kubanischen Gesprächspartner meine Bedenken in dieser Richtung nicht bestätigen wollten. Dies könnte zum einen durch eine gewisse ängstliche Verschlossenheit gegenüber Fremden oder durch die – bei vielen Kubanern anzutreffende – bedingungslose Loyalität, durch das große Vertrauen gegenüber der politischen Führung und der daraus resultierenden Kritiklosigkeit bedingt sein.
Genausowenig kann bzw. will ich über das Ausmaß der Selbstverwaltung der Arbeiter, über die Einflußnahme des Volkes auf Produktion und Verteilung berichten, da sich meine Ausführungen nur auf offizielle Verlautbarungen oder auf idealisierte Ausführungen von Funktionären stützen könnten. Um einen tieferen Einblick in derartige gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme zu bekommen, dürfte es notwendig sein, längere Zeit und als integriertes Mitglied in dieser Gesellschaft zu leben.
Mit diesem Bericht soll auch nicht der Eindruck erweckt werden, als ob mit der sozialen Revolution alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt worden wären. Zweifellos sind in Kuba noch lange nicht alle Probleme gelöst.
So zeigt sich das Problem des „Machismo" (Männlichkeitskult) als besonders hartnäckiges Übel. Die Vereinigung der Frauen Kubas, die derzeit rund 2 Millionen Mitglieder zählt, setzt sich seit 1960 für eine vollständige Gleichstellung der Frau in der Gesellschaft und im Arbeitsprozess ein. Doch noch ist die spanisch-katholische Tradition nicht überwunden und wirkt in starkem Maße hemmend auf die Emanzipation der kubanischen Frau.
Ein anderes oft diskutiertes Thema in unseren Gesprächen mit den Kubanern bildeten die materiellen Arbeitsanreize. Einige von uns sahen in der zu Beginn der 70er Jahre vorgenommenen Wiedereinführung von Arbeitsnormen, Leistungs- und Stücklohn eine Restauration der kapitalistischen Produktionsweise und einen Rückschritt bei der Schaffung eines neuen Bewußtseins. Diese Kritik wurde jedoch stets mit dem Hinweis auf die aufgetretenen ökonomischen Schwierigkeiten wie Arbeitsabwesenheit, Bummelei und Unpünktlichkeit bei dem Versuch zurückgewiesen, solche Anreize zu beseitigen. Zudem wird stets die Gleichstellung der moralischen und materiellen Anreize betont, wobei jedoch schwerlich die Wirksamkeit dieser Stimuli zu trennen ist.
Bei allen Bedenken und Zweifeln, die mir während meines Aufenthaltes beim Angehen einiger Probleme aufkamen – von der Richtigkeit des Weges, den das kubanische Volk eingeschlagen hat, bin ich in Kuba voll überzeugt worden.

Kuba hat verwirklicht, was Präsident John F. Kennedy in seiner Botschaft am 14. März 1961 an den amerikanischen Kongress vorschlug. In dem Entwicklungsprogramm ALLIANZ FÜR DEN FORTSCHRITT beschreibt der damalige Präsident das Elend des lateinamerikanischen Kontinents und schlägt Maßnahmen vor, um „Armut, Analphabetentum, Hoffnungslosigkeit und ein Gefühl der Ungerechtigkeit" zu überwinden: „Ein Programm zur Verbesserung von Landnutzung, Ausbildung, Gesundheit und Wohnungswesen . . . Es besteht eine unmittelbare Notwendigkeit an höherer und mannigfaltigerer Landwirtschaftsproduktion, besserer Verteilung von Wohlstand und Einkommen sowie einer breiteren Beteiligung am Entwicklungsprozeß."[27] In Kuba wurde – im Gegensatz zu den übrigen lateinamerikanischen Ländern – dieses Programm verwirklicht. Allerdings mußte dazu die Wirtschafts- und Sozialstruktur von Grund auf verwandelt werden. Die ausländischen und einheimischen Kapitalisten verloren ihren Besitz, ihre Privilegien und ihre Macht – was nicht gerade dem Konzept der amerikanischen Regierung entsprach und was sie auch nicht widerstandslos hinnahm.

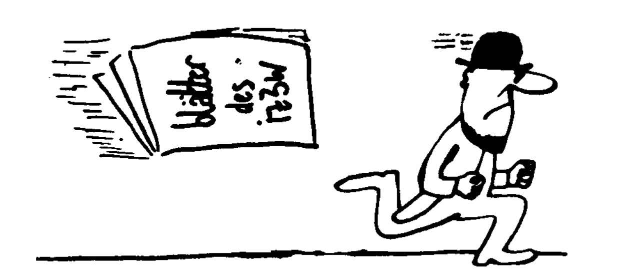
Quellennachweis

1) Institut für Iberoamerika-Kunde: Kuba. Politik-Wirtschaft-Außenbeziehungen, 1959 – 1975, Hamburg, 1975, S. 6 ff.
2) Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba verfügt über käufliches und leihbares Informationsmaterial, das unter der Adresse FG BRD-KUBA/4800 BIELEFELD/POSTFACH 3103 angefordert werden kann.
3) Vgl. Catro, F.: La union nos dio la victoria, Havanna 1976, S. 115.

4) Vgl. Sweezy, M. P./Hubmann, L.: Sozialismus in Kuba, Frankfurt 1970, S. 44 ff.
5) Vgl. Komitee für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba: Dokumentation zur Ausstellung, Bielefeld 1973, S. 46.
6) 1974 betrug die Kindersterblichkeitsrate in Kuba 28,9. Vgl. Castro, F.: La union . . . a.a.O., S. 212.
7) Komitee für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba: Dokumentation . .. a.a.O., S. 46.
8) Vgl. Castro, F.: La union . . . a.a.O., S. 180 ff.
9) Vgl. Sweezy, M.P./ Hubermann, L.: Sozialismus . . ., a.a. O, S. 17 f.
10) United Nations Economic and Social Council (UNESCO) Report on the Method and Means Utilized in Cuba to Eliminate Illiteracy, 1965.
11) ebenda, S. 72.
12) Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Zweiter Bericht), Bonn 1975, Tabelle 9, S. 126 ff.
13) Für die nahe Zukunft ist die allgemeine Schulpflicht bis zur 9. Klasse geplant, vgl. Castro, F.: La union . . . a.a.O., S. 189.
14) Vgl. ebenda, S. 185.
15) Der Durchschnittsverbrauch der kubanischen Bevölkerung lag 1970 schon bei 2500kcal pro Kopf und Tag, wobei zu bemerken ist, daß dieser Durchschnittswert nicht nur eine statistische Fiktion ist (wie z.B. in allen anderen amerikanischen Staaten), sondern die reale Lebenslage gut beschreibt, da die Kaufkraftverteilung in Kuba sehr ausgeglichen ist. Vgl. BMZ: Bericht zur . . . , a.a.O., S. 121
16) Vgl. Breuer, W.M.: Sozialismus in Kuba, Köln 1973, S. 206
17) Vgl. Strahm, R. H.: Überentwicklung – Unterentwicklung, Augsburg 1975, S. 20 f.
18) Vgl. ebenda, S. 18 f.
19) Siehe hierzu: Fischer Weltgeschichte, Bd. 22, Süd- und Mittelamerika I, Frankfurt 1965, S. 42 ff.
20) Vgl. Castro, F.: La union . . . , a.a.O., S. 10.
21) Vgl. ebenda, S. 15.
22) Vgl. Breuer, W.M.: Sozialismus . . ., a.a.O., S. 16 ff.
23) Vgl. Alienes, J.: Caracteristicas Fundamentales de la Economia Cubana, „Biblioteca de Economia Cubana", Bd. 1, La Habana 1950, S. 143, Tabelle 25; (zitiert nach Breuer, W.M.: Sozialismus . . . , a.a.O., S. 31).
24) Investment in Cuba, Basic Information for United States Businessmen, ed. by U.S. Department of Commerce, Bureau of Foreign Commerce, Washington (D.C.) 1956, S. 96, Tabelle 18.
25) In Havanna, damals auch das Freudenhaus Amerikas genannt, gab es alleine rund 50.000 männliche und weibliche Prostituierte.
26) Vgl. Breuer, W.M.: Sozialismus . . ., a.a.O., S. 42 ff.
27) Vgl. Sweezy, P.M./Hubermann, L.: Sozialismus . . ., a.a.O., S. 12 f.

Wollen Sie einem guten Freund ein Geschenk machen? Bitte beachten Sie S. 3.

Die Redaktion



Peru gilt innerhalb der deutschen Entwicklungspolitik als Schwerpunktland. Ein kleines, politisch aber effektives und brisantes Projekt wurde am 24. Juni, dem 7. Jahrestag der peruanischen Landreform, seiner Bestimmung übergeben: Drei westdeutsche Experten, durch die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit von der SPD-nahen Frankfurter Consulting Hendrikson angeheuert, leiten den Aufbau eines Rechenzentrums, das als „Central nacional del servicio contable" bis 1980 alle nur denkbaren Produktions- und Personaldaten der rund 1500 durch die Agrarreform entstandenen Landwirtschaftsbetriebe („Empresas Campesinas") erfassen wird. Zur Effektivierung der Produktion soll diese Zentrale für jeden einzelnen Betrieb auf der Basis der von ihm gelieferten Daten die Buchhaltung erstellen, eine Arbeit, die bei großen agro-industriellen Komplexen (etwa der Zuckerindustrie) bisher private Buchhaltungs-Serviceunternehmen machen. Die Zentralisierung aller buchhaltungstechnisch interessanten Daten soll zugleich die nationale Planung und Lenkung von Ressourcen im Agrarsektor erleichtern oder überhaupt erst einmal ermöglichen. Diese zweifellos große Hilfe der nicht gewinnorientierten Zentrale für die einzelnen Kooperativen usw. hat jedoch gleich zwei Pferdefüße: Die präzise Erfassung aller Daten und Informationen reicht bis zu weit über buchhaltungstechnische Belange hinausgehenden Informationserfassung etwa personalpolitischer Daten (Gewerkschaftszugehörigkeit, Arbeitstugenden, Fehlstunden, Alkoholanfälligkeit des einzelnen Arbeiters usw.), die mittels der Computerzentrale die Personalakte jedes einzelnen Socio oder Arbeiters in jeder Kooperative z.B. dem Agrarministerium, aber auch anderen staatlichen Zentralen zugänglich macht. Die Bedeutung dieses Counterinsurgency-Service ist kaum abzuschätzen. Zum zweiten übernimmt diese Buchhaltungszentrale unter Leitung eines westdeutschen Genossenschaftskaufmanns auch die Ausbildung des für die Buchhaltung in den Einzelbetrieben verantwortlichen Personals, damit der Informationsfluß entsprechend reibungslos (z.B. formulargemäß) laufen kann. Das gilt vor allem für das Leitungspersonal der Kooperativen, die in einem Mehrstufenplan, der u.a. „Menschenführung" usw. lehrt, qualifiziert werden. Wurde dieses Leitungspersonal bisher (meist aus einer Vorschlagsliste des Agrarministeriums) von den Kooperativbauern gewählt und – das war eine wichtige und oft benutzte Kontrollmöglichkeit – auch wieder rausgeworfen, so ist jetzt geplant, daß nach diesem Stufenplan ausgebildete Fachkräfte nur mit Genehmigung des Agrarministeriums abberufen werden können. Einer der letzten kleinen Autonomiebereiche der Landwirtschaftsbetriebe wird damit liquidiert.

Die Hilfe zur Selbsthilfe, die Westdeutschland in diesem Projekt leistet, führt jenseits der (buchhaltungs)technischen Rationalität zu einem „big brother" im peruanischen Campo, der unter gegebenen politischen Verhältnissen (Streiks in Kooperativen, Landbesetzungen, Verweigerung von Zahlungen der Agrarschuld, Vertreibung staatlicher Interventoren) nicht nur alles beobachtet, sondern bekanntlich auch hart und repressiv zu agieren weiß.

A.Hardtko

PERU: ENDE DES REFORMMODELLS ?

1. Aktuelle Ereignisse

Ausnahmezustand, nächtliche Sperrstunden, Panzer vor dem Regierungspalast – in Lateinamerika nichts Neues. Aber es geht nicht um Argentinien, Chile, Uruguay, es geht um Peru, das seit 1968 unter einer in Europa als „linksnationalistisch" geltenden Militärregierung lebt. Eine Militärregierung, die völlig untypisch für Lateinamerika war. Generale, die die umfassendste Landreform des Kontinents (Ausnahme Kuba) einleiteten, Petroleumquellen und Kupferminen verstaatlichten, auf internationalen Konferenzen eine erstaunlich selbstbewußte Außenpolitik trieben, die Strukturreformen in Gang brachten, ohne das für Lateinamerika fast übliche Maß an Gewalt und Unterdrückung; Militärs, die sich und ihre „Revolution von oben" mit den Adjektiven versahen: sozialistisch, antiimperialistisch, humanistisch, christlich, autonom, nationalistisch, weder kapitalistisch noch kommunistisch.

„Wir sind das einzige Land der Welt, in dem eine revolutionäre Regierung den Humanismus zum politischen Konzept erklärt" – verkündete Präsident General Morales Bermudes noch am 31. März in einer Botschaft an die Nation. Der viel gerühmte „Dritte Weg", nicht kapitalistisch, nicht kommunistisch: in Peru werde er verwirklicht.

Am 1. Juli wurde zunächst für 30 Tage über das ganze Land der Notzustand, über die Hauptstadt Lima und die Provinz Callao zusätzlich Sperrstunde von 22.00 Uhr bis 5.00 Uhr verhängt. Alle Grundrechte, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung sind aufgehoben, Verstöße gegen Bestimmungen des Ausnahmezustandes werden durch Militärgerichte abgeurteilt, Sperrstundenverletzungen durch Schußwaffengebrauch geahndet, wie die Schüsse im nächtlichen Lima bezeugen. Ebenfalls am 1. Juli schloß die Regierung sämtliche nicht regierungsabhängige Wochenzeitschriften, die der extrem rechten Opposition ebenso wie die der linken. Unter den zwölf Magazinen befindet sich „Opinion Libre", das Organ der erzkonservativen mittelständischen Industrie, „Unidad", das Parteiorgan der moskauorientierten Kommunistischen Partei, die die Militärs unterstützt, und „Marka", die wichtigste Wochenschrift der linksunabhängigen Gewerkschaften, Bauerngruppen und Intellektuellen.

Notstand und Sperrstunde sowie eine Verhaftungswelle vor allem unter Gewerkschaftern, Campesinoführern, Studenten, kritischen Journalisten und lateinamerikanischen Flüchtlingen folgten einen Tag nach Verkündung eines Paktes von Austerity-Maßnahmen und einer Soles-Abwertung gegenüber dem Dollar von 44 Prozent. Die gleichzeitige Bekanntgabe von Preiserhöhungen bei allen staatlich kontrollierten Grundnahrungsmitteln um 15-55 Prozent, des Benzins um 115 Prozent, der Nahverkehrsmittel um 33 Prozent, insgesamt Versteuerungen des familiären Warenkorbes um mindestens 50 Prozent, nachdem im Januar schon einmal ein staatlich verordneter Preisschub von etwa 20 Prozent gefolgt war, löste allgemeine Mobilisierung aus: die 8.000 Busbesitzer Limas, in einer der rechtsstehenden APRA-Partei verbundenen Gewerkschaft organisiert, traten in den Streik: der städtische Nahverkehr und damit das öffentliche und wirtschaftlichen Leben der 4-Millionen-Stadt brachen zusammen, Fabriken und Büros, Geschäfte, Behörden, Schulen und Universitäten blieben leer. Die Bevölkerung vor allem der Slums formierte sich zu Protestaktionen: Trotz polizeilicher und militärischer Vorsorge wurden Geschäfte und Banken geplündert, staatliche Büros gestürmt, Busse (von 220 städtischen blieben 90 auf der Strecke) und öffentliche Einrichtungen angezündet. Mehrere Tausend Bewohner der kilometerweit um Lima sich hinziehenden Elendsgebiete, in denen rund 3 Millionen Menschen hausen, beteiligten sich an den Aktionen. Schon für die wenigen Peruaner, die über einen Arbeitsplatz und ein festes Einkommen verfügen, sind die neuen Maßnahmen trotz gleichzeitig diktierter Lohnerhöhung um durchschnittlich 10 Prozent ein schwerer Schlag, für die Gelegenheitsarbeiter und Beschäftigungslosen aber sind sie eine Katastrophe.

Die Militärs reagierten hart, kompromisslos, wenn auch offensichtlich wieder einmal in sich zerstritten. Mit Panzer- und Truppeneinsatz wurden die Hungermärsche der Elendsviertel vor den Toren Limas abgefangen, die Unruhen in den euphemistisch „pueblos jovenes" (junge Gemeinden) genannten Slums unterdrückt. Die als konservativ geltende Marine und Luftwaffe sowie sympathisierende Teile des Heeres nutzten die Gelegenheit zum „Aufräumen" der relativen Freiheiten, die bisher das Besondere am peruanischen Prozeß waren. Schulen und Universitäten wurden bis zum 12. Juli geschlossen, die Unruhen in anderen Städten durch massive Truppeneinsätze niedergehalten, Panikkäufe in den Geschäften unter Polizeischutz einigermaßen kontrolliert. Die staatliche Vermarktungszentrale für Grundnahrungsmittel hat bli tzschnell ihre Lager geräumt und damit bisher – freilich nur im urbanen Zentrum der Hauptstadt, nicht in den Elendsvierteln – die Lebensmittelversorgung gesichert. Schwierigkeiten werden in den nächsten Wochen erwartet, weil tagelang keine Versorgungstransporte aus den landwirtschaftlichen Zentren nach Lima gelangten. „Statt sonst 1.000 LKW kommen nur 5", sagte uns ein Polizist, der den riesigen Zentralmarkt Limas kontrolliert.

Die Sorge um das jetzt 26 Prozent teurer gewordene tägliche Brot wird jedoch im Moment überdeckt von der Angst um die persönliche Freiheit und die körperliche Integrität.

5 Todesopfer und etwa 500 Verhaftungen gaben die Militärs bisher bekannt. Aus Arbeitervierteln und Pueblos Jovenes aber hört man von ständigen nächtlichen Razzien, die Jagd auf Gewerkschafter und Studentenführer machen. Hunderte mehr oder weniger prominente Kritiker der Regierung, Journalisten, Streikführer, Lehrer, Vorsitzende von Bürgerkomitees, sind seit 10 Tagen untergetaucht oder verhaftet, z.T. vielleicht auch schon ins Ausland deportiert: eine Spezialität der peruanischen Militärs, die allerdings nur prominenten Widersachern widerfährt. Die namenlosen Campesinos sitzen oft jahrelang in Gefängnissen oder der Zuchthausinsel Sepa im Amazonas, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfährt. Die peruanische Bevölkerung weiß, daß sie auch bisher nur immer eine „relative Freiheit" gehabt hat, relativ, verglichen mit reichen Gewaltregimen in Brasilien, Chile, Paraguay.

Es bleibt freilich nicht bei Einschüchterung, wie die zahlreichen Verhaftungen und Folterungen beweisen. Auch die bisherige Zahl der Toten sowohl während der ersten beiden Tage im Juli als auch seither während der Sperrstunde dürfte die offizielle Angabe von insgesamt 11 weit übersteigen. Eine dreistellige Zahl von Todesopfern ist nicht auszuschließen. Ein zweitägiger Streik der selbstverwalteten Lima-Busgesellschaft gegen die Ermordung eines Kollegen während der Sperrstunde war die bisher offenste Manifestation gegen das Terrorklima der letzten 8 Wochen. Ein Streik bei Centromin wurde vorzeitig mit der Verhaftung der Gewerkschaftsleitung unterdrückt, ein unbefristeter Streik, besonders wirksam, weil mitten in der Ernte, in der Zuckerkooperative Pucala, militärisch zerschlagen.

Nach Straßenkämpfen zwischen Studenten und Polizei und Militär in Cajamarca und Huancayo Mitte Juli, die mit zahlreichen Verletzten und vielen Verhaftungen endeten, besetzten Heeresteile, Polizei und Geheimpolizei am 22.8. die Ingenieursuniversität in Lima und untersuchten gleichzeitig die Wohnungen von 50 Studenten. Über 200 Studenten, darunter die Führung der Studentenorganisation, wurden festgenommen, mindestens ein Student starb an seinen Verletzungen. Am nächsten Tag wurden nach offiziellen Angaben weitere 200 Personen (Studenten der Medizinischen Fakultät von San Marcos sowie Arbeiter) festgenommen. Der linke Lehrerverband SUTEP meldete Verfolgung und Verhaftung von führenden Kadern und Durchsuchung seiner Büros.
Besorgniserregend ist im Moment die Situation zahlreicher Exilanten aus Argentinien, Bolivien, Chile, Uruguay, denen bisher die peruanische Relativität das Überleben sicherte. Die bereits beschlossene „Repatriierung" von sieben Argentiniern und die Ausweisung weiterer Ausländer, die der jetzt herrschenden politischen Konjunktur nicht entsprechen, können im Einzelfall Todesurteile für die Betroffenen bedeuten. Die Ermordung von lateinamerikanischen Exilanten in Argentinien durch Rechtsextremisten macht deutlich, was diese Flüchtlinge in ihren diktatorischen Heimatländern erwartet. Die Exilkreise erhoffen sich Solidarität aus Europa, um die peruanischen Militärs zum Einlenken zu bewegen.
Prominentes Opfer der bisherigen Repressionswelle ist der auch in Europa bekannt gewordene Ex-Guerillero Hugo Blanco, der am 3.Juli in Cusco verhaftet wurde und seither verschwunden ist. Auf Verhaftungslisten von Marine und Luftwaffe, die in Lima kursieren, stehen ganz oben Carlos Urrutia, Direktor der Zeitschrift „Marka", der bereits unter Expräsident Velasco einmal mit seiner gesamten Redaktion ausgewiesen wurde un im April dieses Jahres erneut für ein paar Wochen untertauchen mußte, um einer haltlosen Anklage von Marinerichtern zu entgehen, sowie Francisco Moncloa, Velascovertrauter und bis Mitte März noch Chefkolumnist des regierungskontrollierten „Expresso".

2. Die zweite Phase

Die im März erfolgte völlig überraschende Ersetzung sämtlicher Direktoren der seit 1974 unter Regierungskontrolle stehenden Tageszeitungen mit nationaler Verbreitung durch Repräsentanten des rechten politischen Spektrums und die Entlassung ganzer Redaktionen, die, wenn überhaupt, nur sehr verhalten einzelne Regierungsmaßnahmen kritisiert hatten, ohne jedoch die Herrschaft der Militärs auch nur im entferntesten infrage zu stellen, hatte den Gerüchten über einen „Rechtsruck" innerhalb der Militärs wieder Auftrieb gegeben. Seit im August 1975 der als gemäßigter Technokrat und Finanzexperte geltende General Morales Bermudes den „Vater der peruanischen Revolution", Velasco Alvarado, abgelöst hatte, schien der peruanische Prozeß, von Verschleißerscheinungen, Korruptionsskandalen und internen Machtkämpfen angekränkelt, wieder stabilisiert. Die „zweite Phase" der Revolution stand jedoch sofort vor den Schwierigkeiten, die typisch für die Entwicklungsländer sind, die einen „nationalen Entwicklungsweg" proklamieren, ohne den politischen Willen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten zu haben, sich gänzlich aus den alten Abhängigkeitsstrukturen zu befreien.
„Wir müssen das Vertrauen des Auslands wiedergewinnen", so begründete der einzige Zivilist im Kabinett, Wirtschaftsminister Barua, die seit langem erwartete Solesabwertung. Die Auslandsverschuldung Perus war in den letzten Jahren auf 3 Mrd. Dollar gestiegen. Die Zahlungsbilanz, belastet durch ein Handelsbilanzdefizit von 1,1 Mrd. Dollar 1975, war zuletzt nur mehr durch immer kürzerfristige Kredite zu retten, um die ehrgeizigen Entwicklungsprojekte durchführen zu können. Die peruanischen Militärs, so schien es, hatten sich zumindest wirtschaftlich übernommen.

3. Wirtschaftliche Entwicklung

Kernstück der 1968 unblutig verlaufenen Revolution von oben, niedergelegt im erst 1974 veröffentlichten „Plan Inka", dem eindrucksvollen Regierungsprogramm der Militärs, war die Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates vor allem im Bereich der Grundstoff- und Basisindustrie. Die vollständige Übernahme der bankrotten Fischindustrie – Peru ist der Weltexporteur Nr. 1 des Hühnerfutters Fischmehl –, die Verstaatlichung amerikanischer Kupferminen und Erdölkomplexe, die ebenfalls bezahlte Enteignung des Latifundienbesitzes samt den agroindustriellen Zuckerplantagen im Norden waren Marksteine dieses Prozesses. Von 3 auf 34 Prozent kletterte der Staatsanteil in der Industrie von Null auf 100 Prozent in der Fischerei. An den Investitionen war der Staat 1972 noch mit nur 38,9 %, 1975 aber bereits mit fast 60 Prozent beteiligt. Zugleich wuchs die Bürokratie. Überall schossen neue Verwaltungen, Planungsgremien, Kontrollorgane aus dem Boden, die die Strukturreformen im Agrarsektor oder im Ausbildungsbereich durchführen und zugleich überwachen sollten. Daß die Generale ihre Militäretats nicht vergaßen, verstand sich von selbst. Französische Mirage und russische Panzer machten Perus Militäretat zum (relativ zur Bevölkerungszahl) größten Lateinamerikas.
Angesichts des Reformeifers der Militärs hielten sich in- und ausländische private Investoren zurück; die Militärs finanzierten ihre Infrastruktur- und Industriekomplexe, die Pipeline vom Amazonasgebiet zur Küste, Bewässerungsprojekte und Industrieparks mit Auslandskrediten im Vertrauen auf das für Anfang 1976 erwartete Amazonas-Öl und steigende Deviseneinnahmen aus dem Kupferexport. Die weltweite Rezession traf die allzu optimistischen Pläne schwer, der Verfall der Kupferpreise reduzierte die Deviseneinnahmen schlagartig. Durch Überfischung und eine Änderung des Humboldtstroms blieben die Fischschwärme aus, die Fangmengen sanken zum Teil auf 20 Prozent der geplanten.

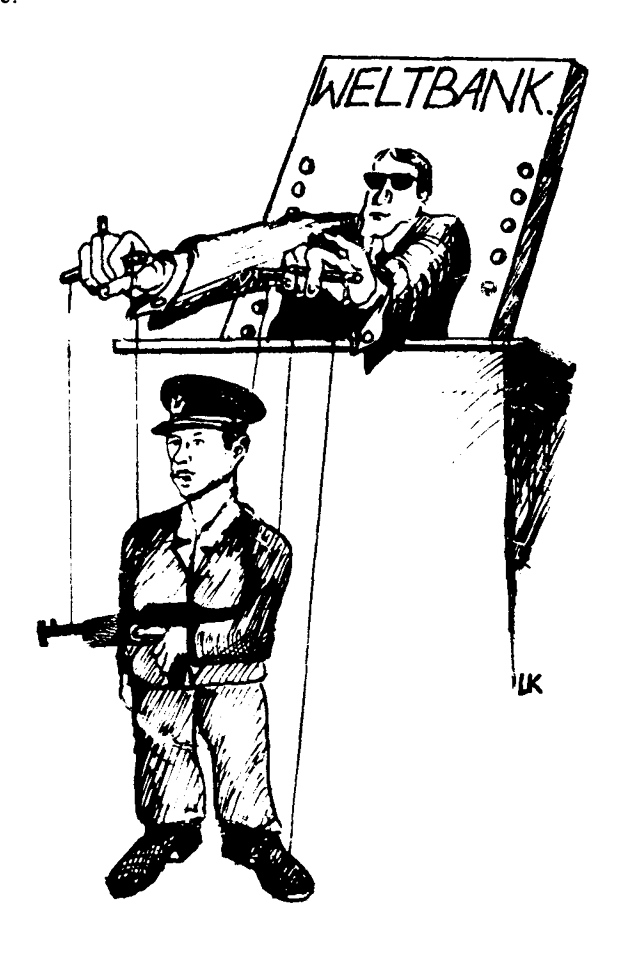
4. Aktuelle Wirtschaftslage

Stiegen die Exporte Perus von 1968 bis 1975 nur von 840 Mio. Dollar auf 1,4 Mrd, so vervierfachten sich die Importe fast von 670 Mio. auf 2,5 Mrd. Dollar. Die ausländischen Gläubiger mochten weder warten, bis die Staatsinvestitionen endlich hinreichende Erträge abwarfen, noch wollten sie weiter das auf ihre Kosten finanzierte politische Reformkonzept der Militärs bezahlen.
Der Wechsel in Peru ist das direkte Ergebnis der Pressionen führender amerikanischer Banken. Die Krise trat ein, als Peru keine Aussichten hatte, die fälligen Auslandsschulden in Höhe von 318 Mio. Dollar zu zahlen. Im Frühling hatte sich eine peruanische Kredit-Mission an New Yorker Banken mit dem Ersuchen um 400 Millionen Dollar Anleihen gewandt. Ihr wurde mitgeteilt, daß Peru zuerst seine Wirtschaft durch eine Reihe von Notstandsmaßnahmen stabilisieren müßte, die viele politische Ziele der peruanischen Regierung umstoßen würden.
Der in London rscheinende „Latin America Economic Report" bezeichnete die Bank-Konditionen als „einige der härtesten, die jemals einem Land, das Geld borgen will, auferlegt wurden".
Das neue Wirtschaftsprogramm trägt deutlich die Handschrift der Experten von Weltwährungsfonds und Weltbank: Reduktion der Staatsausgaben, Importbeschränkungen, Abwertung, Anreize für private Investitionen.

5. Innenpolitische Krisen

Zum wirtschaftlichen Offenbarungseid zwang die Militärs auch die politische Stiuation, die den Manövrierraum der

Generäle innen- wie außenpolitisch immer weiter einschränkte.



5.1. Landwirtschaft
Die Landreform – erzwungen nicht zuletzt durch die 1965 von eben diesen Militärs niedergeschlagene Guerillabewegung – brachte nicht den erhofften politischen Beruhigungseffekt. Ihr anfänglicher Schwung verkam bald im Machtgestrüpp der alten Latifundisten; der Zeitplan kam ins Stocken, was die rasante Dekapitalisierung der zur Enteignung anstehenden Betriebe ermöglichte. Bis zum Tag der Eigentumsübertragung an Kooperativen hatten die alten Besitzer manchmal selbst die Glühbirnen im Herrenhaus und die Obstbäume im Garten auf den kleinen Teil des Landes geschleppt, den sie behalten durften. Andererseits investierten sie ihre Entschädigung nicht, wie die Militärs gehofft hatten, produktiv im eigenen Land, sondern in Ecuador oder Kolumbien oder sie belasteten durch ihre aufwendigen Konsum-Importe die Inflationsrate.
Die von der Agrarreform erfaßten rund 10 Mio. ha (nur zwei Drittel der ursprünglich vorgesehenen Bodenfläche) sollen bis 1977 an etwa 25 Prozent der peruanischen Bauern verteilt werden. Bisher sind zwei Drittel davon geschafft. Für den Rest der Landbevölkerung ändert sich praktisch nichts. Grund genug, daß „wilde Landbesetzungen" und Bauernaufstände (meist von der linksgerichteten Bauernorganisation CCP organisiert) durchaus nicht abnahmen. 1974 gab es in der Sierra-Region Anahuaylas einen Bauernkrieg, den die Militärs nur mit Waffengewalt niederhielten.

Es ist daher verständlich, daß die Regierung versucht, die Entwicklung auf dem Lande stärker unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dazu erließ sie Mitte 1976 Gesetze mit folgendem Inhalt: Die Kooperativen und sonstigen Landwirtschaftsunternehmen werden zu bestimmten Reinvestitionen verpflichtet; die Gehälter und Gewinnausschüttungen können vom Staat kontrolliert werden. Ein Ministererlaß regelt die Kooperativen-Vollversammlung, um so dort die politische Diskussion zu verhindern. Darüber hinaus soll die vielfach bekämpfte Rückzahlung der Agrarschuld administrativ, ökonomisch und politisch abgesichert werden. In Lima wird außerdem ein zentrales Informationssystem für alle landwirtschaftlichen Betriebe erstellt, das auch wichtige Informationen zur Unterdrückung von Bauernkämpfen enthält (vgl. Artikel zur BRD-Entwicklungshilfe in Peru, in diesem Heft).
Alle diese Maßnahmen zeigen, daß mittlerweile viele von den ursprünglichen Zielen der Reformen im Agrarbereich fallengelassen sind.

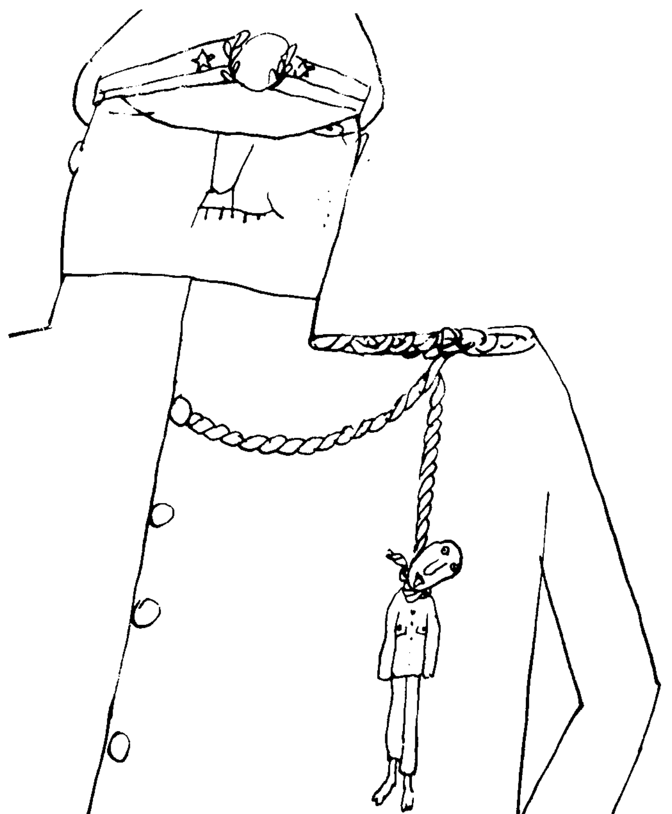
5.2. Industriebereich
Im Industriebereich wuchs der zur nationalen Pflicht erklärte Arbeitsfrieden ebenfalls nicht. Die Reformen der Militärs – Modelle von Mitbestimmung, Vermögensbeteiligung und Selbstverwaltung in einzelnen Bereichen –, die Anerkennung der kommunistischen Gewerkschaftszentrale CGTP, aber auch der heftige Widerstand der konservativen Unternehmer, die die Zeichen der Zeit nicht erkannten und gleich „Kuba, Kuba" riefen, wenn die Militärs von Sozialpartnerschaft sprachen – all das erlaubte der Arbeiterschaft einen Mobilisierungsprozeß, der die Militärs völlig überraschte.
Selbst die von den Generälen ins Leben gerufenen und kontrollierten „Massenorganisationen" unter den Bauern, Lehrern, Industriearbeitern, radikalisierten sich zum Schrecken ihrer Väter, die sich beim Wort genommen sahen, oder blieben als „gelbe Gewerkschaften" isoliert und existierten dann nur auf dem Papier.
Angesichts der Krise ließ die Regierung auch in diesem Bereich wichtige Reformziele fallen und traf in zunehmendem Maße unternehmerfreundliche Entscheidungen: Das bisherige Arbeitsgesetz, das Entlassungen nur in wenigen Ausnahmefällen zuläßt, wurde für die Bereiche Bergbau und Fischerei außer Kraft gesetzt; insbesondere die Teilnahme an Streiks, die nicht von der Regierung genehmigt sind, gilt jetzt als Kündigungsgrund. – Der private Industriesektor soll in Zukunft größere Bedeutung erlangen. Eine der ersten Maßnahmen hierzu war der Beschluß, die staatseigene Fischereiflotte (eine der größten Devisen-Einnahmequellen) an private Investoren zu verkaufen und die erdölfündigen Gebiete wieder ausländischen Ölgesellschaften zu öffnen.

6. Schluß
„Peru ist weder politisch noch wirtschaftlich eine Insel", entschuldigte der als gemäßigt und fortschrittlich geltende Ministerpräsident Maldonado die neue Wirtschaftspolitik. (Am 16.7. mußte er sein Amt aufgeben, weil er sich einigen der obengenannten Maßnahmen widersetzte.) Die bisherigen politischen Folgen der Beschlüsse vom Juli lassen befürchten, daß auch die peruanischen Militärs mit den übrigen Diktaturen Südamerikas Gleichschritt fassen.
„Das peruanische Modell ist gescheitert", so hört man andere sagen. „Der Lack ist ab, die Generale bekennen Farbe." Richtig ist sicherlich, so der Minister für Ernährung: „Die Zeit für Gebäck und Kuchen ist vorbei, jetzt kann man eben nur noch gekochte Kartoffeln essen." Nur, die Mehrzahl der Peruaner hat sich bisher nicht einmal die leisten können. Es spricht wenig dafür, daß sich das bald ändert.

AK Infos Lateinamerika

★

Uns erreichten Dokumente aus Peru, die aufzeigen, daß die REPRESSION dort immer weitere Ausmaße annimmt.
Die Repression erreicht im Moment auch Offiziere, die zur Gruppe vom (im Juli 76) entmachteten Ex-Premierminister Fernando-Maldonado gehörten.



Offener Brief von Offiziersfrauen an den peruanischen Kardinal

– wegen Verhaftung ihrer Männer –

An seine Eminenz, Juan Kardinal Landazuri, Erzbischof von Lima und Primas von Peru

Hochwürdigster:
Wir wenden uns an Sie als Frauen und Mütter, denen nur mehr eine Spur von Hoffnung bleibt. Wir sind die Ehefrauen von 2 Offizieren des peruanischen Heeres: dem Infanteriemajor Jose Fernandez Salvatecci und dem Ingenieurkapitän Eloy Villacrez.
Unsere Ehemänner und weitere Offiziere wurden verhaftet und werden seitdem (seit der 3. Juliwoche 76) in Isolierhaft festgehalten und alle Schritte, die wir bei den Militärbehörden zur Klärung und Situation unternommen haben, blieben erfolglos. Deshalb wenden wir uns an Sie, denn wir vertrauen darauf, daß Ihre Stimme bei denen Gehör findet, die uns alle Türen verschließen.
Der Fall ist folgender: Unsere Männer wurden unter Mißachtung aller Normen der Militärjustiz eingesperrt. Wir wissen, daß sie durch Offiziere (der Geheimpolizei) verhört wurden und daß sie mehr Zeit in Haft verbringen, als dies gesetzlich festgelegt ist. Wir haben Angst um sie. Wir befürchten, daß zur psychologischen Folter noch die körperliche Folter hinzukommt. Man muß mit allem rechnen in dem Moment, wo einem Offizier unseres Heeres das allerelementarste Recht auf Verteidigung verweigert wird.
Als wir über den Aufenthaltsort und die Situation unserer Männer Nachforschungen anstellten, sagte man uns, daß diese (und andere) ein Komplott geschmiedet hatten, um die institutionelle Ordnung und die Disziplin zu zerstören. Aber man gab uns keine Beweise für diese Behauptungen.
Es ist noch nicht lange her, daß der General Bobbio zusammen mit anderen Offizieren der Heeresschule gegen die militärische Disziplin und Ordnung verstieß. Sie wurden nicht in Haft genommen, obwohl ihr Komplott innerhalb und außerhalb des Militärs sichtbar war. Unsere Ehemänner sperrt man jedoch ein.
Eure Eminenz, unseren Männern wurde vorgeworfen – und das wurde öffentlich innerhalb der Kasernen verkündet –, daß sie in ein Komplott verstrickt seien, das die Regierung stürzen, Generäle verhaften wolle, um sie zu ermorden und Volksaufstände begünstigen wolle. Diese Anschuldigungen sind schrecklich. Wir fragen uns: Worauf stützen sich die Militärbehörden, wenn sie solche Behauptungen aufstellen, die wir als pure Verleumdungen einstufen?

... Wenn die Anschuldigungen berechtigt wären, dann wären die Behörden verpflichtet, sie zu beweisen.
Sie haben das nicht gemacht, sondern im Gegenteil, sie haben alle rechtlichen Vorschriften mißachtet, die die Rechte der Offiziere wahren.
Sie haben im Geheimen gehandelt und haben verleumderische Informationen aufgestellt, die auch das Leben unserer Ehemänner zerstören können.
Wir glauben, daß die Anschuldigungen ihren Ursprung woanders haben. Wir haben darüber nachgedacht, Eure Eminenz, und meinen, daß die Gefangennahme unserer Männer, ihre Isolierhaft und die Verleumdungen, die über sie verbreitet werden, politische Gründe haben.
Unsere Männer waren immer revolutionäre Offiziere und achteten die institutionelle Ordnung der Streitkräfte. So waren sie wie viele andere Offiziere befremdet über die Absetzung der Befehlshaber, denen sie Treue versprochen hatten, ihnen erschien diese Absetzung inkorrekt. Wir beziehen uns auf den Obersten Kommandierenden (General Jorge Fernando-Maldonado) und den Chef des Generalstabs, deren Rücktritt man aus Gründen erzwang, die nicht erläutert wurden.
Es ist möglich – wir wissen wie unsere Männer denken – daß sie das „Delikt" begangen haben, laut ihr Nicht-Einverständnis mit der niemals vorher geschehenen und gegen die Fundamente der militärischen Disziplin verstoßenden Verletzung der institutionellen Ordnung kundzutun.
Wenn unsere Annahme sich als wahr herausstellen würde, dann würde es sich um einen politisch-polizeilichen R a c h e a k t handeln. Deshalb wenden wir uns, als Frauen und Mütter, nicht an Sie, um sich für die Freiheit unserer Männer einzusetzen. Was wir wollen, ist, daß man ihnen ihr grundlegendes Recht auf Verteidigung zurückgibt, daß man ihnen ihre Schuld oder Unschuld vor den zuständigen Gerichten beweist.
...
Lima, 8.8.76
gez. Carmen Livis de Fernandez
gez. Violeta Rezkalah de Villacrez

Revolutionäre Gewalt in Indochina

In der letzten Zeit wurde des öfteren in der westlichen Presse über Greueltaten in Kampuchea (hier unter seinem kolonialen Namen Kambodscha bekannt) berichtet. Der folgende Artikel von H. Kotte untersucht den Wahrheitsgehalt dieser Vorwürfe.
Dabei weist die Argumentation des Autors drei Schwerpunkte auf:
1. Greuelberichte dienten insbesondere den USA in ihrem ideologischen Kampf gegen Befreiungsbewegungen, sie wurden folglich systematisch produziert und in die westliche Presse lanciert. (In den Pentagon-Papers, den ehemals geheimen Berichten über den Vietnamkrieg, wird dies detailliert beschrieben; dies zudem von Autoren, die wenig Interesse daran hatten, ihre eigenen Verbrechen zu übertreiben, denen man also das, was sie gestehen, glauben kann. Einige Auszüge geben wir im Kasten wider.) Das Wissen um eine solche „Informations"-Strategie weckt berechtigte Zweifel an ähnlichen Berichten, kann aber nicht in jedem Falle als Widerlegung der Berichte über Massaker in befreiten Ländern gelten.
2. Die westliche Presse, die lange Jahre über die Befreiungskriege in Vietnam und Kampuchea nur aus der Sicht des Pentagons berichtet und viele Kriegsverbrechen der USA verschwiegen oder beschönigt hat, berichtet jetzt ausführlich und, wie etwa der „Stern", in großen Bildberichten über angeblich grauenvolle Zustände in Kampuchea: eine offensichtliche Heuchelei.
Beide Argumentationsebenen reichen jedoch nicht aus, die Berichte über angebliche Massaker zu widerlegen. Mit ähnlichen Argumenten (Interesse der westlichen Länder, Verlogenheit der Presse) sind von der europäischen Linken lange Zeit Verbrechen des stalinistischen Regimes, die heute nur von sehr wenigen geleugnet werden und auch von der sowjetischen Führung zugegeben wurden, zur Seite geschoben worden: Da nicht sein kann, was nicht sein darf.
3. Der Autor unterzieht jedoch darüber hinaus die Meldungen – soweit dies möglich ist – einer Nachprüfung und weist hierbei nach, daß Massakermeldungen etwa durch falsche, z.T. widerrufene Zeugenausssagen oder durch manipulierte Bildunterschriften konstruiert wurden.
Ein solcher Nachweis ist wichtig; nur so kann einer umfangreichen Pressekampagne begegnet werden, die folgende Ziele hat:
Die Öffentlichkeit in den westlichen Ländernsoll die Unabhängigkeit und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in einem Land der Dritten Welt mit Massakern und Zwangsarbeit verbinden. Damit erscheint ihr der bisherige Zustand, die Herrschaft einer insbesondere von den USA abhängigen, parasitären Oberklasse, als das kleinere Übel.
Eine solche Pressekampagne erschwert es ihr noch mehr, eine sozialistische Ordnung als Alternative auch für die westlichen Industriegesellschaften zu sehen.
Daß die Greuelberichte in der westlichen Presse falsch sein dürften, geht auch aus der grundsätzlichen Einstellung der Befreiungsbewegungen in Indochina zur Gewaltanwendung hervor. Hiermit beschäftigt sich der zweite Artikel unseres Themenschwerpunkts von M. Caldwell. Im Unterschied zu den USA haben die Befreiungsbewegungen stets versucht, mit so wenig Gewalt wie möglich auszukommen, vor allem aber keine unbeteiligten oder unschuldigen Menschen zu töten. Gewalt war für sie nur als direkte Gegengegewalt gegen die herrschenden Regimes der Ausbeutung und Unterdrückung legitim, sofern sie zur Herstellung der Unabhängigkeit ihres Landes und zur Durchführung der sozialen Revolution unumgänglich war. Im Unterschied zu manchen europäischen oder nahöstlichen Terroristengruppen haben sie stets an einem höheren moralischen Standpunkt als ihre Gegner festgehalten.
Der Artikel von Caldwell stellt auch insofern eine wichtige Ergänzung dar, als er historisch und psychologisch zu erklären versucht, wie es zu solchen Verleumdungskampagnen wie der gegen Kampuchea in unseren Massenmedien kommt.

Red.

ZUR PRESSEKAMPAGNE GEGEN KAMPUCHEA

Heinz Kotte

Seit Jahren arbeitet im Auftrag des Pentagon ein ganzes Heer von Wissenschaftlern und Public Relations Spezialisten daran, mit manipulierten Zeugenaussagen, erfundenen Erlebnisberichten, Photomontagen und ähnlichem Massakerberichte zusammenzustellen.
Diese „Dokumente" werden auf Abruf vorgefertigt, der Zeitraum ihrer Veröffentlichung unterliegt ebenso der wissenschaftlichen Anleitung wie ihre Erfolgskontrolle, die mit den Methoden der empirischen Sozialforschung betrieben wird. Die „Pentagon Papers" haben uns viel Anschauungsmaterial über diesen Bereich der PSYOPS (Psychologische Operationen) der US-Kriegsführung in Indochina geliefert (1).
Die in den Laboratorien des CIA fabrizierten Greuelgeschichten werden vorzugsweise dann eingesetzt, wenn es gilt, die eigenen Verbrechen zu vertuschen oder, wenn sie sich wie im Fall My Lai nicht mehr verheimlichen lassen, um diese zu rechtfertigen.
Die zur Zeit gegen das demokratische Kampuchea laufende Hetzkampagne ist nicht nur das neueste, sondern zugleich auch eines der widerwärtigsten Produkte dieser psychologischen Kriegsführung.

Erinnern wir uns

Am 18. März 1970 wurde die rechtmäßige Regierung Kampucheas in einem von den USA inszenierten Putsch gestürzt und Lon Nol eingesetzt. Den unmittelbar darauf einsetzenden Widerstand des Volkes von Kampuchea unter der Führung der FUNK und der GRUNK versuchten die USA mit mörderischen Flächenbombardements zu brechen, die in der Geschichte ihresgleichen suchen. Der kampucheanische Informationsminister Hu Nim gab am 31. März dieses Jahres eine Bilanz der Toten und Verwüstungen:

„Während des mehr als fünf Jahre dauernden Aggressions-

krieges haben die US-Imperialisten und ihre Handlanger aller Schattierungen unserer kampucheanischen Nation und unserem Volk unsägliche Zerstörungen zugefügt. Untersuchungen über die daraus resultierenden Verluste ergeben folgendes Bild:

1. Fast 400 000 Menschen in unserer befreiten Zone wurden getötet, darunter Männer, Frauen, Jugendliche und Alte, Säuglinge und Mönche. In den zeitweise vom Feind kontrollierten Gebieten in Phnom Penh und den Provinzstädten, wurden während des Aggressionskrieges der US-Imperialisten und ihrer Handlanger fast 400 000 weitere Personen getötet. Über 40 000 Personen wurden verstümmelt oder verkrüppelt, verloren Arme, Beine oder Augen. Fast 200 000 weitere Personen wurden verletzt. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf mehr als eine Million Menschen.
2. Über 80 Prozent der Betriebe, Fabriken und Plantagen in der Nähe der Front wurden zerstört.
3. 65 bis 70 Prozent der Kautschukplantagen wurden zerstört.
4. Mehr als 80 Prozent der in der Nähe der Kampfgebiete gelegenen Reisfelder und Gärten wurden zerstört.
5. 80 bis 85 Prozent der in der Nähe der Kampfgebiete gelegenen Wälder wurden zerstört.
6. 70 bis 80 Prozent der Brücken, Verkehrsverbindungen und der wichtigsten strategischen Straßen, wie die Nationalstraßen Nr, 1, 2, 3, 4 , 5, 6, 7 und 13 wurden zerstört. Von Häfen wurden 50 bis 60 Prozent zerstört, und von den Eisenbahnlinien 80 Prozent.
7. Die in der Nähe der Front gelegenen Dörfer wurden zu 90 bis 100 Prozent zerstört, die weiter entfernt liegenden zu 40 bis 50 Prozent.
8. Über 90 Prozent der in den verschiedenen Kampfgebieten liegenden Pagoden, wie in der östlichen und der südwestlichen Region erlitten Schäden.
9. In den Flüssen und Seen, die von den Bomben der US-Imperialisten und ihren Lakaien bombardiert wurden, starben viele Fischarten aus. Daneben wurden wichtige Bezirkshauptstädte und Ortschaften in Schutt und Asche gelegt, wie z.B. . . . (Es folgt eine Auflistung von 27 Städten. H.K.)" (2)

Von diesen Tatsachen war in der Presse, um die es hier geht, nie etwas zu hören oder zu lesen. Der US-Präsident Nixon und das Pentagon dementierten lange Zeit alle Informationen über die Einsätze und Ziele der täglichen Flächenbombardements der B-52-Stratosphärenbomber in Kampuchea. Es gab sie nicht und sie wurden und werden von dieser Presse totgeschwiegen. Stattdessen schüttet sie seit dem Tag, an dem der amerikanische Botschafter Dean mit der US-Flagge unter dem Arm aus Kampuchea flüchtete und kurz darauf Phnom Penh befreit wurde, wahre Kübel von Dreck und Schmutz über das neue Kampuchea aus.

Bereitwillig druckt sie jedes in den Giftküchen der psychologischen Kriegsführung entstandene Greuelmärchen nach, unter den Überschriften: „Lebend begraben" (WALL STREET JOURNAL), „Babys auseinandergerissen", „Mit Plastikbeuteln erstickt" (TIME), „Regimegegner in Kambodscha lebendig begraben" (DIE WELT), „Wie die Hühner abgeschlachtet" (VORWÄRTS), „Mit Stöcken zu Tode geprügelt" (DER SPIEGEL), „Mit Hacken erschlagen" (DER STERN), „Bestialisch hingerichtet" (BUNTE ILLUSTRIERTE) usw. usf..

Gareth Porter, der Direktor des Indochina Research Center, hat in seinem Protestbrief vom 26. April dieses Jahres an die Herausgeber des WALL STREET JOURNAL bemerkt, daß die Zahl von 600.000 angeblich Massakrierten ziemlich genau der Zahl der Kampucheaner entspricht, die durch den amerikanischen Aggressionskrieg gegen das Volk von Kampuchea ums Leben gekommen sind. (3) Mittlerweile ist die Presse bei der Zahl von 1,5 Millionen angelangt. (4)

„Haltet den Dieb"

Es ist nichts Neues in der Geschichte des Indochinakrieges, daß die USA versuchten, den Befreiungsstreitkräften nach der Parole „Haltet den Dieb" ihre eigenen Blutbäder und Massaker unterzuschieben. Ein Beispiel dafür ist das „Massaker von Hue":

Bei der Rückeroberung der Stadt durch US-Einheiten gab es Tausende von Toten unter der Zivilbevölkerung, die in größter Eile in Massengräber beigesetzt wurden, um die Bevölkerung nicht gegen die USA aufzubringen. Neunzehn Monate später wurde vom Oberkommando der USA in Vietnam ein „erbeutetes Dokument" veröffentlicht, in dem sich die FNL brüsten soll, während der Hue-Kampagne 2.748 Personen „eliminiert" zu haben. Die Veröffentlichung geschah genau zu dem Zeitpunkt, als das Massaker von My Lai bekannt wurde und Nixon ein Mittel brauchte, um den Protesten der Vietnam-Solidaritätsbewegung in den USA etwas entgegen zu setzen. Das Indochina Resource Center in Washington hat die Erfindung des „Massakers von Hue" für politische Ziele lückenlos nachgewiesen. (5)

Fast immer stößt man bei Hetzkampagnen mit Blutbadberichten auf die wirkliche Existenz von zahlreichen Toten und Massengräbern, die durch die Kriegsführung der USA verursacht wurden. Durch ein raffiniertes „Greuelmanagement" werden dem Gegner die eigenen Greuel und Verbrechen angedichtet, wobei seine Popularität eine besondere Rolle spielt. So wurde z.B. die Diffamierung Nord-Vietnams auf fortlaufende Untersuchungen über die Popularität der Regierung abgestimmt. Ein Beispiel aus der CIA-finanzierten RAND Corporation: Der Spezialist für psychologische Kriegsführung Konrad Kellen konstatierte in einem Bericht über die Popularität der LAO DONG (Partei der Werktätigen Vietnams) das Fehlen

> „von Druck auf die Bevölkerung im Norden, der zu einer Entfremdung von Regierung und Volk hätte führen können . . . "

Und er schließt daraus, daß

> „das Regime in Hanoi heute zu den wenigen wirklich populären auf der ganzen Welt gehört. Den 20 Millionen Nordvietnamesen, die zum größten Teil in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften leben, gefällt es dort; sie finden, daß ihre Gesellschaft gerecht ist und sich ihre Arbeit lohnt." (6)

Jahrelang wurde dann behauptet, daß die Nordvietnamesen während der Landreform 1955/56 50.000 – 100.000 Menschen ermordet hätten. Der damalige Leiter der Zentralen Psychologischen Kriegsführung, Oberst NGUYEN VAN CHAU, der jetzt in Paris lebt, hat bezeugt, daß die Blutbadgeschichten „100%ig erfunden" wurden. Dadurch sollten Präsident HO CHI MINH und die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) verteufelt werden, um NGO DINH DIEM in Süd-Vietnam einen Vorwand zu verschaffen, die von der Genfer Indochinakonferenz für 1956 vorgesehenen Wahlen zur Wiedervereinigung Vietnams abzulehnen, die mit Sicherheit eine Mehrheit für HO CHI MINH gebracht und die Einmischung der USA in Indochina beendet hätte (7).

Ein weiteres Beispiel sind die Presseberichte über eine drohende Hungersnot in Kampuchea. Sie standen im Zusammenhang mit einem CIA-Plan, der auf der Erwartung basierte, daß die GRUNK mit dem Problem der Lebensmittelversorgung

Phnom Penhs nicht fertig werde.
Innerhalb von 6 Monaten werde es zu Hungeraufständen kommen – so hoffte man – über die dann die Regierung zu stürzen sei. Um diesen erwarteten Umsturz und ein Eingreifen der USA schon vorher plausibel zu machen und es im Interesse der Kampucheanischen Bevölkerung erscheinen zu lassen, wurden Berichte über eine drohende Hungersnot in Kampuchea in die Presse lanciert, einige von Kissinger persönlich (9).
Inzwischen ist dieser Teil der Strategie des Hungers durch die Rücksiedelung der Landbevölkerung und die Evakuierung der Städte zunichte gemacht worden (10). Dafür erschienen in der Presse Greuelberichte über den „Exodus", die, wie von Gareth Porter und G.C. Hildebrand nachgewiesen wurde, völlig aus der Luft gegriffen sind. Es erübrigt sich zu wiederholen, daß über die wahren Greuel, die Flächenbombardierungen, die die Landbevölkerung in die Städte getrieben hatte, in den Presseberichten über die Rücksiedelung nichts zu lesen ist.
Der Zeitpunkt der massiven Diffamierungen gerade zum 1. Jahrestag der Befreiung Phnom Penhs ist nicht zufällig, denn jetzt zeigen sich die ersten Erfolge der kampucheanischen Anstrengungen. Entgegen den amerikanischen Prog-



Neues aus dem Pentagon

nosen, daß innerhalb von 12 Monaten halb Kampuchea verhungert sein werde, kann sich das Land mit Nahrungsmitteln selbst versorgen und wahrscheinlich schon dieses Jahr in der Lage sein, Reis zu exportieren.
Das erfolgreiche Experiment Kampucheas, sich ganz auf die eigenen Kräfte zu stützen und einen eigenständigen nationalen Kurs einzuschlagen, wird auch von anderen Entwicklungsländern ins Auge gefaßt und die Botschafter und Gesandten aus einigen Entwicklungsländern, die im Februar dieses Jahres Kampuchea bereisten, haben erklärt, daß sie von Kampuchea lernen können.

Die Quellen

In den Pressehotels von Bangkok sitzt eine Handvoll „Cambodia watcher" und grollt gegen die neue Regierung in Phnom Penh, weil sie keine Einreiseerlaubnis erhalten. Kann man es der Regierung Kampucheas verdenken, daß sie wenig Vertrauen in diese Sorte Journalisten hat, die seit jeher lieber die Stories des CIA und die offiziellen Lügen des State Departments ihren Zeitungen und Agenturen verkaufen, als die Wahrheit zu berichten? Diese Journalisten versorgen nun ihre Abnehmer mit Greuelgeschichten, die ausschließlich von Insassen der Flüchtlingslager in Aranyprathet an der thailändischen Grenze zu Kampuchea stammen (11).

AUS DEN PENTAGON-PAPIEREN

In enger Zusammenarbeit mit George Hellyer, Chef des amerikanischen Informationsdienstes, wurde für die vietnamesische Armee und gegen die Regierung in Hanoi ein neuer Plan zur psychologischen Kriegsführung ersonnen. Anschließend wurden die vietnamesischen Einheiten in aller Eile durch einen Auffrischungskurs in Psychokrieg geschleust. Ein ähnlicher Kurs wurde für das Informationsministerium eingerichtet. Die Taktik wurde durch Gerüchte-Kampagnen ergänzt, die in Hanoi erprobt wurden.
Die erste Gerüchte-Kampagne sollte der behutsam lancierte Bericht über ein rotchinesisches Regiment in Tonking sein, das gegen ein Dorf des Vietminh Repressalien ergriffen und die Dorfmädchen vergewaltigt hatte. Damit würde die Erinnerung an das Verhalten nationalchinesischer Truppen im Jahre 1945 wachgerufen und die vietnamesische Furcht vor chinesischer Besetzung unter einer Vietminh-Herrschaft genährt werden. Die Story sollte von den in Zivil gekleideten Soldaten der vietnamesischen Psychokrieg-Kompanie in Hanoi ausgestreut werden. Die Truppen bekamen unauffällig ihre Anweisungen, zogen Zivil an, brachen zu ihrem Auftrag auf und kehrten nicht zurück ... Sie desertierten zum Vietminh. Wochen später erzählten Einwohner von Tonking eine aufwühlende Geschichte von dem üblen Verhalten der chinesischen Divisionen auf Vietminh-Territorium. Nachforschungen ergaben, daß es sich um die alte Gerüchte-Kampagne mit vietnamesischen Ausschmückungen handelte.
Das US-Country Team sollte in Verbindung mit dem Verteidigungsministerium der Regierung von Vietnam für die Vertreter von Presse und Rundfunk Dokumente zusammensetellen und freigeben, die in Süd-Vietnam und auf der ganzen Welt informieren über die kommunistische Infiltration und die Aktivitäten der Terroristen, sowie über die Maßnahmen, die die Regierung von Süd-Vietnam ergreift, um solchen Angriffen entgegenzutreten.
Der Amerikanische Nachrichtendienst (USIS) wird, in Zusammenarbeit mit dem CIA und dem zuständigen Ministerium der Regierung von Süd-Vietnam, den Informationsfluß über ungünstige Bedingungen in Nord-Vietnam an die Vertreter der Medien verstärken.

„... und dann wurden Pläne für geheime Operationen der südvietnamesischen Regierung gegen den Norden und in Laos – bis zu 50 km tief ins Land hinein –angefordert; um derartige Maßnahmen zu rechtfertigen, wurde das Außenministerium angewiesen, einen überzeugenden, dokumentierten Zwischenfall zu provozieren, 'um der Welt zu zeigen, in welchem Ausmaß der Vietkong von Hanoi aus über Laos und andere Kanäle kontrolliert, unterstützt und versorgt wird'...".

zitiert nach: Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnam Krieges. Hrsgg. v. Neil Sheehan. München: Knaur 1971

Bei diesen Greuelgeschichten handelt es sich um Standardstories der KHMER SEREI („Freien Khmer") und der KHMER KAMPUCHEA KROM. Viele dieser ehemaligen Agenten, sowie geflohene Beamte und Militärs des Lon Nol -Regimes bevölkern die Lager, weil sie nicht wie die höheren Chargen über die entsprechenden Beziehungen sowie zusammengeraffte Mittel verfügen, um sich nach USA oder Frankreich absetzen zu können. Mittellos und abgeschnitten von ihrer Heimat sind sie darauf angewiesen, die amerikanische Lagerleitung durch Wohlverhalten günstig zu stimmen. Seitdem für weitere 11.000 Indochinaflüchtlinge die Einreise in die USA bewilligt worden ist, erweisen sie sich als besonders „mitteilsam und ergiebig" (12), um sich mit ihren „Erlebnisberichten" ein Einreisevisum in die USA zu erkaufen.
Es sind immer die gleichen Einzelberichte, die mit Namens- und Ortsangaben Glaubwürdigkeit erheischend in der Presse auftauchen: SOUN HEAP aus ARAK BAK bei SISSIPHON, der Fahrer, der einen Lastwagen voll Leichen beerdigt, SAI LEOUN aus ANG LONG KIEP, der nach der Rückkehr in sein Dorf seine Familie erschlagen vorgefunden haben will, und noch einige weitere.
Manche Flüchtlinge stellen sich jetzt als reumütige Henker vor und wollen an einem Tage mehr Menschen erschlagen haben, als überhaupt physisch zu schaffen ist. Die Berichte sind Lehrbuchbeispiele der CIA-PSYOPS bis ins Rankwerk der Einzelheiten: Eine Studentin wird beim Pflücken von wilden Beeren vom Funktionär der Roten Khmer erwischt und reglementiert „die Früchte gehören dem Volk", oder: den Männern wird verboten, sich in der Nähe von Frauen aufzuhalten, damit sie keine sexuellen Gedanken bekommen. Wer bei unerlaubtem sexuellen Verkehr ertappt wird, wird erschossen. . . eine Geschichte, der man den Puritanismus „made in USA" direkt ablesen kann.
Geschickt wird an die Angstträume vieler amerikanischer Mütter, ihre Kinder könnten beim Spielen sich Plastiktüten über den Kopf ziehen und ersticken angeknüpft, wenn die TIME berichtet „Um Kugeln zu sparen, werden die Opfer mit Plastikbeuteln erstickt" genauso wie bei der Geschichte, nach der die „Regimegegner lebend begraben werden".

Nichs ist zu sehr an den Haaren herbeigezogen, als daß es nicht als Beweis für die Massakrierungen angeschleppt würde; John Swain zieht in der SUNDAY TIMES Satellitenaufnahmen heran: „Der US-Nachrichtendienst besitzt Satellitenphotos, die Wohnsiedlungen zeigen. Sonst sieht man nichts und niemand weiß, wo die meisten der 6 Millionen Einwohner Kampucheas geblieben sind" (13).
Um einen unmenschlichen Kurs des neuen Kampuchea nachzuweisen, wird sogar die Dissertation des Präsidenten KIEU SAMPHAN aus dem Jahre 1957 als „harter Beweis" benutzt. Dabei wird in einer Passage, in der KHIEU SAMPHAN seine Hochachtung vor dem kampucheanischen Volk ausdrückt durch einen kleinen Übersetzungs-„Irrtum" KHIEU SAMPHAN zu einem gefühllosen Verächter der Landbevölkerung gemacht (14).

Der Herr Picquard

Diffamierungen von „westlichen" Augenzeugen werden mit besonderer Vorliebe publiziert. Dabei hat die Presse allerdings schlechte Erfahrungen machen müssen, z.B. bei dem Skandal um Picquard, dem früheren Chefchirurgen des Calmettehospitals in Phnom Penh. Er hatte der Presse gegenüber behauptet, mit eigenen Augen habe er auf dem Marktplatz von Phnom Penh „hunderte von erschlagenen Leichen" gesehen, was sofort mit riesigen Überschriften in den Zeitungen gemeldet wurde. Als jedoch von den anderen 50 Ausländern, die mit ihm nach der Ausweisung aus dem Hospital in der französischen Botschaft Phnom Penhs zusammen waren, bezeugt wurde, daß er in der fraglichen Zeit überhaupt nicht in der Stadt war, mußte er alles dementieren und zugeben, daß er die Geschichte aus Ressentiment gegenüber der neuen Regierung erfunden hatte. Das Dementi erschien, im Gegensatz zu der Falschmeldung, wenn überhaupt, nur in einem kleinen Dreizeiler (15).
Der selbe Herr versuchte auch in einem anderen Zusammenhang, die neue Regierung zu diffamieren: Er hatte gleich nach seiner Ankunft in der französischen Botschaft die Lüge verbreitet, das Calmettehospital sei geschlossen worden und die Kranken seien zum Marsch aufs Land geschickt worden, als weiterer Beweis der Unmenschlichkeit der neuen Regierung. Unter dem Druck seiner Kollegen, die später in die Botschaft kamen und bestätigten, daß das Hospital mit einem kompletten Team aus kampucheanischen Ärzten weiterarbeitete, mußte er auch diese Aussage revidieren (16).

Das differenzierte Massaker

Man kann nicht sagen, daß die trübe Quelle der Greuelgeschichten in der Presse vollständig verheimlicht wird. Dies geschieht jedenfalls nicht in einigen „seriösen" Blättern, die es ihren Lesern schuldig zu sein glauben, durch einschränkende und differenzierende Ausführungen den Schein von Distanz und Objektivität vorspiegeln zu müssen.

So schreibt C. Widmann in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG: „Es hat sich unter den Flüchtlingen ein ständiges Ensemble wetteifernder Kronzeugen gebildet, die immer wieder – von Mal zu Mal detailfreudiger – erzählen, was an Schrecklichem sich ereignet hat" (17). Dies hindert ihn aber nicht, im selben Bericht die Greuelgeschichten von der Verfolgung der Intellektuellen und Ärzte wiederzugeben: „Schon wer lesen und schreiben kann ist verdächtig, ein Konterrevolutionär zu sein. Es ist die Verrohung und Verwilderung der Massen, die die Khmer Rouge zur Gleichmacherei mit der Dampfwalze antreibt."
Fast alle Korrespondenten in den „seriösen Blättern" machen unter fetten Überschriften wie „Bestialische Massaker in Kambodscha" solche Einschränkungen. W. Shawcross: „Kein Flüchtling, den ich getroffen habe, konnte wirklich ein Massaker bezeugen, aber alle hatten sie Leichen gesehen" (18); John Swain: „Die meisten Flüchtlinge erzählen Geschichten von Exekutionen, aber wenige können sie bezeugen" (19); H. D. S. Greenway: „Skepsis ist bei den Greuelberichten erforderlich, besonders wenn man mit Flüchtlingen spricht, die versuchen, das Bild so dunkel wie möglich zu malen" (20) usf. .
Diese Art der Berichterstattung ist besonders raffiniert, da sie bei dem Leser den Eindruck erweckt, er habe einen verantwortungsbewußten Journalisten vor sich, der *recherchiert* und nicht einfach CIA-Stories kolportiert.
Es bleibt Martin Wollacott im GUARDIAN vorbehalten, die dieser „differenzierten" Berichterstattung eigene Logik zu formulieren. Er schreibt: „Mögen sie einfach unglücklich sein, sie mögen sogar lügen . . . In der merkwürdigen Subkultur der Flüchtlingslager vermischen die Männer und Frauen, die ihre Entscheidung vor sich und vor ausländischen Stellen rechtfertigen wollen, die Tatsachen mit der Phantasie. Aber in Aranyprathet und den anderen Flüchtlingslagern gibt es so viele solcher Geschichten, so viele häßliche Details, daß sie nicht alle bei Seite geschoben werden können." (21)
Auf diese wollacottsche Logik spekulieren alle diese Presseberichte, nach der uralten Devise: Semper haeret aliquid – irgend etwas wird schon hängenbleiben.
Andere Blätter haben keine solchen Skrupel und gebrauchen

keine Windungen und Wendungen. Der sozialdemokratische VORWÄRTS druckt aus dem gerade zitierten Artikel von M. Wollacott die Massakerstories unter der Überschrift „Wie die Hühner abgeschlachtet" nach – und läßt dabei die einschränkenden Bemerkungen fort (22).

Der Text zum Bild – das Bild zum Text

Vor gut einem Jahr ging ein Bild durch die Presse. Es zeigt einen Soldaten der FAPLNK auf dem Marktplatz von Phnom Penh mit einer Pistole, der, so die offizielle AP-Angabe dazu, Plünderungen verhindert. Der WELT-Redaktion erschien dies nicht passend und sie machte eine neue Bildunterschrift, in der sie erklärte, daß ein Soldat beim Plündern zu sehen sei (WELT vom 9.5.75). Der Journalist *Christoph Maria Fröder, von dem die Aufnahme stammt, verwahrte sich in einer Fernsehsendung (Panorama vom 12.5.75) gegen diese Fälschung seiner Aufnahme.* Ein Jahr später rechnet die Redaktion des STERN mit der allgemeinen Vergeßlichkeit und präsentiert das Bild erneut, nun mit der Unterschrift: *„Dem Sieg folgte die Rache an den Reichen"* (23).



Das Photo zeigt einen Soldaten der FAPLNK, der gegen Plünderungen vorgeht. DIE WELT veröffentlichte es mit der Unterschrift: „Kambodschanischer Soldat beim Plündern"; DER STERN: „Nach dem Sieg folgte die Rache an den Reichen"

Der STERN präsentiert auch noch anderes Bildmaterial. Z.B. ein Bild (Knieender, Soldaten mit Hacken) . . . auf dem „genau" das zu sehen ist, was ein anderer Flüchtling reumütig gestanden hat: „Ich habe 5000 mit der Hacke erschlagen". Welch ein glücklicher Zufall, daß auch dies „dokumentarisch belegt" werden kann.

Da war die TIME, die als erste von der einprägsamen Bildillustration Gebrauch machte, noch ehrlicher: Sie beauftragte einen Künstler, der die Scheußlichkeiten lediglich mit dem Zeichenstift illustrierte (24). Was von den anderen Bilddokumenten im STERN zu halten ist, die unter dem undeutlichen Bild einer Leiche den Text tragen „Zwangsarbeiter sterben an Krankheit, Hunger oder einfach an Erschöpfung auf dem Feld, am Straßenrand", mag der Leser selbst beurteilen.

Kehren wir noch einmal zu dem im STERN erneut abgebildeten Photo vonCh. M. Fröder zurück, denn Herr Dietrich Strasser, der für diesen Hetzbericht im STERN verantwortlich zeichnet, gibt uns einen weiteren unfreiwilligen Einblick in die journalistische Methode der Greuelberichterstatter. Herr Dietrich Strasser, der zu seinem Pech obige PANORAMA-Sendung nicht hatte berücksichtigen können, weil er zu der Zeit wahrscheinlich im Pressehotel in Bangkok saß, läßt nicht einfach Bilder abdrucken, die wer weiß woher sein könnten.

Und also berichtet er dem erstaunten Leser: „Die Bilder schmuggelte jetzt ein Flüchtling aus dem Land, einer von 50.000, die bisher dem Terror der fanatischen Revolutionäre entronnen sind. Es sind die ersten Dokumente . . .". Sygma, das Pseudonym des Flüchtlings, der laut Strasser „aus Angst um seine Familie nicht genannt werden will" hat ebenfalls Schreckliches erlebt. Strassers Recherchen ergaben: „Das Schicksal des 35jährigen Kambodschaners, der die Photos aus dem Land schmuggelte, ist typisch: . . ."

Fürwahr.

Kampucheaner kehren zurück

Der ehemalige Hafendirektor von Sihanoukville, Tiev Chin Leng, der jetzt in Paris lebt, kommentierte die Massakerberichte folgendermaßen: „Die früheren Ausbeuter . . . Notalgiker in einer revolutionären Epoche, reden von Verschleppungen, Zwangsarbeit und addieren imaginäre Zahlen von Toten, ohne Augenzeugen beizubringen. Offenbar schenken viele Flüchtlinge, die z.T. mit Gewalt aus Kampuchea verschleppt wurden, den offiziellen Stellungnahmen des neuen Kampuchea mehr Vertrauen als der Lügenpropaganda. Anfang dieses Jahres kündigten hunderte von Flüchtlingen, unter denen sich viele ehemalige Offiziere der Lon Nol Armee befinden, ihre Rückkehr nach Kampuchea an.

Sie wissen, wohin sie zurückkehren.

Mit Genehmigung des Autors übernommen aus: BEFREIUNG, Nr. 7, Juni 76

Anmerkungen:

1) Siehe: Die Pentagon-Papiere. München: Knaur 1971
2) MONITOR DIENST der Deutschen Welle, 5.4.76
3) Brief von GARETH PORTER an die Redaktion von WALL STREET JOURNAL, NEW YORK, 26.4.76
4) GABRIELE VENZKY, DIE ZEIT, 23.4.1976
5) Vgl. GARETH PORTER, HUE: A study in Political Warfare, Manuskript
6) KONRAD KELLEN, 1971 and Beyond: The View from Hanoi, Rand Corporation, Juni 1971, zitiert nach N. CHOMSKY/ E.S. HERMAN, S. 15, s.o.
7) Vgl. GARETH PORTER, The myth of the Bloodbath: North Vietnam's Land Reform Reconsidered, International Relationship of East Asia, in: Interim Reports, Nr. 2, CORNELL 1972
9) Vgl. dazu Leng Sarys Interview in der Chicago Tribune vom 10. September 1975; Transskript von Bemerkungen Ieng Sarys auf einem Empfang des Indochina Resource Center in New York am 7. September 1975.
10) Vgl. G. PORTER/ G.HILDEBRANDT zum Thema: Hunger als Waffe gegen Kampuchea, in: BEFREIUNG, Nr. 7, Juni 76, S. 9 ff.
11) WILLIAM SHAWCROSS, NEW YORK BOOKS REVIEW, 4.3.1976
12) CARLOS WIDMANN, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 20.4.1976
13) JOHN SWAIN, SUNDAY TIMES, 25.1.1976
14) KHIEU SAMPHAN, Die Wirtschaft Kampucheas und ihre Probleme der Industrialisierung, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Paris, 1957. Khieu Samphan sagt dort: **„Es bedarf keiner Erwähnung,** daß die Landbevölkerung mit Geduld und Rücksicht zu behandeln ist, wenn sie mit Entschlossenheit in den Kampf eingetreten ist." Die hervorgehobene Passage wird von William Shawcross völlig sinnentstellend übersetzt mit: „Es ist unsinnig, zu sagen . . ."
15) PATRICE DE BEER, LE MONDE, 10.5.1975
16) Vgl. The Politics of Food, Indochina Resource Center, Washington D.C. September 1975
17) CARLOS WIDMAN, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 20.4.1976
18) Relativierende Berichterstattung (Differenzierende Massakerberichte) JON SWAIN, SUNDAY TIMES, 25.1.1976: „Die meisten Flüchtlinge erzählen Geschichten von Exekutionen, aber wenige können sie bezeugen."
19) WILLIAM SHAWCROSS, NEW YORK BOOKS REVIEW, 4.3. 1976: „Kein Flüchtling, den ich getroffen habe, konnte wirklich ein Massaker bezeugen, wohl hatten sie fast alle Leichen gesehen."
20) H. D. S. GREENWAY, WASHINGTON POST, 2.2.1976
21) M. WOLLACOTT, THE GUARDIAN, 6.5.1976
22) VORWÄRTS, 6.5.1976
23) STERN, 29.4.1976
24) TIME, 26.4.1976



REVOLUTIONÄRE GEWALT IN EINEM VOLKS-KRIEG

Malcolm Caldwell

Der Sieg der Volksbefreiungsarmeen in Südvietnam und Kambodscha, der im April 1975 die Welt erschütterte, provozierte, wie vorauszusehen war, eine Unzahl von schmerzerfüllten Beschuldigungen und Voraussagen von „kommenden Blutbädern" in den eben befreiten Ländern Indochinas. Dies zu einer Zeit, wo noch niemand in der Lage ist, auch nur überschlägige Statistiken über die Anzahl der Opfer aufzustellen, die von den Amerikanern und ihren Marionetten getötet, verstümmelt, beraubt, zu Waisen oder heimatlos gemacht worden sind. Die Zahl beläuft sich sicher auf -zig Millionen, abgesehen von den Verwüstungen von Sachwerten und der Umwelt einerseits sowie andererseits der mühsam geschaffenen Bauten und Produktionsanlagen in Nordvietnam durch die fortwährenden amerikanischen Bombardierungen (1). Wir dürfen es voller Vertrauen dem Urteil der Geschichte überlassen zu entscheiden, auf welcher Seite in diesem blutigsten aller Kriege das Recht war. Hier möchte ich einige allgemeine Punkte und Beobachtungen festhalten.

Der Ausgangspunkt muß natürlich die Theorie von der revolutionären Gewalt selbst sein. Dazu finden sich einige Beispiele in den Schriften derer, die selber einen Volkskrieg geführt und daraus theoretische Schlußfolgerungen gezogen haben – vor allem Mao Tse-tung, General Giap und andere Führer der großen asiatischen Revolutionen unseres Zeitalters: der Wißbegierige sollte sich zunächst auf diese Texte beziehen (2). Als nächstes prüfen wir die Praxis des Volkskriegs, indem wir drei Arten von Quellen untersuchen: erstens die Aussagen von Teilnehmern, zweitens die Aussagen von sympathisierenden Beobachtern und drittens die Ansichten von „Experten" der Aufstandsbekämpfung. In der ersten Gruppe besitzen wir das Zeugnis solcher erfahrener Revolutionäre wie Kim San (3). In der zweiten können wir zu klassischen Quellen wie Jack Belden und Eqbal Ahmad greifen (4). In der dritten, mit besonderem Bezug auf den Vietnamkrieg, läßt sich Douglas Pike zitieren (5). Schließlich gibt es Berichte über die unmittelbaren historischen Folgen von Revolutionen, die im Volkskrieg erkämpft worden sind.

Ich glaube, es ist nicht nötig, hier theoretische Schriften zu erläutern, deren Aussage klar ist: Guerillas, die einen Volkskrieg führen, können nicht ohne die freiwillig vom Volk geleistete Hilfe überleben (6).

STETS NACHSICHT

Alle drei Arten von Quellen über die Praxis des Volkskriegs stimmen darin überein, daß von den Befreiungsarmeen Gewalt gegen die Bevölkerung vermieden wurde. So zeigt Kim San auf, wie die Partei bei vielen Gelegenheiten die Massen zurückhielt und damit ihren Feinden praktisch vergab, diese aber einfach zurückkamen, um sie zu vernichten. Aus Kanton berichtet er: „Wären die Arbeiter nicht diszipliniert geblieben, hätten sie leicht ihre Feinde vernichten können, aber sie blieben bei ihrer Weisung, keine Zivilbevölkerung zu töten. Im Gegensatz zu solcher Großzügigkeit und Disziplin stand die Orgie von Brutalität, die sie von der Reaktion drei Tage später erlitten, als fast siebentausend Menschen getötet wurden!" (7) Als er von der Wut der ungehemmten Rache der Bauern spricht, bemerkt er: „die Kuomintang tötete die Besten und Mutigsten des chinesischen Volkes, die gesellschaftlich Nützlichen, während die Revolutionäre die Entarteten und Schmarotzer, die gesellschaftlich Schädlichen töteten." (8) Das ganze Buch zeugt von dem Aufruhr der Gefühle, der durch die Teilnahme an einer Revolution in einem sensiblen Menschen entsteht, der für den Fortschritt der Sache des Volkes und menschenfreundliche Werte eintritt.

Die Erfahrung der revolutionären Bewegung in Indonesien illustriert sehr deutlich die Alternativen – und deren Konsequenzen –, wenn man sie mit der revolutionären Bewegung in Indochina vergleicht: auf der einen Seite gnadenlose Dezimierung und in der Folge faschistische Unterdrückung und Verewigung der Armut der Bauern; auf der anderen erfolgreiche Landreform und steigende Produktion bei größerer Gleichheit in der Verteilung der Produkte. (9)

Jack Belden begleitete die Chinesische Volksbefreiungsarmee auf dem Höhepunkt ihres Kampfes gegen die Kuomintang und hatte reichlich Gelegenheit, das Verhalten der Befreiungskräfte zu beobachten. Seine Aussage ist eindeutig und läßt keine Zweifel zu: größte Bemühungen wurden darauf verwendet, daß es keine unnötige oder ziellose Gewalt gab. Grundsätzliches Handlungsprinzip war nämlich, daß niemand zur Besserung unfähig sei, daß selbst der schwärzeste Reaktionär sich eines Tages ändern und der Gemeinschaft nützlich sein könne. Er betont den ethischen Gehalt des Mao Tse-tung-Denkens und dies ist ein Gesichtspunkt, der seitdem immer wieder hervorgehoben wurde. Dabei sollten wir immer im Auge haben, daß der Feind, den die Volksbefreiungsarmee bekämpfte, ein raubgieriger Faschismus von der grausamsten und gefühllosesten Art war. (10) Über Mao selbst schreibt Han Suyin, daß er sehr früh in seiner revolutionären Karriere „den Unterschied formulierte zwischen der Vernichtung einer Klasse mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mitteln und der physischen Vernichtung von Menschen, die er verabscheute." (11) Auch Eqbal Ahmads Aufstellung der Grundprinzipien und Taktik des Bürgerkriegs (er kämpfte in der Algerischen Revolution) gibt in Kürze ein unwiderlegliches Beispiel hierfür. (12)

BEHUTSAMER EINSATZ VON GEWALT

Es ist aufschlußreich, sich den reaktionären „Experten" wie Pike zuzuwenden. Anders als die Propagandisten, Politiker und Schreiberlinge der bürgerlichen Presse müssen diese „Experten" realistische Einschätzungen geben, um ihren Brötchengebern im Pentagon und im CIA von irgendeinem Nutzen zu sein. In seinem Hauptwerk kommt Pike zu folgenden Schlüssen: „Terror wurde angewendet, um

> Kräfte, die zwischen ihm (dem Vietkong) und seiner Herrschaft über die ländlichen Gebiete standen, darunter Regierungsbeamte, unschädlich zu machen. Aus diesem Grunde gab es wenig Terrorismus in Saigon und praktisch überhaupt keinen, der sich gegen höchste Regierungsbeamte wendete . . . Wir können nicht feststellen, ob Terror vom Vietkong zum Zweck der Stärkung der inneren Moral angewendet wurde, aber anscheinend war das nicht der Fall; die internen Dokumente, die sich mit Kritik und Selbstkritik des Gewaltanwendungsprogramms befassen, zeigen eine ziemlich weit verbreitete Abneigung seitens der Vietkong-Mannschaften gegen Terror . . . Terror wurde vom Vietkong augenscheinlich auch nicht als Provokation be-

nutzt; wenigstens wurden niemals interne Dokumente entdeckt, die Kader dahingehend anwiesen; im Gegenteil, besonders die Kader im Bewegungskrieg wurden ermahnt, keinesfalls zuzulassen, daß Extremisten in der Menge irgendwelche Gewalt oder terroristische Akte begingen, die die Regierung provozieren oder gewaltsame Vergeltung rechtfertigen könnten . . . Auch ging der Vietkong mit Gewalt nicht ziellos oder ohne zu unterscheiden vor. Im Gegenteil, Einzelne wurden nur nach sorgfältiger Auswahl getötet, z.B. wurde einem ermordeten Beamten ein Zettel an sein Hemd gesteckt, der erklärte, was für ein Verbrechen er begangen hatte. . . . Der Vietkong machte umfassende Anstrengungen, die sicherstellen sollten, daß es keine unbegründeten Tötungen gab; manchmal ging er so weit, daß er Flugblätter herausgab, die die Verantwortung für die Tötung Einzelner ablehnten und behaupteten, daß sie von Banditen getötet worden seien, die sich als Vietkong verkleidet hätten. (13) . . . Die Theoretiker des Vietkong betrachteten Terror als die Waffe des Schwachen, des Verzweifelten, des erfolglosen Gueril-la-Führers. (14)"



Einmarsch von Truppen der Roten Khmer in Phnom Penh am 17. April.

So war es, und der Vietkong gewann!

Es besteht also eine außergewöhnliche Übereinstimmung der Aussagen über die Taktik des Volkskrieges hinsichtlich der bewußten Vermeidung von „Blutbädern". Bevor ich diesen Aspekt des Themas verlasse, möchte ich mich mit den beiden immer wiederkehrenden Hauptargumenten derer befassen, die das Märchen vom „Blutbad" verbreiten: die Toten bei der Landreform der Demokratischen Republik Vietnam 1953 – 1956 und das, was als Hue-Massaker bezeichnet wird. Beide wurden kürzlich in einer sehr guten Betrachtung von Noam Chomsky und Edward Hermann diskutiert. (15) Zum ersten gibt es eine ausführliche Untersuchung der Anschuldigungen und eine vernichtende Entgegnung von Gareth Porter. (16) Zum zweiten wird der Leser auf eine breit angelegte Analyse in der Dezember-Januar 1969-70-Ausgabe von „Vietnam International" verwiesen. Was aus solchen Quellen mit großer Deutlichkeit hervorgeht, ist der Tatbestand einer systematischen, überlegten Verdrehung der Fakten, um Propaganda zu machen, die die zahllosen Verbrechen der amerikanischen Führer gegen die Völker von Indochina abschwächen oder sogar rechtfertigen sollte.

MORALISCHE ÜBERLEGENHEIT

Ein wichtiger Punkt, den die meisten Beobachter und Kommentatoren übersehen, ist, daß die Vietnamesen sich ständig bemühten, eine klare moralische Überlegenheit über die imperialistischen Aggressoren herzustellen und zu behalten. Ich betone dies, weil der vietnamesische Kampf hierin einen deutlichen Kontrast zu anderen bewaffneten Kämpfen bildet, wie denen der Palästinenser und der Provisionals der IRA, um nur zwei zu nennen. Von Anfang an machten die Befreiungskräfte in Vietnam eine Unterscheidung zwischen dem amerikanischen Volk, eingeschlossen die amerikanischen Soldaten, und der Regierung und herrschenden Klasse Amerikas. Natürlich gab es innerhalb und außerhalb Vietnams genug Unterstützung, so daß der Vietkong leicht seine zahllosen Anhänger zu einer weltweiten Terrorkampagne hätte aufrufen können. Wie leicht wäre es für die vietnamesischen Kader gewesen, in die amerikanischen Erholungszentren einzudringen und die sich entspannenden amerikanischen Soldaten mit Maschinengewehrfeuer einzudecken! Was für stehende Ziele gaben die Touristen in Saigon ab! Wie einfach wäre es für den Vietcong oder seine ergebenen Anhänger in der weltweiten Solidaritätsbewegung gewesen, Bomben in Washington und Los Angeles zu legen, um amerikanische Frauen und Kinder zu zerfetzen!

Was die Japanische „Rote Armee" auf dem Flughafen Lod tat oder was die Palästinenser bei den olympischen Spielen in München taten, hätte zur Mode werden und tausendfach von den vietnamesischen Genossen und ihren ausländischen Freunden begangen werden können, wenn sie es gewollt hätten. Sie wollten es aber nicht, und damit hatten sie nach meiner Ansicht völlig recht. Es war notwendig, daß die Befreiungsbewegung, je mehr die Amerikaner in ihrer Verzweiflung Zuflucht zum wahllosen Abschlachten der „gooks" und „Schlitzaugen" nahmen, desto gewissenhafter an ihrer Politik eines höheren moralischen Standpunkts festhielten. Der Protest der Vietnamesen war nicht weniger tief begründet und berechtigt als der der Palästinenser und nordirischen Katholiken, aber sie sahen darin keine Rechtfertigung dafür, amerikanische Zivilisten zu verstümmeln, zu blenden oder abzuschlachten; und noch viel weniger Angehörige von Nationen, die in ihrem Alltagsleben ohne Verbindung zum Krieg in Vietnam lebten. Überall sollten Revolutionäre den Vietnamesen hierin zustimmen und gleichzeitig andere Kampfmethoden verurteilen, die zu der moralischen Verkommenheit der Unterdrücker herabsinken; feiger Terror ist schließlich nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch politisch Selbstmord. Kein Befreiungskampf hat sich den Schwierigkeiten der Vietnamesen gegenüber gesehen; ihr Triumpf ist auch ein Triumpf für das, was wir vor nicht allzu langer Zeit ohne Zögern Tugend genannt hätten – moralisches Hervorragen, Aufrichtigkeit und Güte.

Die nordvietnamesische Landreform ist ein gutes Beispiel für das, was erfolgreichen revolutionären Machtergreifungen folgt. Das Standardwerk über die Nachkriegsrevolution in Asien ist zweifellos William Hinton's „Fanshen". (17) Dies ist ein authentischer Bericht über die Spannungen und Kräfte, die durch die Befreiung freigeworden waren. In Verbindung mit Beldens Meisterwerk straft es die verbreitete Behauptung Lügen, daß Mao dem größten Blutbad der Geschichte vorstand. Im Gegenteil, die Kader versuchten, den ganz natürlichen, wütenden Rachedurst der Bauern ein-

zudämmen, die so viel unter den Händen der Großgrundbesitzer und Bürokraten gelitten hatten. Daß Mao ständig dazu aufforderte, Vernunft zu üben, nicht Gewalt, steht jenseits allen Zweifels.

GERECHTIGKEIT BEIM WIEDERAUFBAU

Hier könnte man einwenden, daß China eine Sache war und das, was in Kambodscha passiert, eine andere. Als die siegreichen Guerillas beim Fall Phnom Penhs damit begannen, alle Einwohner zu evakuieren, wurden gespieltes Entsetzen und Krokodilstränen großzügig ausgerechnet von jenen aufgewendet, die zufrieden die beispiellose Schlächterei des amerikanischen Lufüberfalls auf Kambodscha akzeptiert hatten. Wie Charles Meyer gezeigt hat, war Phnom Penh für die armen Bauern das gehaßte Symbol von allem geworden, das verdorben, korrupt und prowestlich in ihrer Gesellschaft war, und sie waren entschlossen, es als faktisches Zentrum der Nation aufzuheben.:

> „In anderen Zeiten hätte die Bauernarmee es zweifellos dem Erdboden gleichgemacht, nachdem sie Teile der Bevölkerung umgebracht hätte. 1975 begnügte sie sich damit, seine Einwohner zu evakuieren, um sie durch harte Arbeit in den Reisfeldern zu läutern und umzuerziehen. Für Ausländer ist diese Maßnahme unmenschlich, absurd, unwirtschaftlich. In Wirklichkeit ist sie politisch, in klarer Kenntnis der Sachlage beschlossen, um eine Khmer-Gemeinschaft wiederaufzubauen, die teilweise durch Verwestlichung tiefgreifend verändert worden war. Das Ziel der Bauernrevolutionäre ist, ihr Land auf eine Weise wiederaufzubauen, die sie frei gewählt haben. Sie sind überzeugt, daß sie nur dann dazu in der Lage sein werden, wenn sie vollständig alle materiellen Symbole von Fremdherrschaft zerstören und einen „Neuen Menschen" innerhalb einer sozalistischen Bauerngesellschaft schaffen, die völlig kambodschanisch ist. Dies ist eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Revolution, die deutlich an die chinesische Erfahrung erinnert." (18)

Mit einem Poster, auf dem offensichtlich eine Prostituierte einem Jungen in Zivil eine eindeutige Abfuhr erteilt (Text: „Ich mag dich nicht; ich mache nur Liebe mit Soldaten"), wirbt die kambodschanische Armee um Nachwuchs. Die Plakate, die in den Straßen der von den Roten Khmer umlagerten



Hauptstadt Pnom Penh hängen, wurden von US-Kriegspsychologen entworfen.

Zweifellos wird es für einige Städter, die Schreibtischarbeit zu verrichten pflegten, hart sein, sich an die Arbeit in den Reisfeldern zu gewöhnen, aber solche möglichen Schwierigkeiten können nicht als „Blutbad" hingestellt werden, es sei denn, viele begehen lieber Selbstmord, als sich der Arbeit zu unterwerfen. Obwohl die Medien und Politiker im Westen verzweifelt nach glaubhaften Anzeichen für ein „Blutbad" Ausschau hielten, haben sie es bemerkenswerter Weise nicht geschafft, mehr als Phantasieprodukte herzustellen – Projektionen ihrer krankhaften Suche nach Entlastung. Westliche Reporter, die nach der Befreiung im Land geblieben waren, konnten nicht mit irgendwelchen bestätigten Massakerberichten aufwarten, so daß Präsident Ford und Außenminister Kissinger sich darauf beschränken mußten, nach Strohhalmen zu greifen, die sich regelmäßig als Erfindungen ihrer überhitzten Phantasie entpuppt haben. Die genannten Verräter, die die Aufforderungen ignorierten, vor der Befreiung zu fliehen, haben zweifellos das Schicksal erlitten, das man ihnen angedroht hatte; wir können uns nur wundern, daß sie – der abscheulichsten Verbrechen schuldig – überhaupt die faktische Möglichkeit erhielten, sich einer Vergeltung zu entziehen, die völlig gerechtfertigt war.

Dies führt uns nun zu einem weiteren wichtigen Aspekt der Frage. Westliche Äußerungen über die Erfahrung von „Blutbädern" scheinen offensichtlich Äußerungen von Schuldgefühlen zu sein, des Bewußtseins davon, was Leute aus dem Westen unter diesen Umständen getan hätten. Ich werde mich im folgenden mit diesem psychisch-geschichtlichen Aspekt beschäftigen.

KOLONIALE PSYCHOLOGIEGESCHICHTE

Typisch für die Schuldprojektion ist das ständig wiederholte Horrorimage des „blutrünstigen" afrikanischen „Wilden", des „fanatischen" Arabers oder des asiatischen „Eingeborenen". Aber kein ernstzunehmender Geschichtsforscher würde bestreiten, daß die Vertreter des westlichen Kolonialismus und Imperialismus, die in genau denselben Texten verehrt werden, die unsere farbigen Mitmenschen so verleumden, diese bei weitem übertrafen (und übertreffen), was Barbarei und gefühllose Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leben angeht (anderem als ihrem eigenen natürlich). Ob wir nun an die Geschichte des Sklavenhandels in Afrika denken, an die späteren Kreuzzüge in den Nahen Osten oder an solche Erscheinungen wie die Niederschlagung der indischen „Meuterei" (19) – der Sachverhalt ist deutlich. Die Moslems leisteten ihren Widerstand gegen die europäischen Kreuzzüge mit weit größerer Menschlichkeit und Selbstbeherrschung, wobei sie die Rechte ihrer Gefangenen respektierten, während die Gefangenen auf der anderen Seite von ihren christlichen Aufsehern umgebracht wurden. Die europäische Eroberung Lateinamerikas ist ein Beispiel entsetzlicher Unmenschlichkeit, wobei die Ausrottung oder Dezimierung der Völker Nordamerikas, der pazifischen Inseln und Südasiens bestätigen, daß dies kein Einzelfall war. (20)

Das westliche Verhalten in China unterstreicht nur diese Beispiele: wie uns Jack Beeching wieder deutlich macht, (21) wurden europäische Expeditionen in China mit so viel Rücksichtslosigkeit und offener Verachtung gegenüber den Chinesen durchgeführt, daß es einigen Führern solcher exemplarischen „Straf" expeditionen gelegentlich die Schamröte ins Gesicht trieb. Darüber hinaus war Opium (Drogen verbinden wieder einmal westlichen Imperialismus und Asien) nicht das einzige Handelsgut: parallel dazu gab es einen „Viehhandel" mit chinesischen „Kulis", die Sklavenarbeit als sogenannte „Kontraktarbeiter" in Plantagen quer über den Pazifik bis in die USA und die Karibik ausführen mußten. „Ware", die unterwegs „schadhaft" wurde

(entführte Chinesen, die auf den Viehhandelsschiffen aufgrund der Lebensbedingungen krank wurden), wurde einfach hervorgeholt, erschossen und über Bord geworfen.

HYSTERISCHE POLITIK

Wir müssen uns davor hüten, diesen Aspekt rassistisch zu interpretieren, so groß auch die Versuchung ist. Neben anderen haben Stillman und Pfaff eine gesellschaftsgeschichtliche Erklärung gebracht, die überzeugend ist und im folgenden betrachtet werden soll. (22) Kurz gefaßt behaupten sie, daß die westliche Entwicklung von Begriffen und Wahrnehmungen, die beim Streben nach „Beherrschung der Natur" und der Anwendung von Vernunft für die Lösung menschlicher Probleme gefunden werden, nicht nur die Fähigkeit des Menschen zum Guten dramatisch erhöhte, sondern auch – und zwar unvermeidbar, im Schlepptau – seine Fähigkeiten, Böses zuzufügen. Gerade die Idee der „Beherrschung" selbst enthält den Keim moralischen Verfalls; wenn sie mit einem exponentiellen Wachstum der physischen Fähigkeit, sie durchzusetzen, verbunden wird, wird sie ungeheuer gefährlich. Der Beweis kann in den religiösen und ideologischen Kriegen wie in den imperialistischen gefunden werden, die ganze Nationen und Kontinente zerschlagen haben. Wo finden wir in der menschlichen Geschichte Ähnliches wie die Schrecken des ersten Weltkriegs, (23) die nationalsozialistischen Vernichtungslager (24), die totale Bombardierung von deutschen und japanischen Städten wie Dresden und Tokio durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg (25), gefolgt von Hiroshima und Nagasaki? (26) Hier werden wir mit einer abscheulichen Schlächterei konfrontiert, zu der Stillman und Pfaff bemerken:

> „Diese Verbrechen sind unsere, sie entstehen aus unserer Kultur, aus unserem Westen, aus derselben Gesellschaft, die sich nicht gegenüber derjenigen verändert hat, die vor wenigen Jahren diese Verrenkungen, diese Selbstverstümmelung hervorbrachte . . . Es gibt eine Tradition von Exzessen – von Gewalt für transzendentale und völlig unerreichbare Ziele – die genau so ein Teil des Westens ist wie unsere Tradition des Respekts vor dem Schicksal und Wert des Einzelnen." (27)

Die Verfolgung von Zielen mit dem „logischen" auf die Spitze treiben der Mittel steht in starkem Kontrast zu den asiatischen Konzepten von Krieg und Konflikt, die Auswege für die Unterlegenen und Geschlagenen offenlassen, so daß sie ihr Gesicht wahren können und weitere Opfer auf beiden Seiten unnötig bleiben. (28)

Schließlich müssen wir jedoch vom Liberalismus von Stillman und Pfaff, so lehrreich er auch ist, auf den festeren Boden des Marxismus zurückkehren. Es ist schmerzlich unangemessen, die erwähnten Phänomene mit soziokulturellen Begriffen zu analysieren, ohne Klassenaspekte zu berücksichtigen. Entscheidungen wurden in der Ära des Imperialismus von einer bestimmten Klasse getroffen, während es eine andere war, die in Blut und Barem zahlen mußte, mit gesteigerten Arbeitsleistungen und persönlichen Opfern aller Art. Der Erste und der Zweite Weltkrieg waren imperialistische Kriege wie die in Korea und Vietnam. (29) Wie Kolko zum Zweiten Weltkrieg bemerkt, „war das Ergebnis des Krieges

> auch ein weltweiter Bruch zwischen Führern und Geführten, der die Veränderung der Weltpolitik . . . von Konflikten zwischen Staaten zu Konflikten zwischen Schichten und Klassen, die mit Staaten verbündet sind, beschleunigte . . . Asien stand in den Flammen einer Revolution, die im Fernen Osten den Zweiten Weltkrieg fast ohne Übergang . . . zu einem Bürgerkrieg machte; dieser brachte eine riesige Befreiungsbewegung ins Rollen, die die europäischen Angelegenheiten in den Schatten treten lassen und das Schicksal der Weltpolitik der nächsten Generationen prägen würde." (30)



DIE HINTERLASSENSCHAFT *der amerikanischen Truppen in Vietnam besteht nicht nur in Flugplätzen, Waffenarsenalen und einem verwüsteten Land. Inmitten eines Berges leerer Bier- und Coladosen scheint der vietnamesische Bub in einem US-Militärhemd über die Zukunft zu meditieren.*

In diesem Zusammenhang müssen wir die Bedeutung des Ergebnisses des Indochina-Krieges und die Wehklagen der Besiegten über „Blutbäder" sehen. Denn wer kann bezweifeln, daß die Ereignisse vom April 1975 einen Wendepunkt von geschichtlicher Bedeutung markieren und daß die Totenglocke immer lauter für jene Klasse klingt, die so lange so entsetzliche Schlächtereien zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen organisierte? Unfähig, irgendeine Alternative zu brutaler Gewalt zu sehen, hängt sie den Siegern jene Handlungen an, vor denen sie selbst nicht zurückgeschreckt wäre, wenn die Umstände umgekehrt lägen; eine Tatsache, die nur zu gut und blutig durch jenen Geschichtsabschnitt bestätigt wird, der mit den Leichen ihrer Untertanen übersät ist. Ihre Herrschaft ist ernstlich in Frage gestellt und sie tobt und klagt an. Aber die Haupttendenz in der Welt ist heute die Revolution und von dem, was die Imperialisten jetzt tun, kann nichts diesen Trend umkehren. Mit dem Fortschritt der Revolution schreitet die Menschheit langsam aber stetig vorwärts auf eine Welt zu, in der „Blutbäder" selbst und die Klasse, die so viele anrichtete, ein schauerlicher Alptraum der Vergangenheit sein werden.

übersetzt aus dem Englischen und leicht gekürzt vom iz3w

Fußnoten:

(Ein Teil der zitierten englischsprachigen Titel ist auch in deutscher Sprache erschienen; es empfiehlt sich, in einschlägigen Bibliographien nachzusehen)

(1) Vgl. die Sammlung der Zeugenaussagen im Bertrand Russell-Tribunal, herausgegeben von Pengin Books, London, Against the Crime of Silence, 1971.

(2) Es gibt eine Unzahl von Ausgaben der Werke des Vorsitzenden Mao, des Premiers Kim Il Sung, General Giap und anderen hervorragenden Führern asiatischer Revolutionen, und ich möchte die Aufmerksamkeit auf eine ausgezeichnete Darstellung von Phoumi Vongvichit, einem prominenten Führer des laotischen Volkes lenken: Laos and the Victorious Struggle of the Lao People against US Neo-Colonialism, Neo Lao Haksat Publications.

(3) Nym Wales und Kim San, Song of Ariran, Ramparts Press, San Francisco 1973: dieses außergewöhnliche Buch muß jeder lesen, der ernsthaft an dem Thema interessiert ist.

(4) J. Belden, China Shakes the World, Monthly Review Press, New York 1970; Eqbal Ahmed, „Revolutionary Warfare",

M. Gettelman (Hrsg.), Vietnam, London 1966.

(5) D. Pike, Viet Cong, The M I T Press, Cambridge, Mass., 1966.

(6) Vgl. dazu: Mark Selden: The Yenan Way, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1971.

(7) Nym Wales und Kim San, a.a.O., S. 171.

(8) a.a.O., S. 187.

(9) Ein interessantes Interview mit Ho Chi Minh von Ernst Utrecht steht in der document section, Journal of Contemporary Asia, Vol 3, Nr. 2, 1973; eine Widerlegung der wilden westlichen Schätzungen der Zahl der in der vietnamesischen Landreform Getöteten findet sich in D. Gareth Porter, „The Myth of the Bloodbath: North Vietnam's Land Reform Reconsidered", Bulletin of Concerned Asian Scholars, Vol. 5, Nr. 2, 1973.

(10) Vgl. das neue Buch von L. E. Eastman, The Abortive Revolution, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1974, über den Kuomintang-Faschismus. Einige der besten Berichte über Korruption und Gier der Chian Kai-shek-Clique können in den Berichten der Amerikaner gefunden werden, die ihr Land in jener Zeit in China vertraten, hiervon zitiere ich nur einige: J. S. Service, Lost Chance in China, Random House. New York. 1974: J. T. Davies, Dragon by the Tail, Robson Books, London 1974; (über Stilwell) Barbara W. Tuchmann: Sand Against the Wind, Macmillan, London, (Jahresausgabe unleserlich); K. E. Shewmaker, American and Chinese Communists, Cornell University Press, Ithaca 1971; J. F. Melby, The Mandate of Heaven, London 1968. Han Suyins dreibändige Autobiografie (The Cripled Tree, A Mortal Flower und Birdless Summer) ist ein unschätzbar wertvoller Bericht über die Verkommenheit der Kuomintang.

(11) Han Suyin, The Morning Deluge, Jonathan Cape, London 1972, S. 217.

(12) Ich habe zwei Versuche gemacht, einige der wichtigen Literaturstellen aufzuspüren und darzustellen, und zwar in The Chainless Mind, Hamish Hamilton, London 1968, S. 16-20 und 97-223 und „Subversion or Social Revolution in South East Asia?" in M. Leifer (Hrsg.), Nationalism, Revolution and Evolution in South-East Asia, University of Hull, 1970.

(13) Die Banditen waren meist vom CIA ausgebildete Mördertrupps, die umherzogen und als „Vietcong Guerillas" verkleidet töteten, vergewaltigten und andere Grausamkeiten begingen (S. z.B.: einen Bericht im Daily Telegraph, 21. Oktober 1965).

(14) Die zitierten Auszüge stammen von S. 250 und 251 seines Buches, a.a.O., (Anm. 5).

(15) Counter-revolutionary Violence: Bloodbaths in Fact and Propaganda, Warner-Meduler Publications, Inc., Module 57, 1973, S. 1-46.

(16) D. Gareth Porter, a.a.O.

(17) Pelican, London 1966: Jan Myrdals Report from a Chinese Village, Penguin Books, London 1953, bringt Berichte mit denen, die an der Befreiungsperiode teilnahmen.

(18) „Rebuilding Cambodia: A Daring Gamble", New York Times, 16. Mai 1975.

(19) Wer mit den abscheulichen Grausamkeiten der Briten bei der Niederschlagung der „Meuterei" (erster nationaler Unabhängigkeitskrieg) nicht vertraut ist, möge sich den ziemlich zurückhaltenden Bericht von M. Edwardes ansehen: Red Year, Hamish Hamilton, London 1973: ein interessanter Kommentar zu europäischen Einstellungen im imperialistischen Zeitalter ist V. G. Kiernan, The Lords of Human Kind, Weidenfeld & Nicolson, London 1969, H. Golwitzer, Europe in the Age of Imperialism, Thames & Hudson, London 1970, diskutiert die Notwendigkeit, den Völkern der westlichen imperialistischen Länder rassistische Einstellungen beizubringen, um überseeische Eroberungen und die Unterwerfung „minderwertiger" Gesellschaften durchführen zu können, ohne daß dabei die normalen Skrupel hinsichtlich der Methoden auftreten.

(20) Die Literatur auf diesem Gebiet ist bedrückend zahlreich, aber es wäre nachlässig, nicht zwei neue und gut erhältliche Werke zu erwähnen, die gegenüber den Ereignissen, die sie berichten, tiefsten Abscheu wecken: V. D. Bonilla, Servants of God or Masters of Men?, Penguin Books, London 1972.

(21) The Chinese Opium Wars, Hutchinson, London 1975.

(22) E. Stillman und W. Pfaff, The Politics of Hysteria, Gollancz, London 1964.

(23) Wenige Konflikte wurden besser von sensiblen, gebildeten und talentierten Beobachtern geschildert; es wäre ungerecht, einzelne Beiträge aus der Literatur herauszuheben, aber Werke wie Siegfried Sassoons Memoirs of an Infantry Officer, Robert Graves Goodby to All That, Edmund Blundens Untertones of War, Frederic Mannings Her Privates We, Charles Carringtons Soldier from the Wars Returning und die Romane von Ford Madox Ford über den Krieg 1914-18 (Some Do not, No More Parades, A Man Could Stand Up und Last Post) können als Einführung dienen; auch sollten wir den Klassiker All Quiet on the Western Front (Im Westen Nichts Neues, d. Übersetzer) nicht vergessen, der später zu einem denkwürdigen Film gemacht wurde.

(24) Neben der Liquidierung von fast sechs Millionen Juden behandelten die Nazis die Hunderte von Millionen Einwohner ihrer besetzten Gebiete – vor allem in Osteuropa und den UdSSR – mit faschistischem Terror und Bestialität bis zum Äußersten.

(25) S. D. Irving, The Destruction of Dresden; nach seiner Schätzung wurden 135.000 Zivilisten im Laufe einer Nacht als Ergebnis von Entscheidungen getötet, die Großbritanniens damalige zivile und militärische Führer mit eiskalter Überlegung getroffen hatten. Der erste Angriff auf Tokio am 9. März 1945 verbrannte 125.000 japanische Zivilisten, wieder als Ergebnis einer überlegten Politik. Gabriel Kalko beschreibt genau die Moral der damaligen Führer jener Klasse, die heute scheinheilig „Blutbäder" brandmarkt: „Die grundsätzliche moralische Entscheidung, die die Amerikaner während des Krieges zu treffen hatten, war, ob sie das internationale Recht verletzen würden, indem sie unterschiedslos Zivilisten angriffen und vernichteten und sie lösten das Problem im Rahmen der Anwendung konventioneller Waffen. Ihre Entscheidung wurde weder von Fanfaren noch von Zögern begleitet, und die Atombombe, die gegen Hiroshima angewendet wurde, war weniger tödlich als massive Bombardierungen. Der Krieg hatte die amerikanischen Führer so brutalisiert, daß das Verbrennen ungeheurer Zahlen von Zivilisten im Frühjahr niemals wirklich Hemmungen machte. Wegen der voraussehbaren Stärke der Atombombe, die viel geringer war, als die eines Feuerbombardements, glaubte niemand, daß kleine Anzahlen von ihr den Krieg beenden könnten. Nur ihre Technik war neu, sonst nichts. Im Juni 1975 beeindruckte die Massenvernichtung von Zivilisten Stimson als eine Art morlaisches Problem, aber der Gedanke war schnell wieder vergessen und beeinflußte in keiner merkbaren Weise die Verwendung von konventionellen oder Atombomben durch die Amerikaner. „Ich wollte nicht, daß die Vereinigten Staaten den Ruf bekämen, Hitlers Grausamkeiten zu übertreffen", bemerkte er von einem Gespräch mit dem Präsidenten am 6. Juni. Es gab eine andere Schwierigkeit, die massenhafte konventionelle Bombardements machten, und die lag gerade in ihrem Erfolg, ein Erfolg, der die zwei Weisen menschlicher Zerstörung in den Köpfen des amerikanischen Militärs faktisch gleichwertig machte. „Ich hatte ein bischen Angst", sagte Stimson zu Truman, „daß die Luftwaffe Japan so gründlich ausgebomt haben könnte, bevor wir so weit waren, daß die neue Waffe kein gutes Einsatzgebiet mehr haben könnte, um ihre Stärke zu zeigen." Darüber „lachte (!) der Präsident und sagte, er verstehe das". (G. Kolko, The Politics of War, S. 510 – 539).

(26) Zur Erörterung der Hintergründe der amerikanischen Entscheidung, die beiden Atombomben zu werfen, die unmittelbar 140.000 Tote forderten, zahllose weitere Opfer in einer besonders scheußlichen Art verwundete, tausende in ständigen Wahnsinn trieb und bis heute noch Todesopfer fordert, s. G. Kolko, a.a.O, S. 539 – 543, 561, 567 und 595 – 597; ferner J. Toland, The Rising Sun, Cassell & Co., London 1970, S. 561 ff.; D. Bergamini, Japan's Imperial Conspiracy, William Morrow, New York 1970, diskutiert die Auswirkung der Hiroshima-Bombe auf Kaiser Hirohitos bereits fertiggestellten Kapitalutationsplan.

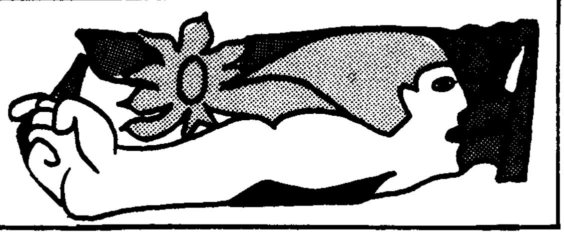
(27) Stillman und Pfaff, a.a.O., S. 8, 13.

(28) Dies war ein Faktor, der zu der amerikanischen Entscheidung führte, vom „special war", in dem ihr Personal lediglich als Berater der südvietnamesischen Armeeeinheiten tätig war, zur direkten Intervention überzugehen: wie Halberstam u.a. berichten (The Marking of a Quagmire, Bodley Head, London 1965, S. 181 – 182 u. passim), machte es die amerikanischen Militärberater wahnsinnig vor Wut, wenn die südvietnamesische Armee den Feind nur auf drei Seiten „umzingeln" wollte, um sozusagen ein Schlußloch für den Feind zu lassen (was natürlich in doppelter Hinsicht vernünftig war, es rettete Leben und ließ erwarten, daß, wenn der Spieß umgedreht würde, auch diese Geste erwidert würde. Er liegt auch in der Art, wie Saigon schließlich befreit wurde – das „schöne Gefäß" wurde gerettet und die „Ratten" darin vertrieben, ohne den Vorschlaghammer gegen beide nach amerikanischer Art anzuwenden (eine Stadt zu zerstören, um sie zu „retten").

(29) Der Erste Weltkrieg kostete etwa 30 Millionen Tote, der Zweite schätzungsweise 50 Millionen; der Koreakrieg etwa 2 Millionen (5 Millionen Gesamtverluste), davon kamen vier Fünftel n a c h d e m die USA Südkorea wieder unterworfen hatten (sie waren direkt oder indirekt Ergebnisse der amerikanischen Invasion im Norden). Wie bereits vorher gesagt, sind die Schätzungen der Schlächterei in Indochina noch nicht abgeschlossen. Aber sie ist nur ein spektakuläres Ereignis in der langen Geschichte des Imperialismus, die ständig von Blutvergießen, Brutalität charakterisiert wird, von der Verarmung, der Erniedrigung und der Aushungerung des Volkes. Stellen Sie sich einen Augenblick lang die Aufstellung einer Liste vor, in der die Eintragungen den ganzen Weg von den ersten Zusammenstößen gewalttätiger Pioniere und des expandierenden Westens mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufgeführt sind bis zur Gegenwart – die Portugiesen und Spanier in Südamerika, die Briten in Indien und in ihrem ganzen Reich, die Nordamerikaner gegen die einheimischen Völker des Subkontinentes und gegen die Filipinos, und so ohne Ende weiter bis zum technologischen Schrecken des Vietnamkrieges.

(30) G. Kolko, a.a.O., S. 594 f.

CHILE:
3 JAHRE UNTERDRÜCKUNG-
3 JAHRE WIDERSTAND



Drei Jahre nach dem faschistischen Putsch gegen die linke Bewegung des chilenischen Volkes herrschen unter dem Regime der Junta immer noch eine Athmosphäre der Angst, Hunger und Verzweiflung.
Wenn man heute von Chile spricht, spricht man von politischen Gefangenen, Folter und Mord, hoher Arbeitslosigkeit und großer wirtschaftlicher Misere. Man spricht aber auch von dem chilenischen Widerstand und von internationaler Solidarität.
Die Parole in der Solidarität mit dem chilenischen Widerstand lautet „KEINE UNTERSTÜTZUNG DER CHILENISCHEN JUNTA".
Seit dem Putsch am 11.9.73 ist es ein Ziel des Widerstands gegen die Junta, die Produktion des Landes zu stören. Er will damit die Junta wirtschaftlich schwächen, um ihr so die Existenzgrundlage zu entziehen.
Trotz des Versuchs der Junta, jeden Nachrichtenfluß über Aktionen gegen sie zu unterbinden, erfuhr die Weltöffentlichkeit von Sabotageakten des chilenischen Widerstands in den Fabriken kurz nach dem Putsch. Dabei handelte es sich meist um Arbeitsverschleppung. (Blätter des iz3w, Nr. 40, Chronik) Organisiert wurden diese Wirtschaftssabotagen in den häufigsten Fällen durch die „linke revolutionäre Bewegung" MIR. (Blätter des iz3w, Nr. 46/47, Chronik)
Ein halbes Jahr nach dem Putsch begannen einige Arbeiter mit Unterstützung der Parteien im Widerstand Kommissionen zu gründen. Diese Fabrikkomissionen haben die Aufgabe, das politische Bewußtsein der Arbeiter im Betrieb zu verbessern und den Kampf um die Verteidigung der Rechte und Errungenschaften der Arbeiter zu führen. Dabei geht es den Kommissionen um die Verbesserung der Sicherheitsbedingungen bei der Arbeit, des Kantinenessens etc. (Blätter des iz3w Nr. 48, S. 14).
Ende 1974 berichtete die Zeitung „Il Manifesto" (Lotta Continua) über den Streik von 5.000 Arbeitern in einer der größten Papierfabriken Chiles in Santiago. Sie protestierten damit gegen die Entlassung von Arbeitern und gegen die Weigerung der Firmenleitung, sich in ihren Lohnzahlungen an die von der Junta festgesetzten Mindestlöhne zu halten.
(Blätter des iz3w Nr. 41/42, Chronik).
Es ist fraglich, ob diese letztlich doch nur vereinzelten Aktionen eine Gefahr für die Junta bedeuten. Aber sie zeigen, daß es Kräfte gibt, die aktiv den Kampf mit Pinochets Terrorregime aufzunehmen wagen.
In letzter Zeit häufen sich wieder Meldungen über Protestaktionen gegen die Junta. So wurde im Mai dieses Jahres berichtet, daß sich hunderttausend Bewohner des Santiagoer Stadtteils Nunoa, die in 53 Notsiedlungen untergebracht sind, weigern, die Elektrizitäts- und Wasserrechnungen zu bezahlen. „El Mercurio", das Presseorgan der Junta, bezichtigte diese Menschen des aktiven Widerstands, da die Schulden der 53 Siedlungen in die Millionen Pesos gehen.
Während der OAS-Konferenz in Santiago im Juni dieses Jahres wurde bekannt, daß politische Gefangene im KZ „TRES ALAMOS" aus Protest gegen die Junta in den Hungerstreik getreten sind. (Chile-Solidarität Nr. 5, 1.9.76)

Zur gleichen Zeit haben 5 prominente chilenische Rechtsanwälte ein 6000-Worte Dokument herausgegeben, in dem sie die Junta repressiver Methoden beschuldigen. Das Dokument beweist, daß der Oberste Gerichtshof und das Innenministerium keine Kontrolle über die Geheimpolizei DINA ausüben. Die DINA, die Pinochet direkt untersteht, ist für alle Folterungen und Morde in den KZ's verantwortlich. (Guardian 23.6.76).
Das wirksamste Druckmittel, um gegen die Junta zu arbeiten, haben jedoch die Arbeiter in den Händen.
Für die Junta ist es am gefährlichsten, wenn die Arbeiter streiken. Von Bedeutung ist deshalb der Generalstreik von 6.000 Arbeitern in der Kupfermine Chuquicamata. Für die Dauer von 12 Stunden ruhten in der Mine alle Tätigkeiten. Die Arbeiter der Mine „El Salvador" mit rund 10.000 Arbeitern schickten den Arbeitern von Chuquicamata ein Solidaritätstelegramm. Die Arbeiter der Kupfermine streikten, um zu erreichen, daß die Tarifverträge anerkannt werden, die unter der Regierung Allendes abgeschlossen wurden. Das erste Mal nach dem Putsch brach damit ein Streik in einem Schlüsselbereich der chilenischen Wirtschaft aus. (Chile-Nachrichten Nr. 39, 15.7.76) Auch in der internationalen Solidarität sind es die Arbeiter, die mit ihren Boykottmaßnahmen gegenüber der chilenischen Wirtschaft am wirksamsten gegen die Junta vorgehen können. Schwedische Arbeiter weigerten sich, chilenisches Kupfer zu entladen; britische Arbeiter weigerten sich, Überholungs- und Versorgungsarbeiten an einem chilenischen Zerstörer vorzunehmen. Sofort nach dem Putsch stoppten Docker im Liverpooler Hafen sowie Arbeiter in den Automobilwerken der britisch Leyland und in schottischen Fabriken die Produktion und das Be- und Entladen von chilenischen Gütern. (Chile-Nachrichten Nr. 21 und 28)
Anläßlich des 3. Jahrestags des Putsches begannen Italiens Hafenarbeiter einen dreitägigen Boykott chilenischer Schiffe. (FAZ 13.9.1976)
Die wirtschaftliche und politische Unterdrückung durch die Junta richtet sich in ihren brutalsten Auswirkungen gegen die Arbeiterklasse, da nur sie ihr in ihrem Kampf gefährlich werden kann. Dennoch veranlaßt der Terror, der heute in Chile herrscht, selbst bürgerliche Kreise, wie weite Teile der Christdemokraten und der Kirchen, offen gegen die Junta aufzutreten.
Dabei bildet besonders die Solidaritätsarbeit der Kirchen mit den durch die Junta ausgebeuteten Menschen einen wichtigen Faktor. Nachdem Bischof Frenz des Landes verwiesen und das „Komitee für den Frieden" aufgelöst wurde, hat das von der katholischen Kirche getragene „Vikariat der Solidarität" seine Aufgaben übernommen. Das Vikariat nimmt sich insbesondere der politischen Gefangenen und der Arbeitslosen an. Es sorgt z.B. für Rechtsbeistand für politische Gefangene während ihrer Prozesse. Im Mai dieses Jahres wurde der Leiter der Rechtsabteilung des Vikariats, Hernan Montealegre, von der DINA verhaftet. Zuletzt hatte er die Verteidigung von 37 Landarbeitern in Valdivia vor einem Kriegsgericht übernommen. Er leitete zusätzlich auch die Arbeitsgruppe, die im Auftrag des Vikariats ein Dokument über Verletzungen der Menschenrechte zusammenstellte, das im März dem Obersten Gerichtshof

übergeben wurde. Er wird nun beschuldigt, aktives Mitglied der Kommunisten Partei zu sein. Seit seiner Verhaftung befindet er sich in dem KZ Tres Alamos. Als Kardinal Silva Montealegre im Juli darauf in Tres Alamos besuchen will, wird sein Besuch mit der Warnung verhindert, er gefährde damit sein und des Verhafteten Leben. (Chile-Nachrichten Nr. 40, 2.9.76/FR 29.7.76).
Nicht nur durch diesen Zwischenfall verschlechterte sich das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der Junta.
Bei der Rückkehr von drei aus Ecuador ausgewiesenen katholischen Bischöfen kam es zu rechtsextremistischen Demonstrationen auf dem Flugplatz von Santiago. Die Demonstranten beschimpften die Bischöfe als „marxistische Priester" und bewarfen sie mit Steinen. Auf einer Pressekonferenz in Santiago erklärte Bischof Carlos Gonzales, mindestens drei der Demonstranten hätten sich als Beamte der Geheimpolizei DINA ausgewiesen. Die chilenische Katholische Kirche hat daraufhin zur härtesten Maßnahme gegriffen, die ihr in ihrer Eigenschaft als Kirche gegeben ist. Sie exkommunizierte einen Vertreter der Junta sowie die drei Angehörigen der DINA (FR 19.8.76/SZ 20.8.76).



LUIS CORTES (AUS TOCOPILLA)

Kamerad, ich heiße Luis Cortés.
Als die Repressalien begannen, in Tocopilla
ergriffen sie mich. Sie schleppten mich nach Pisagua.
Sie wissen, Kamerad, was das heißt.
Viele wurden krank, andere
verfielen dem Wahnsinn. Es ist das schlimmste
Konzentrationslager des González
Videla. Eines Morgens sah ich Angel Veas
sterben, am Herzen. Es war schrecklich.
ihn sterben zu sehn auf diesem mörderischen Sand.
von Stacheldraht umringt nach seinem
so großherzigen Leben. Als auch ich herzkrank
wurde, brachten sie mich
nach Garitaya. Sie kennen es nicht, Kamerad.
Es liegt in der Höhe, an der Grenze Boliviens.
Ein trostloser Ort, in 5000 Meter Höhe.
Salziges Wasser gibt es zu trinken, salziger
als das Meerwasser und voller Wasserflöhe,
die gleich rosigen Maden wimmeln.
Kalt ist es und der Himmel über
der Einsamkeit schien auf uns niederzubrechen,
auf mein Herz, das nicht mehr weiterkonnte.
Selbst die Carabineros hatten Mitleid,
entgegen den Befehlen, uns sterben zu lassen.
abgesehen davon, daß man nie eine Tragbahre geschickt hätte,
banden sie mich auf einem Maultier fest, und wir stiegen die Berge hinab:
26 Stunden kletterte das Maultier, und mein Leib
hielt nicht mehr stand, Kamerad, in den weglosen Kordilleren,
und mein Herz setzte aus, hier haben Sie mich, sehen Sie,
die Quetschungen, ich weiß nicht, wie lange ich noch lebe,
aber Sie geht es an, ich habe nicht vor, um etwas zu bitten,
verkünden Sie, Kamerad, was der Verfluchte dem Volk antut.
uns, die wir ihn dort hinaufgehoben haben, wo er sein
Hyänenlachen über unsere Schmerzen lacht,
Sie, Kamerad, erzählen Sie es, berichten Sie es, mein Tod zählt nicht.
noch unsere Leiden, denn der Kampf währt lange,
aber wissen soll man von diesen Martern,
man soll sie kennen. Kamerad, vergessen Sie es nicht.

Pablo Neruda

Anläßlich des 3. Jahrestages des Putsches ist vom chilenischen Widerstand in Zusammenarbeit mit der westdeutschen Chile-Solidarität ein Projekt zur Unterstützung des Kampfes in Chile geplant. Es handelt sich dabei um das:

PROJEKT ZUR UNTERSTÜTZUNG DER ILLEGALEN ZEITUNGEN DES VOLKSWIDERSTAND

Die Untergrundpresse stellt heute eines der wichtigsten Instrumente des Widerstands und der Parteien dar. Die Zeitungen werden von Hand zu Hand weitergegeben, sie informieren die Genossen und die Basiskomitees (Widerstandskomitees, Fabrikkommissionen, Bauernräte, usw.), sie verbreiten und vermitteln der Gesamtheit des Volkes die konkreten Erfahrungen des Widerstands und ermöglichen eine Koordination des Kampfes.
Die Untergrundpresse durchbricht gleichzeitig den Bannkreis des Informations- und Meinungsmonopols, das die Junta dem chilenischen Volk aufzuzwingen versucht, sie informiert über die Fortschritte im Widerstandskampf und die internationale Solidarität.
Um ihre Organe zu drucken, zu publizieren und zu verteilen, müssen die revolutionären Parteien eine Infrastruktur entwickeln, während sie gleichzeitig der schärfsten Unterdrückung und Verfolgung durch die Junta und ihren repressiven Apparat ausgesetzt sind.
Der Widerstand ruft auf, die Untergrundpresse zu unterstützen, um diese erweitern und Druckereien und das notwendige Material finanzieren zu können.

Zeitungen der CHILENISCHEN LINKEN

Unidad y Lucha (PS).
Venceremos (MAPU).
El Rebelde (MIR).
El Combatiente (IC).

Spendenkonten: Joachim Weidner
BFG-Frankfurt Nr.1553076100
Postscheckkonto 39158-603 Ffm.
Stichwort: PRESSEPROJEKT.

3 JAHRE UNTERSTÜTZUNG DER FASCHISTISCHEN JUNTA DURCH DIE BUNDESREPUBLIK

3 Jahre wütet in Chile Terror, 3 Jahre wird er von der Bundesrepublik geschürt.
Alle verbalradikalen Distanzierungen einiger einflußreicher Parlamentarier werden zur Farce vor folgendem Hintergrund: Die Bundesrepublik ist inzwischen nach den USA der zweitgrößte Handelspartner Chiles geworden.Sie unterstützt die Junta mit Krediten, gewährt ihr Umschuldungen und schickt ihre Finanzbosse nach Chile, um mit dem Terrorregime Handelsabkommen zu vereinbaren. (Blätter des iz3w Nr. 52, S. 11 / Nr. 55, S. 8, Chronik) „Ex"-Nazi Walter Rauff foltert in Chile weiter, so wie er es bei Hilter gelernt hat, ohne daß die Bundesregierung seine Auslieferung verlangen würde, um ihn hinter Schloß und Riegel zu bringen. Rauff ist Chef der Geheimpolizei DINA.
Die Bundeswehr bildet Soldaten des faschistischen Chile aus, wie den Offizier Kraushaar, der sich zudem offen zum

Faschismus bekennen darf. (Blätter des iz3w Nr. 55, S. 8 Chronik)
Die bankrotte staatliche chilenische Kupfergesellschaft CODELCO erhielt von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen einen Kredit, durch den sie sich mit 40 % am Grundkapital der deutsch-chilenischen GIESSDRAHT GmbH/EMMERICH beteiligen kann. Die Beteiligung westdeutscher Konzerne an dieser Gesellschaft beträgt 60 %. Das Werk, das sich seit einem Jahr in Emmerich am Rhein im Bau befindet, wird der Herstellung von Kupfergießwalzdraht dienen (Chile-Solidarität Nr. 5, 1.9.1976).
Die Bundesregierung verhindert nicht das Waffengeschäft westdeutscher Firmen mit der chilenischen Junta. Im letzten Jahr bestellte die Junta allein für 400 Mio. US-Dollar NATO-Amphibienfahrzeuge und kaufte 4.000 Sturmgewehre des Typs HK 33 der westdeutschen Firma Heckler & Koch, die in Thailand in Lizenz hergestellt wurden. Im April '76 erhielt die Junta westdeutsche Pistolen vom Typ „Walter HPK" und Jeeps durch VW do Brasil, sowie leichte deutsche Militärtransporter vom Typ UR 410. (Chile-Solidarität Nr. 5, 1.9.76). Im August dieses Jahres wurde bekannt, daß die Bundesregierung 6 Polizeihubschrauber an Chile geliefert habe. Hierbei handelt es sich nicht um eine versteckte Waffenschiebung, sondern um ein offizielles Lieferungsabkommen zwischen der Bundesregierung und der Junta (FR 19.8.76).
Die Bundesregierung sieht und hört es nicht gern, wenn in der Bundesrepublik Kräfte gegen die faschistische Junta kämpfen und die Einstellung jeglicher Unterstützung der Junta fordern. Deshalb heißt es im Verfassungsschutzbericht der Bundesregierung, die Chile-Komitees seien „linksextremistische Sekundärorganisationen", denn „die von den Komitees propagierte Solidarität mit Chile . . . bezweckt allein die Solidarität mit den chilenischen Kommunisten."
Der Kampf gegen Ausbeutung und Elend des chilenischen Volkes in unserem Land geht gegen die Interessen derjenigen, die daraus ihren Profit schlagen, die den chilenischen Zustand wünschten, ihn mit herbeiführen halfen und ihn nun mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten suchen.
In ihrer Unmenschlichkeit scheuen sie sich nicht, die Menschen hier zu Land zu unterdrücken, die für Chile Menschlichkeit fordern.
Es bleibt zu fragen, ob diejenigen, die den chilenischen Faschismus mit Worten verurteilen, oder diejenigen, die sich offen zu ihm bekennen, die ihn aber beide mit gleicher Vehemenz aktiv unterstützen, wie die aufgezählten Tatsachen beweisen, vom deutschen Faschismus der Nazi-Zeit so weit entfernt stehen.

bsm





NOBELPREIS FÜR CHILENISCHES FRIEDENSKOMITEE FORDERN!

Für den diesjährigen Friedensnobelpreis sind Bischof Ariztia und Pfarrer Frenz vorgeschlagen. Sie sollen damit für ihre Arbeit im chilenischen Friedenskomitee (comite para la paz) ausgezeichnet werden. Das Friedenskomitee wurde kurz nach dem Umsturz in Chile gegründet, um den Familien von verhafteten und verschwundenen Personen zu helfen. Inzwischen hat sich die Arbeit weit ausgedehnt, zu den Leistungen gehören:

- juristischer Beistand für mehr als 16.000 politische Gefangene und mehr als 7.000 Arbeiter,
- Errichtung von 400 Kinderspeisestätten, wo mehr als 30.000 Kinder täglich zu Mittag essen konnten.
- Errichtung und Finanzierung von 120 Werkstätten bzw. kleinen Arbeiterunternehmen, mit durchschnittlich 8 bis 10 Arbeitern je Werkstatt; von diesen Werkstätten funktionierten 32 in den Gefängnissen.

Bischof Ariztia wurde inzwischen auf Druck der Behörden in die abgelegene Diözese Copiapo versetzt, Helmut Frenz wurde am 24.3.76 des Landes verwiesen und arbeitet jetzt wieder als Pfarrer in seiner Heimatkirche Schleswig-Holstein (in Hamburg).
Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Ariztia und Frenz ist nur mit Einschränkungen zu befürworten. Denn damit wird das Nobelkomitee als moralische Instanz akzeptiert, obwohl es durch die Auswahl Henry Kissingers bereits dokumentiert hat, was für eine Art Frieden es für vorbildlich hält: einen Frieden auf dem Papier, der einen Kampf für Gerechtigkeit zuzementieren will.
Trotzdem: unserer Ansicht nach würde die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Vertreter des Friedenskomitees einen Beitrag zur Solidarität mit dem chilenischen Volk leisten,

- weil durch das hohe Ansehen, das der Friedensnobelpreis immer noch genießt und die Reaktion der Presse auf die Verleihung eine weite Verbreitung von Informationen über die Arbeit des Friedenskomitees möglich wäre,
- weil die Arbeit des Friedenskomitees finanziell (mit dem Preis werden 300.000 schwed. Kronen vergeben) abgesichert werden könnte,
- weil damit eine internationale Aufwertung der Arbeit des Friedenskomitees verbunden wäre.

Da die endgültige Entscheidung noch nicht gefallen ist, rufen wir unsere Leser dazu auf, Briefe oder Postkarten an das Friedensnobelpreis-Komitee (Postfach, Oslo) zu schreiben und die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bischof Ariztia und Pfarrer Frenz zu fordern.

KEINE UMSCHULDUNG – EINE SCHÄDLICHE FORDERUNG ?

In den Chile-Komitees wird derzeit eine Auseinandersetzung um die Forderung „keine Umschuldungsverhandlungen!" geführt. Bisher waren sich die Komitees in der Unterstützung dieser Forderung einig. Neuerdings machen sich nun die maoistischen Kräfte dagegen stark. Da die Kontroverse eine Spaltung der Solidaritätsbewegung (ähnlich wie im Falle Angolas) herbeizuführen droht, ist es notwendig, die Argumente zu untersuchen, die gegen die Forderung angeführt werden. Sie sind nachzulesen in dem Artikel „Nieder mit dem Imperialismus! Nieder mit der Junta" in Nr. 5 der „Chile-Solidarität" (1.9.76, S. 8 f.) mit dem Untertitel: „Die Forderung nach keinerlei Umschuldung ist schädlich für die Solidaritätsbewegung."
Wer gegen die Umschuldungsverhandlungen auftritt, muß sich von diesem Artikel sagen lassen:

- er setze „die Illusion in die Welt, der chilenische Befreiungskampf finde in den imperialistischen Ländern so etwa wie Bundesgenossen für den Sturz der faschistischen Militärjunta."
- er sei „Bittsteller" gegenüber den Imperialisten;
- er träume davon, daß „Keinerlei Umschuldung" etwas an den Verhältnissen zwischen dem Imperialismus und dem abhängigen Land Chile ändere;
- er stütze sich auf eine „Taktik des Aushungerns und Ausdörrens" Chiles;
- er hätte kein Vertrauen in die „Kampfkraft der chilenischen Massen";
- er ginge von der „Unfähigkeit der Massen in Chile aus, den Widerstand gegen die Junta selbst zu organisieren" und fordere deshalb den „Druck" der Imperialisten als „Schützenhilfe" nach dem Motto: „Da muß von außen nachgeholfen werden."
- er würde den Ausgangspunkt in „innerkapitalistischen Widersprüchen sehen und nicht in dem Widerspruch zwischen Chile und den Imperialisten."
- er stelle sich auf die Seite des Revisionismus (SPD) und arbeite damit dem „Imperialismus direkt in die Hände";
- er „spalte und zerstze" damit die Chile-Solidarität.

Diesen Vorwürfen schließen sich Behauptungen über die Wirkung der Umschuldungsverhandlungen und die Aufgaben einer „korrekten" Solidaritätsarbeit an:
„Es ist . . . völlig gleichgültig, ob solche Verhandlungen stattfinden oder hinausgeschoben werden, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen umgeschuldet wird . . ."
„Für den chilenischen Befreiungskampf taugen höhere Zinsen keinen Pfifferling. Als ob der Bluthund Junta schwächer würde, wenn man seine imperialistischen Herren auffordert, die Kette ein wenig anzuziehen."
Man müsse „politische Heimat und politischen Standort in dem antiimperialistischen und antihegemonistischen Kampf beziehen", die „Verantwortung des Imperialismus für den Putsch, seine dauernde Einmischung und seine verstärkte Ausplünderung Chiles richtig blosslegen und angreifen und so den Widerstandskampf des chilenischen Volkes ganz wesentlich . . . unterstützen."

Abgesehen von Allgemeinplätzen, die in kleiner Gruppe der Solidaritätsbewegung umstritten sind, werden gegen die Forderung nach Beendigung der Umschuldungsverhandlungen also im wesentlichen zwei Argumente gebracht:

a) Ob umverschuldet wird oder nicht sei völlig gleichgültig, die Bedingungen für den Befreiungskampf des chilenischen Volkes änderten sich dadurch nicht.
b) Die Forderung nach Beendigung der Verhandlungen sei illusionär und reformistisch. Man könne die Imperialisten nicht bitten, schon gar nicht um etwas, das gegen ihre eigenen Interessen gerichtet wäre.

Zunächt widersprechen sich diese beiden Argumente: Entweder, Umverschuldung der Junta ist gleichgültig, dann ließe sich die Forderung nach ihrer Beendigung leicht durchsetzen, es wäre nicht illusionär, sie an die Bundesregierung zu stellen. Oder das internationale Kapital hat Interesse an der Umverschuldung, dann kann sie nicht gleichgültig für das chilenische Volk sein, da die Interessen des Imperialismus in Chile ja gerade darauf gerichtet sind, das Land weiterhin in Abhängigkeit zu halten und das Ringen um Unabhängigkeit zu behindern.
Zu den beiden Argumenten im einzelnen:
a) Umverschuldung bedeutet, daß bisher gewährte Kredite verlängert werden, weil der Kreditnehmer (noch) nicht in der Lage ist, sie zurückzuzahlen. Es ist also davon auszugehen, daß die Umverschuldung einer neuen Kreditvergabe an die Junta gleichkommt. Nach Lenin sind Kredite, die Länder mit fortgeschrittener Kapitalakkumulation an unterentwickelte Länder vergeben, Instrumente, um Wirtschaft und politische Verhältnisse im kreditnehmenden Land in Abhängigkeit vom kreditgewährenden Land zu bringen oder eine schon bestehende Abhängigkeit zu vertiefen (z.B. fördert der Kapitalexport den Warenexport). Auch wird der internationale Kapitalverkehr dadurch, daß Chile zahlungsfähig bleibt, vor einer Krise geschützt. Der zitierte Artikel bemerkt selbst:
„Die Kredite sind nichts anderes als eine Methode der Imperialisten, überschüssiges Kapital loszuwerden, es dem Streben nach Höchstprofiten gemäß in die verschiedenen Länder zu lenken und diese in Abhängigkeit zu bringen."

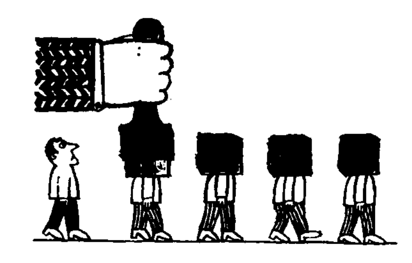
Sich einer Kreditvergabe der BRD an Chile oder der Umverschuldung zu widersetzen, heißt daher in jedem Fall, sich einem imperialistischen Akt zu widersetzen, der neokoloniale Abhängigkeiten schafft oder vertieft.
Darüber hinaus sind Kredite speziell an die faschistische Pinochet-Junta insofern nicht „gleichgültig", als sie die Möglichkeiten dieses vom internationalen Kapital eingesetzten und ihm in die Hände spielenden Regimes verstärken, die Bevölkerung Chiles in ihren Bemühungen um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu unterdrücken. Um ihren volksfeindlichen Terror aufrechtzuerhalten und zu verstärken, benötigt die Junta zusätzliche Finanzmittel, denn der hierfür erforderliche militärische und paramilitärische Apparat verursacht erhebliche Kosten. Mit den Krediten verschafft sich das Regime nicht zuletzt Waffen in eben jenen Ländern, die die Kredite vergeben. (Parallel zu den Umschuldungsverhandlungen hat die Junta kürzlich Militärflugzeuge in den USA und der BRD eingekauft.) Ein gutes Geschäft für die westliche Rüstungsindustrie.
Ein Stop der Umverschjldung würde also in erster Linie auf ein „Aushungern" und „Ausdörren" des Unterdrückungsapparates hinauslaufen.
Indem die imperialistischen Länder ihr Kredite und Kreditverlängerungen gewähren, helfen sie der Junta bei der

Unterdrückung des chilenischen Widerstands, was natürlich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch in ihrem eigenen Interesse ist, da der Widerstand sich nicht allein gegen ihren Schützling, die Junta, sondern letztlich gegen sie selbst richtet.
Daß die Umverschuldung dem chilenischen Volk nicht gleichgültig ist, geht auch daraus hervor, daß der chilenische Gewerkschaftsbund CUT – der in dieser Frage sicher nicht überhört werden sollte – 1975 ausdrücklich zu folgenden Solidaritätsmaßnahmen aufgerufen hat:

„Entwicklung der ökonomischen Blockade gegen die Junta:
a) Ablehnung jeder Hilfe, jeden Kredits für die Diktatur,
b) Ablehnung jeder Umschuldungsverhandlungen mit der Junta,
c) Ablehnung jeder technischen Hilfe für die Junta!"

Vertrauen in die Kampfkraft der chilenischen Massen darf nicht heißen, daß wir in der Bundesrepublik es unterlassen, alles in unseren Kräften Stehende zu versuchen, um dem chilenischen Volk bei der Verbesserung der Kampfbedingungen zu helfen. Dazu gehört, sich gegen die Maßnahmen zu helfen. Dazu gehört, sich gegen die Maßnahmen zu stellen, mit denen die BRD die Junta unterstützt und dabei noch Geschäfte macht.

b) Die Behauptung, die Forderung nach Beendigung der Umschuldungsverhandlungen sei illusionär und reformistisch, wirft die Frage auf, an wen sich diese Forderung eigentlich richtet. Zweifellos an die SPD-FDP-Bundesregierung, die die Verhandlungen führt und sie allein einstellen kann. (Da die SPD-Regierung an der Umschuldung tatkräftig mitwirkt, ist übrigens nicht einzusehen, wieso die Forderung nach Beendigung der Verhandlungen revisionistisch und sozialdemokratisch sein soll.) Aber richtet sie sich nur an die Bundesregierung? Zweifellos wäre es illusionär, auf einen ähnlichen Mechanismus des Wirtschaftsboykotts zu hoffen wie den, der 1973 dazu beitrug, die Unidad-Popular-Regierung Allendes zu Fall und den Faschismus an die Macht zu bringen: Daß jener Boykott zustande kam, beruhte auf dem Interesse der Bourgeoisie der USA und anderer westlicher Länder, eine Regierung zu beseitigen, die versuchte, durch Nationalisierung der Industrie und Bodenreformen die Abhängigkeit der chilenischen Wirtschaft vom internationalen Kapital aufzulösen und die Unabhängigkeit des Landes herzustellen. Ein solches Interesse besteht gegenüber der gegenwärtigen Regierung natürlich nicht, im Gegenteil, die imperialistischen Staaten sind äußerst daran interessiert, dieses Gewaltregime, das ihre Interessen vertritt, zu stützen und zu halten.
Insofern kann der Adressat der Forderung nicht allein die Bundesregierung sein. Sie wendet sich vielmehr zunächst an diejenigen in der BRD, die – im Gegensatz zur Regierung – ein objektives Interesse an der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben, welche in Westdeutschland wie in Chile Elend und Entfremdung hervorbringt: die große Masse der Lohnabhängigen. Wenn sie gegen die Umverschuldung Chiles auftritt, wird sich die Bundesregierung zur Erfüllung dieser berechtigten Forderung gewzungen sehen. Aus Solidarität mit dem chilenischen Volk haben sich europäische Hafenarbeiter bereits geweigert, Schiffe mit Rohstoffen aus oder mit Luxuswaren nach Chile zu be- oder entladen. Dies ist der Weg, antiimperialistische Forderungen, wie die nach Beendigung der Umverschuldung auch unter den Herrschaftsverhältnissen eines imperialistischen Landes durchzusetzen – der einzige Weg, auf den zu setzen ist, wenn man nicht tatsächlich in Illusionen und Reformismus verfallen will.
Bisher stellt sich besonders in der Bundesrepublik die Mehrheit der Lohnabhängigen noch nicht wirksam hinter antiimperialistische Forderungen. Dies ist ein Zeichen für die Schwäche der Solidaritätsbewegung, deren Hauptursachen die besonderen ökonomischen und politischen Verhältnisse in der nachfaschistischen Bundesrepublik sind. Darüber hinaus sollte sie Anlaß zur Selbstkritik und zu Überlegungen sein, welche Fehler wir in unseren Bemühungen machen, bürgerliche Ideologie zu durchbrechen (z.B. ist es ein unverzeihbarer Fehler, Illusionen über die Stärke des chilenischen Widerstands zu verbreiten, der seinen Kampf sicher nicht ohne wirksame internationale Solidarität wird durchstehen können.) Es besteht jedoch kein Grund, deshalb von vornherein auf gerechte und sinnvolle Forderungen zu verzichten. Denn nur wenn solche Forderungen überhaupt erhoben werden, hat die westdeutsche Bevölkerung auch Gelegenheit, sie zu unterstützen.
So verstanden ist die Forderung nach Beendigung der Umverschuldung weder illusionär noch reformistisch; sie wendet sich gegen den BRD-Imperialismus und seinen Schützling, die Pinochet-Junta, und kann nur von den Lohnabhängigen in der BRD durchgesetzt werden, deren objektives Interesse an der Beendigung von Ausplünderung und Unterdrückung durch das westdeutsche Monopolkapital sich mit dem des chilenischen Volkes deckt.
Sie ist ein Ausdruck der Solidarität mit dem geknebelten chilenischen Volk.



Es bleibt schließlich die Frage, warum die Maoisten sich neuerdings verrenken, um eine Forderung mit Allgemeinplätzen, Unterstellungen und falschen Behauptungen als schädlich hinzustellen, die sie selbst noch vor nicht langer Zeit erhoben haben. Wer sich erinnert, daß die VR China neuerdings Millionenkredite an die Pinochet-Junta vergibt und ihren Warenaustausch mit Chile erhöht, hört die Nachtigall trappsen: Was China außenpolitisch tut, kann natürlich nicht falsch, es muß sogar so richtig sein, daß es selbst die Werkzeuge der Ausplünderung und Unterdrückung rechtfertigt, die die Imperialisten seit jeher angewendet haben, um ihre Profite aus Chile zu schlagen und damit Elend über das chilenische Volk zu bringen. Bisher haben die westdeutschen Maoisten die Junta noch nicht ausdrücklich als Vertreter einer fortschrittlichen „nationalen Bourgeosie" Chiles bezeichnet. Das steht aber in Zukunft zu befürchten – spätestens, wenn die Chinesen selbst das tun. Hier zeigt sich wieder, auf welche gefährlichen Irrtümer es hinausläuft, wenn Teile der internationalen Solidaritätsbewegung in der BRD sich blind mit der Außenpolitik eines fremden Landes identifizieren (auch wenn es ein sozialistisches Land ist), anstatt auf eigenen Beinen zu gehen. (Vgl. dazu die Einschätzung der chinesischen Außenpolitik in „blätter des iz3w", Nr. 55)

Red.

FORTFÜHRUNG DES RUSSELL-TRIBUNALS

Vorbemerkung

In Nr. 51 der „Blätter des iz3w" berichteten wir relativ ausführlich über das Russell-Tribunal, auf dem die Repression in Lateinamerika und deren Ursachen untersucht wurden. Am Schluß dieses Tribunals stand die Überzeugung, daß die hier geleistete Arbeit kontinuierlich weitergeführt werden muß. Zu diesem Zweck wurde inzwischen die „Internationale Lelio Basso-Stiftung für die Rechte und die Befreiung der Völker" gegründet, die die Mechanismen der imperialistischen Abhängigkeit untersuchen soll. Diese Stiftung gründete die „Internationale Liga für die Rechte und die Befreiung der Völker", die sich in Zusammenarbeit mit Solidaritätskomitees in verschiedenen Ländern für die praktische Unterstützung der Befreiungskämpfe einsetzen will.

Es folgen Auszüge aus der Selbstdarstellung dieser Organisationen. *Red.*

Ziele

Artikel 2 der Satzung bezeichnet die Ziele der Stiftung wie folgt: „Die Stiftung hat das Ziel, auf juristischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und anthropologischer Ebene die Probleme und Situationen zu studieren, die Abhängigkeit und Unterdrückung von Völkern erzeugen, und an der Erarbeitung von Prinzipien mitzuwirken, die eine neue Ordnung regeln sollen, die auf Gleichheit und Gerechtigkeit gegründet wird, damit Frieden in der Welt herrsche. Dieses Ziel kann erreicht werden, indem Studiengruppen, Begegnungen und Versammlungen auf nationaler und internationaler Ebene organisiert werden, indem Schriften über diese Themen publiziert werden und durch die Gründung eines Dokumentationszentrums." . .

Die Liga wird sich damit befassen, ein Netz von Unterstützungskomitees in vielen Ländern zu gründen, die die Aufgabe haben, die öffentliche Meinung . . . für den Kampf gegen den Imperialismus zu mobilisieren, indem sie ihn als den wahren Feind der ausgebeuteten und unterdrückten Menschheit erscheinen läßt. . . .

Artikel 3 schließt: „Die Liga wird daher Kontakte mit allen Befreiungsbewegungen, die für dasselbe Ziel kämpfen, aufnehmen; sie wird dazu beitragen, vor der Weltmeinung, durch die Presse und auf der politischen Bühne die Verletzungen der Rechte der Völker anzuklagen und die politischen und kulturellen Instrumente für den Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung und jede Form der Beherrschung zu schmieden".

Grundüberzeugungen

. . . .

Organisationen, die die Verbrechen und Anschläge, die Tag für Tag gegen die Rechte der Völker begangen werden, verurteilen können, sind unbedingt nötig, auch wenn der Protest nicht das einzige Ziel ist, das wir vorschlagen: alle Anstrengungen müssen auf die konkrete Forschung für ein Alternativmodell des internationalen Systems gerichtet sein, wobei besonders die Positionen zu berücksichtigen sind, die die blockfreien Staaten seit langem auf der internationalen Szene einnehmen. Ebenso wie im letzten Jahrhundert sich die Arbeiterbewegung ihre eigenen Organisationen (Parteien und Gewerkschaften) zu schaffen wußte, die lange umkämpft und von der bürgerlichen Gesetzgebung für illegal erklärt worden sind, bis sie schließlich Oberhand gewannen, so müssen heute neue Instrumente geschaffen werden, die als Kampforganisationen aus den Bedürfnissen und Initiativen der unterdrückten Massen geboren werden. So war es zum Beispiel beim Russell Tribunal und so könnte es bei den Initiativen der Stiftung und der Liga für die Rechte der Völker sein. . . .

INSTRUMENTE

Die Instrumente, deren wir uns bedienen wollen, und die geplanten Aktivitäten sind vor allem durch unsere bescheidenen Mittel begrenzt, aber sie schließen keineswegs die Möglichkeit aus, andere Formen des Eingreifens zu schaffen und neuen tauglichen Plänen zu folgen. Im Augenblick sehen wir vor:

a) Ein Dokumentations- und Forschungszentrum, das zwei Hauptziele haben wird: erstens, die Analyse der Abhängigkeitsmechanismen, die aufzuhellen u.a. schon das zweite Russell-Tribunal in seiner dritten Sitzung begonnen hatte; wir sind überzeugt, daß man Revolution nicht wirklich machen kann, wenn man nicht gründlich die strukturellen Bedingungen der Gesellschaften studiert, die man verändern will, und wir sind der Meinung, daß wir jene Forschungsmöglichkeiten nicht nur europäischen Aktivisten anbieten dürfen, sondern auch lateinamerikanischen und afro-asiatischen Kämpfern.

Zweitens: die Verteilung des eingegangenen Materials (Bibliothek und Dokumentation) für eine ständige aktuelle Sensibilisierung der westlichen öffentlichen Meinung. . . .

b) Die Publikation bibliografischer Hefte und Informationsbroschüren; ferner eine internationale Zeitschrift, herausgegeben auf internationaler Ebene von Spezialisten auf dem Gebiet politischer, soziologischer, wirtschaftlicher und anthropologischer Probleme, die die Darstellung tatsächlicher Verhältnisse ebenso umfaßt wie ihre wissenschaftliche Analyse.

c) Internationale Seminare und Forschungsgruppen für die Heranbildung von Führungskräften. Diese Aufgabe sehen wir als wesentlich für unsere Initiative an und als vorrangig für die Sache der Befreiungsbewegungen (Neue Weltwirtschaftsordnung, Entwicklungsmechanismen, Verhalten der multinationalen Unternehmen, die Entwicklung eines Internationalen Rechts, das eine neue Ära in der Weltgeschichte eröffnet, wie es im 18. Jahrhundert die Erklärung der Menschenrechte getan hat, Kulturimperialismus, Rolle der Militärs u.a. . . .).

d) Treffen zwischen Befreiungsbewegungen, die bisher aus gleichbleibenden Gründen allein im nationalen Rahmen gearbeitet haben. Nach unserer Meinung umfaßt der Ausdruck „Befreiungsbewegungen" auch politische Parteien, die auf unterschiedlichen Ebenen arbeiten, um ihr Land vom Neokolonialismus und der wirtschaftlichen Abhängigkeit zu befreien.

e) Gegebenenfalls die Errichtung weiterer Tribunale, wenn sie von repräsentativen Einheitsbewegungen verschiedener Emigrantengruppen angeregt werden.

f) Die ständige Sensibilisierung der öffentlichen Meinung durch Kampagnen der Anklage und Mobilisierung, die im praktischen Kampf das Treffen von Personen mit unterschiedlichem ideologischen Hindergrund begünstigen.

Alle diese Instrumente sind belebt vom Geist des Kampfes gegen den „strukturellen" Feind der Völker, der nach unserer Ansicht der kapitalistische Imperialismus ist.

Fondazione Internazionale Lelio Basso
Internationale Lelio Basso-Stiftung
für die Rechte und die Befreiung der Völker
Via Dogana Vecchia, 5
Roma

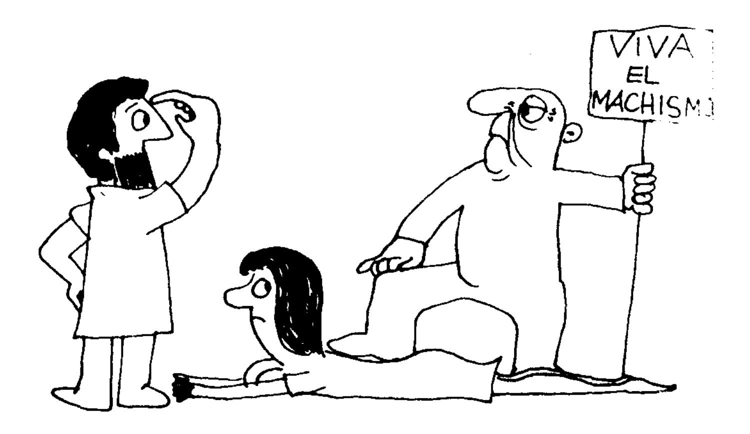


Sexismus in der Revolution und Konterrevolution. Portugal, Tupamaros, Chile. Editoria Queimada, Berlin 1976, 122 S., 8,– DM

Das Buch enthält mehrere Beiträge über die politischen Aktivitäten der Frauen in Chile, Portugal und bei den Tupamaros.
Es will einen Einblick in die Zielvorstellungen der Linken, Rechte und insbesondere in das Engagement der Frauen in der politischen Agitation geben.
Am Beispiel Chile wird aufgezeigt, daß in der bürgerlichen Ideologie der Frau nur der häusliche Bereich zugewiesen wird.
In diesem Rahmen soll die Frau sich weiblich, mütterlich, passiv, treu etc. – alles von den Männern definierte Eigenschaften – verhalten. Besonders in den lateinamerikanischen Ländern, wo der Machismo (Verherrlichung der Männlichkeit) sehr stark ausgeprägt ist, wird die Funktion der Frau fast ausschließlich auf den häuslichen Bereich beschränkt.
Auf Grund der angeblich besonders weiblichen Eigenschaften wie „große emotionale Veranlagung" und „schnelle Bereitschaft, Gerüchte zu verbreiten", sahen die chilenischen Rechten in den Frauen ein großes Potential für die konterrevolutionäre Tätigkeit.
So waren es gerade die Frauen, denen die Rechte während der Regierungszeit Allendes ihre Aufmerksamkeit schenkte und die sie zu mobilisieren suchte. „Die Frauen stellen die wirksamste Waffe im politischen Kampf dar. . . Wenn Sie z.B. das Gerücht verbreiten wollen, daß der Präsident zum Trinken neigt oder daß er gesundheitliche Probleme hat, benutzen Sie die Frauen. Am nächsten Tag wird das Gerücht über das ganze Land verbreitet sein. Die Nützlichkeit der Frauen besteht darin, das Militär davon zu überzeugen, daß es in der Bevölkerung einen starken Rückhalt hat."
Die Frauen organisierten Demonstrationen gegen die angebliche Lebensmittelverknappung, während sie zur selben Zeit Unmengen horteten. Bekannt ist die Demonstration der „leeren Töpfe", bei der die Frauen mit Kochtöpfen durch die Straßen zogen.
Sie unterstützten ebenfalls aktiv den Widerstand der Händler und den Boykott im Transportwesen. An der Kampagne gegen die Volksfrontregierung nahmen nicht nur Frauen aus der Bourgeoisie und aus der Mittelschicht, sondern teilweise auch Frauen aus der Arbeiterklasse und aus dem Lumpenproletariat teil. Die Teilnahme der letztgenannten ist vor allen Dingen auf ihre ungenügende Bewußtseinsbildung und auf die Manipulation durch Frauen aus höheren Schichten zurückzuführen.
Die Schuld für die schlechte Versorgungslage wurde in den Massenmedien (besonders in den Frauenzeitschriften, in den Mütterzentren und Nachbarschaftskomitees) als Schuld der Volksfrontregierung dargestellt. Dadurch wurde bei den Frauen der unteren Klassen der Eindruck erweckt, daß sie ein gemeinsames Interesse und ein gemeinsames Schicksal mit den Frauen der Bourgeoisie zu teilen hätten.
Die Einbeziehung der Frauen in den konterrevolutionären Kampf bedeutet keinesfalls den Zerfall der traditionellen Ideologie der Frauenrolle. Vielmehr wußtedie Rechte die Frau mit Erfolg als Agitationsobjekt und -subjekt zu gebrauchen, um ihre eigene (männliche) Herrschaft zu sichern. Diese konterrevolutionären Kampfaktionen der Frauen haben nichts mit einer Bewußtwerdung der eigenen Situation zu tun, sondern stellen eine Ausnutzung der Frauen durch Männer für politische Zwecke dar. Nachdem die Männer ihr Ziel erreicht hatten, durften die Frauen an den Herd zurückkehren.

Als Gegenbeispiel – zumindest wird es so dargestellt – könnte man Portugal nach der Revolution und die Stadtguerilla der Tupamaros nennen.
Man erwartet im allgemeinen, daß es unter linken Genossen eine Selbstverständlichkeit ist, daß Frauen als gleichgestellte Personen betrachtet werden – dem ist aber nicht so. Nach den Ereignissen im April 1974 in Portugal kämpften sowohl die portugiesischen Männer als auch die Frauen für bessere Lebensbedingungen. Man sollte annehmen, daß in einer derartigen Situation kein Kampf zwischen den Geschlechtern sondern ein Klassenkampf stattfindet. Als Gegenbeispiel ist die Situation nach den Lohnabschlüssen, bei denen der gleiche Minimallohn für Frauen und Männer festgelegt worden war, anzuführen: viele Männer forderten eine Lohnerhöhung, um damit ihre überlegene Stellung gegenüber den Frauen zu sichern. Mit dieser Reaktion sabotierten die Männer die Bestrebungen der Frauen. Die Aufgaben der Frauen beschränkten sich daher nicht auf die Verbesserung der eigenen rechtlichen Stellung und auf das Recht, politisch aktiv zu sein, sondern erforderten auch, gegen linke Genossen zu kämpfen, die ihnen ein Mitspracherecht verweigerten. So vertritt die MLN (Bewegung zur Befreiung der Frauen) den Standpunkt, daß nicht nur die Arbeitgeber ausbeuten, sondern daß auch die Ausbeutung durch die Mitgenossen verhindert werden muß.
Die portugiesischen Feministinnen halten es dennoch für notwendig, in traditionellen Organisationen mitzuarbeiten.
Sie gehen davon aus, daß ein gesellschaftlicher Wandel erst dann eintreten kann, wenn die Frauen befreit sind, und nicht, wie viele linke Organisationen meinen, daß die Befreiung der Gesellschaft die Vorbedingung für die Befreiung der Frau ist.
Die Tupamaros – hier also Ansichten der revolutionären Genossen – räumen zwar der Frau das Recht ein, an dem Guerillakrieg teilzunehmen, aber in einer Form, die durchaus den Normen der bürgerlichen Gesellschaft entspricht. Auch sie wissen die besonderen Eigenschaften der Frau zu schätzen: „. . . die Frau (ist) immer durch ihre bloße Anwesenheit ein wesentliches Element für die Einheit und das gute Einvernehmen zwischen den Revolutionären. Die besondere Stimmung, die von der Frau eingebracht wird und von der Che in 'Der Partisanenkrieg' spricht, drückt sich auf verschiedene Weise aus: durch die Sorgfalt, mit der sie eine Mahlzeit zubereitet, durch die freundliche Geste, welche die im Kampf entstandenen Spannungen mildert, durch die menschliche Wärme, die denen, die sie umgeben, hilft, ihr revolutionäres Engagement zu vertiefen". Die Rolle der Frau im bürgerlichen Leben wird kritiklos in den revolutionären Kampf übernommen, und somit wird das Bild der Frau als Mutter, Haushälterin und Liebhaberin reproduziert. Die Guerilleros kämpfen für das Volk, aber nur für das männliche.
Ich ziehe hier zur Veranschaulichung den oben zitierten Text von Ché Guevara heran (den ich auch als Zusatzlektüre

empfehlen würde), da er besonders kraß den linken männlichen Chaivinismus zum Ausdruck bringt. In der Theorie und Methode der Guerilla (Ernesto Che Guevara, „Guerilla – Theorie und Methode", Berlin 1968, Wagenbach, Politik 9) hat Che Guevara der Frau ein paar goldene Worte gewidmet (S. 86 – 88). Da es seiner Ansicht nacht nur in den seltensten Fällen notwendig ist, daß auch die Frau mit der Waffe kämpft, könne sie andere Aufgaben übernehmen: Wahrnehmung der Verbindungen mit anderen Guerillas (da Frauen solche Dinge besser übermitteln und sich besser tarnen können), Zubereitung des Essens („Für einen Menschen, der das schwerste Guerillaleben führt, ist es sehr angenehm, wenn



er statt seines schnell selbst zurechtgemachten Essens schmackhaft zubereitete Mahlzeiten bekommt"), Alphabetisierung der Guerillos und der Bauern, medizinische Versorgung etc. Und dies, weil „die Frauen den schweren Bedingungen des Guerillalebens durchaus gewachsen (sind). Sie werden mit den Schwierigkeiten dieses Lebens nicht nur ebenso gut fertig wie Männer, sondern sie bringen es sogar fertig, durch ihr Wirken ganzen Guerillagruppen das Leben durch gewisse häusliche Annehmlichkeiten zu erleichtern". Welche bewußte Frau würde mit diesen männlichen Männern für die Befreiung des ganzen Volkes kämpfen !!!

Wir sehen, daß das bloße „linke Bewußtsein" es nicht automatisch ermöglicht, die Frau als gleichwertige Person zu betrachten. Ebenfalls ist es illusorisch zu glauben, daß eine sozialistische Gesellschaft gleich die Emanzipation der Frau bedeutet.
Das hier behandelte Buch ist allen Interessierten als Grundlektüre zu empfehlen, aber nicht, um die Frauen in den beschriebenen Ländern zu bemitleiden, sondern Lehren für sich selbst zu ziehen. rsg

Das Buch kann bestellt werden bei:

Arbeitsgruppe Emanzipation Postfach 1574
1000 Berlin 19

Halbach, Axel J., DIE SÜDAFRIKANISCHEN BANTU-HOMELANDS. Konzeption – Struktur – Entwicklungsperspektiven. Afrika-Studien Nr. 90, VII/259 Seiten, DM 49,–
Schriftenreihe Afrikas Studien hrs. vom Info-Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Weltforum-Verlag, München 1976

Halbachs Studie untersucht die sog. ‚Bantu-Homelands hauptsächlich unter der Fragestellung: Sind die ‚Homelands' unter den heute gegebenen politischen Bedingungen wirtschaftlich lebensfähig? Halbach kommt dabei zu einem negativen Ergebnis, welches kurz zu referieren sich lohnt, da der Informationsstand in der BRD über Südafrika noch recht niedrig ist.

1. HAUPTERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTSANALYSE
Halbachs Analyse zeichnet sich durch genaue Recherchierung offizieller Daten zu den Homelands aus. H's Ergebnisse, kurz zusammengefaßt:

1. Fläche des Homelands
Die Gesamtfläche der ‚Homelands' entspricht einem Anteil von nicht ganz 13 % der Fläche Südafrikas. Berücksichtigt man aber das agrarische Produktionspotential (Bodenqualität, Regenfall, Lage), so erhäht sich gemäß Berechnungen des Department for Bantu Administration & Development der südafrikanischen Regierung – bei Unterstellung real nicht gegebener gleicher Produktionsmethoden von weißen und schwarzen Farmern – der qualitative Anteil der Homelands am südafrikanischen Staatsgebiet um 20 %. Gleich wohl, so H., bleibt die Tatsache bestehen, daß nach „südafrikanischer Gesetzgebung ein Maximum an Menschen auf einem Minimum an Fläche zu leben gezwungen ist." (S. 27) Ferner ist es Tatsache, daß die Subsistenzwirtschaft noch 30 % – 45 % der landwirtschaftlichen Produktion ausmacht und die Homelands im Schnitt nur ein Sechstel der landwirtschaftlichen Produktion im Vergleich zum „weißen" Landwirtschaftssektor erzielen. (S. 59)

2. Konsolidierung der Homeland-Fragmente
Nach dem Programm der südafrikanischen Regierung sollen die vielfach voneinander getrennten Landfragmente der ‚Homelands' zu größeren, zusammenhängenden Einheiten konsolidiert werden (1967: 167 Landfragmente, 1974: 98 Fragmente). Nach den Regierungsplänen von 1974/75 sollen die 10 vorgesehenen Homelands aus 37 Landfragmenten bestehen. Allerdings kann der Prozeß der Konsolidierung noch 20 Jahre oder länger dauern. Im übrigen erfordert das Konsolidierungsprogramm die Zwangsumsiedlung von mehreren Hunderttausend Menschen. Die UNO hat diese Zwangsumsiedlungen als Verstoß gegen die Menschenrechte verurteilt. Nach H. ist es eine Illusion anzunehmen, daß diese Umsiedlungen in der geplanten Wiese durchgeführt werden können, besonders wenn die Landfragmentierung weiter bestehen bleiben soll. H. kommt zur Einsicht, daß das Konsolidierungsprogramm ein politisches, nicht aber ein entwicklungsorientiertes Programm ist (S. 37): Durch die Politik der ethnischen Trennung der Bevölkerung konnte Pretoria „recht handfest nach der Maxime ‚divide et impera' verfahren." (S. 44)

3. Die Bevölkerungsproblematik
H. betont die Tatsache, „daß weniger als die Hälfte der Bantus Südafrikas dauern in den für sie vorgesehenen Heimatländern leben." (S. 47) Ein erheblicher Teil der *de facto* Bevölkerung der ‚Homelands' (1970 mehr als ein Drittel der männlichen Bevölkerung aller Homelands im Arbeitsalter halten sich ständig (wenn auch im personellen Wechsel) als Wanderarbeiter im „weißen" Südafrika auf, „wodurch den Heimatländern ein hoher Prozentsatz ihrer innovatorischen jungen Arbeitskraft entzogen wird" (S. 49). Selbst bei sehr rascher wirtschaftlicher Entwicklung der Homelands wird nach H. nicht zu verhindern sein, „daß auf Dauer etwa die Hälfte des natürlichen Bevölkerungszuwachses der Heimatländer in das restliche Südafrika abwandern müßte." (S. 51)

4. Die Landwirtschaft der ‚Homelands'.
„Was in den Bantugebieten nach wie vor fehlt, ist eine wirklich eigenständige, dynamische Entwicklung auf eine moderne Landwirtschaft hin. Als das bei weitem größte Problem für eine grundsätzliche Modernisierung der Bantu-Landwirtschaft muß die Notwendigkeit alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten angesehen werden. Ohne den Abzug der erheblichen ländlichen Überschußbevölkerung wird und kann es nicht gelingen . . . Eben dieses (sc. im Bezug zum jährlichen natürlichen Zuwachs an schwarzen Arbeitskräften) überproportionale Abströmen von Bantus in die weißen Gebiete soll die ‚Homeland'-Politik jedoch verhindern." (S. 184) Logischerweise muß sich daraus die Forderung nach Aufgabe der Paßgesetze und nach weitgehender Freizügigkeit der Schwarzen in ganz Südafrika ergeben. Das würde aber dem politischen Interesse des Apartheidsregimes an der Rechtlosigkeit der schwarzen Arbeitskräfte völlig entgegenlaufen. Das System verlangt also Überbevölkerung und Marginalisierung der ‚Homelands' um das eigene Überleben absichern zu können.

5. Die Entwicklungsorganisationen in den ‚Homelands'
Die staatlichen und parastaatlichen Entwicklungsorganisationen in den Homelands werden von der weißen Zentralregierung kontrolliert und haben monopolartige Macht. Das gesamte Kreditwesen läuft über diese Organisationen; die industrielle Entwicklung innerhalb der Homelands wird praktisch von Weißen getragen. Die BIC z.B. betrieb 1974 insgesamt 180 Unternehmen in eigener Regie. BIC und XDC haben rein weißes Management. Die BMC ist ausschließlicher Verhandlungspartner für in- und ausländische Investoren im Bergbausektor. Ausländische Investoren können nicht direkt mit den Homeland-Regierungen verhandeln. (S. 165-174).

O.F. Raum schreibt in der Einleitung zu H's Buch: die südafrikanische Regierung verwarf die Empfehlung der Tomlinson-Kommission, weiße Unternehmer in die Reservate hereinzulassen, „vor allem, um sich nicht dem Vorwurf neokolonialistischer Ausbeutung auszusetzen." (S. 14) Das ist falsch berichtet. Die Regierungserklärung dazu lautet: „The Government accepts the policy that Bantu enterprise, unimpeded by European competition, should be enabled to develope in its own industries with or without assistance – inside Bantu areas, and therefore not that private European industrialists should be permitted into these areas." (White Paper F 1956, Nr. 9-10, S. 8 f.). Die Begründung bezieht sich also auf die Prinzipien der Rassentrennung. Die Tatsache, daß jetzt doch weiße staatliche und private Unternehmen in und rings um die ‚Homelands' investieren, zeigt den Willen der Regierung, eine schwarze Wirtschaftskonkurrenz für die weiße Wirtschaft auch in Ansätzen gar nicht aufkommen zu lassen.

6. Arbeitsplatzbeschaffung und Grenzindustrien.
Die 1973 in den Homelands und den Grenzgebieten außerhalb der Homelands beschäftigten Schwarzen machten lediglich 5 % aller wirtschaftlich tätigen männlichen Schwarzen in den Homelands aus. Diese sind darüber hinaus zu 95 % in den Grenzgebieten außerhalb ihres Siedlungsgebietes tätig. Die Grenzindustrien haben keinen Multiplikatoreffekt in den Heimatländern eintreten lassen. Kaufkraft, Gewinne und Dividenden fließen nach wie vor den ‚weißen' Gebieten zu.

Als Instrument für die ‚Homeland'-Entwicklung wird die Politik der industriellen Dezentralisation als weitgehend irrelevant bezeichnet (S. 212 f.) „Die Randindustrialisierung wird zwar zu einer begrenzten Strukturverbesserung bisher extrem unterentwickelter Gebiete beitragen, nicht jedoch diese zu lebensfähigen autonomen Staaten machen können." (214).

2. KRITIK AM METHODISCHEN VORGEHEN HALBACHS.
Die Gründe für die „erschreckende ökonomische Unterentwicklung der Heimatländer" (S. 50) werden von H. ungenügend untersucht. H. erklärt lediglich: „Als Teil der Südafrikanischen Republik führten die Bantu-Reservate jahrzehntelang eine Rand-Existenz, unbemerkt von der expandierenden Wirtschaft des ‚weißen' Südafrika und auch – von ihrer Funktion als Arbeitskräftereservoir abgesehen – ohne Interesse für diese." (S. 53) – Die entwicklungspolitische Literatur der letzten Jahre konnte genügend Belge für ihre These erbringen, daß die Expansion der Wirtschaftszentren und die Unterentwicklung der peripheren Gebiete zwei einander bedingte Ergebnisse ein und desselben geschichtlichen Prozesses sind, der seine Wurzeln im Kolonialismus und Imperialismus hat. Auf die Einbeziehung dieser Problematik verzichtet H. völlig. Dadurch verliert seine Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der ‚Homelands' und der Chancen ihrer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung den alles entscheidenden historischen und politischen Kontext des südafrikanischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems aus den Augen.

So kann H. z.B. nicht erklären, welche polit-ökonomische Faktoren dazu führten, daß etwa der Anteil der Homelands am Brutto-Inlandsprodukt der Republik laufend zurückgegangen ist (von 7 % (1936) auf 3,7 % (1950) bis auf 2 % (1970)). H. stellt nur die Tatsache als solche fest. Er beobachtet ferner, daß „die Rolle der Bantu als Arbeitskraft im weißen Siedlungsgebiet" ein konstitutiver Faktor für die Wirtschaft Südafrikas ist (1970 lag der Anteil der Schwarzen an der gesamten werktätigen Bevölkerung Südafrikas bei 70 %). Aber H. setzt die Marginalität der Homelands und die tragende Funktion der schwarzen Arbeitskraft für die Gesamtwirtschaft nicht in Beziehung zueinander. H. macht keinen Versuch, das Herrschaftssystem als solches zu erklären und dann die polit-ökonomische Funktion der Homelands als Bestandteil dieses Systems herauszuarbeiten.

Ein anderes Beispiel: Als Indizien für die Unterentwicklung der Homelands stellt H. fest, a) daß der Verwaltungsapparat der Homelands im Durchschnitt 61 % (1970) des Bruttoinlandsproduktes einnimmt; b) daß die Staatshaushalte der Homelands bis zu 75 % durch Transfers der südafrikanischen Zentralregierung finanziert werden und insofern keine echte Wertschöpfung dieser Gebiete darstellen. H. kommentiert: „Mehr noch als bereits gegenwärtig der Fall wird bei vollständiger Unabhängigkeit einzelner Bantugebiete diese Budgethilfe durch die RSA eine feste Einrichtung bleiben müssen. Obgleich es viele Gründe gibt, sie als wirtschaftlich gerechtfertigt zu bezeichnen, stellt diese Abhängigkeit der Staatsfinanzen von grenzüberschreitenden Transfers ein sehr handfestes Mittel dar, auf diese Länder einen u.U. unerwünschten Einfluß nehmen zu können." (S. 56)
H. macht gar nicht den Versuch, sich mit der vielfach geäußerten These auseinanderzusetzen, daß eine vollständige Unabhängigkeit gar nicht geplant noch realisierbar ist, da die wirtschaftliche und staatsorganisatorische Abhängigkeit der Homelands von der weißen Minderheitsregierung – bzw. der ‚unerwünschte Einfluß' der Zentrale – die konstitutive Basis des Apartheidssystems darstellt.

3. KRITIK AN DER POLITISCHEN POSITION HALBACHS
Halbachs politische Position kündigt sich in einzelnen, nicht belegten Behauptungen an, wie z.B. die Behauptung, daß Bantu-Stämme aus dem Norden und Europäer aus dem Süden etwa gleichzeitig Südafrika besiedelten. (S. 25) –Eine These aus dem Lager der weißen Siedler, die anhand archäo-

logischer Funde längst widerlegt worden ist. So etwa in der Oxford History of South Africa, Bd. I (1969). Ein anderes Beispiel: Nach wissenschaftlicher Belegung der These, daß die südafrikanischen Homelands selbst im Vergleich zu den ärmsten Gebieten Schwarzafrikas am unteren Ende der Einkommenskala liegen und das gerade auch angesichts der Tatsache, daß die Weißen Südafrikas einen an die USA heranreichenden Lebensstandard genießen, behauptet H., daß heute von Seiten der Weißen „zunehmend auch ein echte humanitäres Engagement" (S. 65) gegenüber den Homelands deutlich wird. Was heißt hier humanitäres Engagement, wenn immer noch die Zwangsumsiedlung von Hunderttausenden von Schwarzen zentral geplant und durchgeführt wird? Ein drittes Beispiel: H. behauptet: Die wirtschaftliche Strukturverbesserung der Homelands erhielt spätestens dann eine neue Priorität, als die enge Korrelation zwischen wirtschaftlicher Lebensfähigkeit der Homelands und ihrer politischen Unabhängigkeit deutlicher wurde (S. 164). Eine falsche Behauptung, das Vorster und andere Regierungsmitglieder erklärt haben, daß wirtschaftliche Lebensfähigkeit keine Vorbedingung für die ‚Unabhängigkeit' sei (so Hansard 1973, 25.4.1973, vol XI, cols 4995-4996).
Es entsteht der Eindruck: die Zuverlässigkeit der von H. gebrachten wirtschaftlichen Daten soll darüber hinweg täuschen, daß politische Äußerungen der oben angeführten Art aus der Luft gegriffen sind.
Die politische Position Halbachs wird besonders deutlich, wenn er sich über die innenpolitische Entwicklung der Homelands ausläßt. Die „Hinführung der südafrikanischen Homelands zu innenpolitischer Autonomie" (S. 156-163) besteht für H. in verschiedenen vom weißen Parlament verabschiedeten Gesetzeserlassen: dem Bantu-Authorities Act von 1951, dem Bantu-Education Act von 1953, dem Bantu-Citizenship Act von 1970 und dem Homeland Constitution Act von 1971. Aber handelt es sich um innenpolitische Autonomie, wenn die südafrikanische Minderheitsregierung den Bantu-Authorities Act nur mit Hilfe von speziellen Notstandsgesetzgebungen durchsetzen konnte, die in der Transkei heute noch in Kraft sind? Darauf hat H. keine Antwort. Warum ist für Halbach „die staatsrechtliche Organisation einzelner Rassen- und Stammesgruppen" ‚legal' (S. 156) und warum sind eigenständige nationale Organisationen der Schwarzen illegal (so wie ANC und PAC)? Muß man nicht vielmehr die Legalität der Homeland-Parlamente anzweifeln, wenn man erfährt, daß nur 37 % der Parlamentarier gewählt werden, der Rest aber ernannt wird? Und kann es sich wirklich um freie Wahlen in der Transkei handeln (so S. 69), wenn die Aufstände der Bauern des Sekhukhunelands (1958) und des Pondolandes (1960) eutlichst den Widerstand gegen die ‚Bantu-Authorities' signalisierten?
Es gibt überzeugende Gründe für die Feststellung, daß die Wahlen in der Transkei und den anderen Homelands nicht den Grundforderungen des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspricht. Sie sind u.a. bei Harding, L., Afrikanische Politik im Südlichen Afrika, aufgeführt.
Halbach betont, daß zwischen den schwarzen Regierungen der ‚Homelands' und der weißen Zentralregierung in Pretoria prinzipielle Einigkeit über die Anwendung des Konzeptes der ‚Getrennten Entwicklung' besteht. H. lehnt es im gleichen Atemzug ab, die Homeland-Regierungen als Marionetten Pretorias zu kritisieren, welche nur zur Stärkung der weißen Herrschaft in Südafrika gebraucht werden. Gleichwohl verzichtet H. auf den Nachweis, daß die schwarze Mehrheit voll hinter den ‚Homeland-Politikern' steht. Dieser Nachweis wäre aber notwendig, um den Vorwurf der Marionettenregierungen zurückzuweisen. Halbach beschränkt sich auf eine bisher nie konkret belegte These der weißen Rassisten: „Der Wunsch einer jeden Bevölkerungsgruppe in Südafrika auf Bewahrung ihrer Identität ist real." (S. 156) Wenn Tribalismus und der Wunsch nach ethnischer Identität so stark sind, warum war die weiße Regierung gewzungen, starke nationale Befreiungsbewegungen wie den ANC und PAC zu verbieten? Warum mußte das weiße Minderheitsregime Gewalt anwenden, um die Homelands-Politik realisieren zu können? (Nach dem Erlaß der Notstandsgesetzgebung verhaftete die südafrikanische Polizei 1960 allein in der Transkei 4.769 afrikanische Männer und Frauen!)



Halbach bezeichnet das ‚Experiment' der weißen Regierung, „die Bantus durch ihre politischen Führer zur Artikulation ihrer Interessen zu bewegen, als durchaus gelungen." (S. 156)
Ich halte diesen Satz für eine zynische Mißachtung der gesamten Geschichte der schwarzen Befreiungsgeschichte Südafrikas.
Warum sind die nationalen politischen Führer der Schwarzen alle in Haft, in Verbannung, im Exil? Bei dem ANC und dem PAC handelt es sich um die politische Führung aller Schwarzen, ungeachtet ihrer ethnischen Affiliation; und die Schwarzen waren seit 1912 durchaus in der Lage, ohne die Hilfestellung des weißen Minderheitsregimes die nationalen Interessen aller Schwarzen zu artikulieren, so etwa in der „Freedom Charter" von 1955. Waren die Massenkampagnen gegen die Apartheidsgesetze und insbesondere gegen die Paßgesetze kein Ausdruck der realen Interessen der Schwarzen? Wenn es dem weißen Minderheitsregime allein darum ging, die Schwarzen zur Artikulation ihrer politischen Interessen zu bewegen, warum wurden dann am 21.3. 1960 in Sharpville, Langa und Durban 75 unbewaffnete Afrikaner erschossen und 130 verwundet – friedliche Demonstrationen gegen die Paßgesetze ! Warum standen 1974 jeden Tag (Feiertage eingeschlossen) 1.400 Schwarze vor Gericht, weil sie gegen die Regeln der Paßgesetzgebung verstießen? Warum werden die über 20 schwarzen Gewerkschaften nicht als Tarifpartner anerkannt? Warum fanden von September 1973 bis März 1975 im südafrikanischen Bergbau 25 Streiks und Arbeitsniederlegungen statt, die von Polizeieinheiten brutal niedergeknüppelt wurden (132 Tote, 500

Verwundete – alles Afrikaner)? Warum streikten 1973 rund 70 000 schwarze Industriearbeiter in 146 Betrieben der Verarbeitenden Industrie Südafrikas? – Warum feuert südafrikanische Polizei in Soweto in eine unbewaffnete Menge afrikanischer Schulkinder, die gegen das Schulsystem Pretorias protestieren? Insgesamt 140 Tote, über 1.000 Verwundete! Die Proteste gegen den Bantu Education Act von 1953 haben in Südafrika seit seiner Verkündung nie aufgehört.

Warum all diese Unterdrückungsmaßnahmen, wenn nicht das Apartheidssystem, die Homeland-Politik, das Wanderarbeitssystem etc. den Interessen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika völlig widersprechen, weil sie Instrumente zur Aufrechterhaltung des totalitären, rassistischen weißen Herrschaftssystems sind.

Im Blick auf die gegenwärtige Unterdrückung der politischen Rechte und der wirtschaftlichen und sozialen Interessen aller Schwarzen Südafrikas kann man mit Recht zu dem Schluß kommen, daß die schwarzen Homeland-Politiker nicht die legalen Sprecher der Interessen aller Schwarzen Südafrikas sind, sondern Kollaborateure, die von Pretoria eingesetzt, bezahlt und abgesetzt werden.

H. nennt den Grund für seine unkritische Haltung gegenüber den ‚Homeland-Politikern S. 162: „Gemeinsam ist allen schwarzen Heimatland-Politikern das Bemühen und die Überzeugung, die Lage in Südafrika durch friedliche Evolution und nicht durch rassische Revolution ändern zu können." – H. untersucht dabei nicht die Frage, ob im Rahmen des bestehenden Herrschaftssystems grundlegende Systemveränderungen überhaupt möglich sind, oder ob nicht jede sog. „Reform" nur eine Perfektionierung des Herrschaftssystems zur Folge hat. Schließlich sind bisher alle friedlichen Änderungsversuche durch das weiße Minderheitenregime blutig unterdrückt worden. H. macht sich auch nicht die Mühe zu untersuchen, ob das Reizwort „rassische Revolution" wirklich den Zielen der Befreiungsbewegungen und Gruppen wie der SASO, dem BPC, dem BRC oder den schwarzen Gewerkschaften gerecht wird. Ihre Ziele sind adäquater bezeichnet mit: Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, Mehrheitswahlrecht auf nationaler Ebene, Abschaffung des Ausbeutungssystems, gerechte Verteilung der Reichtümer Südafrikas, Abschaffung der von der weißen Minderheit diktierten Rassendiskriminierung.

4. DIE UNMÖGLICHKEIT VON ‚REFORMEN' IN SÜDAFRIKA.

H. sieht, daß die Homeland-Politik des Minderheitsregimes in ihrer derzeitigen Form mit großer Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt ist (S. 237). H. sieht keine Möglichkeit, unter Beibehaltung des gegenwärtigen Homeland-Konzeptes, die Homelands zu lebensfähigen autonomen Staaten machen.zu können. Statt sich nun grundsätzlich gegen das bestehende weiße Herrschaftssystem auszusprechen, votiert H. für eine Reformpolitik, die meines Erachtens nur zur Verteidigung des status quo führt, nicht aber zur friedlichen Abschaffung des Systems. Dies soll an einigen Beispielen ausgeführt werden:

a) H. hält einen zukünftigen gemischtrassigen Einheitsstaat Südafrika für unmöglich: „Es wäre irreal zu glauben", so H., „daß sich die Weißen Südafrikas in ihrer derzeitigen Situation jemals freiwillig der Forderung nach einem beschränkten Wahlrecht für die ganze Bevölkerung unterwerfen würden." (S. 235) Für H. ist diese ‚Erkenntnis' das unverrückbare Ausgangsdatum für seine weitere Argumentation. H. begibt sich damit von vornherein auf die Interessenseite der herrschenden weißen Minderheit. Er kann daher die Interessenlage der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gar nicht unvoreingenommen wahrnehmen. Seine Reformvorschläge können deshalb nur der Perfektionierung des weißen Herrschaftssystems dienen, nicht aber seiner grundsätzlichen Abschaffung.

b) Für H. sind die ‚Homelands' zu einer „greifbaren Realität" geworden, „die wahrscheinlich nur weiterentwickelt, nicht aber ersatzlos wieder aufgehoben werden kann." (S. 233) Halbach's Vorschlag ist in der Tat eine Weiterentwicklung der Rassentrennungspolitik Pretorias: nach H. sollte man Südafrika in einen weißen Block (Kap, Oranje FS, und Südtransvaal) und einen schwarzen Block aufteilen (236). Wenn man einmal erkant hat, welche Funktion die lebensunfähig gehaltenen Homelands für das System der weißen Minderheitsherrschaft haben (was H. wohl bewußt nicht analysieren will), dann weiß man auch, aus welchen Gründen Pretoria die Reformen nicht akzeptieren will, die ihm nahegelegt werden. H. muß denn auch zugeben, daß sein Teilungsvorschlag in Pretoria kein Gehör findet, ganz zu schweigen von den afrikanischen Befreiungsbewegungen. Das Minderheisregime ist aufgrund seines totalitären Charakters nicht bereit zur Aufgabe von immer wieder blutig erkämpften wirtschaftlichen, territorialen und politischen Machtpositionen. H. kann das nicht sehen, weil er politisch voreingenommen ist und methodisch falsch vorgeht.

Meines Erachtens muß Halbachs ‚realistische' Bejahung der Rassendiskriminierung und der ‚getrennten Entwicklung' grundsätzlich abgelehnt werden, da sie die Interessen des südafrikanischen Volkes nicht berücksichtigt. Seine Reformvorschläge halte ich für irreführend, da sie darüber hinwegtäuschen sollen, daß das südafrikanische Herrschaftssystem alles andere als ein offenes, veränderungsfähiges System ist. Vielmehr handelt es sich um ein geschlossenes Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem, das sich nur mittels direkter und struktureller Gewaltanwendung sowie auch mit Hilfe ausländischer Kapitalinvestitionen gegen das südafrikanische Volk behaupten kann.

6. Zur Einleitung von O. F. Raum

Raums historische Einführung erreicht bei weitem nicht das Niveau der von Wilson und Thompson herausgegebenen zweibändigen Oxford-History of South Africa, deren Ergebnisse man nicht mehr unberücksichtigt lassen sollte.

Charakteristisch für Raum ist, daß er die Periode von 1948 bis heute als „das Zeitalter des Ausgleichs" kennzeichnet (S. 12). Raum führt das aus: „Es handelt sich . . . bei der Getrennten Entwicklung in den Augen des weißen Südafrikaners nicht, wie H. Adams behauptet, um die Modernisierung der Herrschaftsmethoden einer Siedlergesellschaft, sondern um den ernsten Versuch, den Interessenkonflikt zwischen mehreren Nationalismen in einem Land auf faire Weise auszugleichen." (S. 13) Fragt sich nur, wie dieser Versuch in den Augen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit Südafrikas aussieht. Raum fährt fort: „Südafrika ist . . . eine Gemeinschaft multinationaler Art. In solchen Gesellschaften würde das sog. Westminster Modell – one man, one vote – sich auf das friedliche Ausleben unterschiedlicher politischer Interessen zerstörend auswirken. . . "(S. 19). Der Frieden in einer demokratischen Gesellschaft ist doch deshalb in Südafrika „unmöglich", weil eben die weiße Minderheit die absolute Dominanz des Weißen beansprucht. Raum macht sich mit den obigen Sätzen zum direkten Verteidiger der Rassendiskriminierung und der totalitären Herrschaft des weißen Minderheitsregimes. Wenn Raum weiterhin den Abbau der ‚kleinen' Apartheid als großen Fortschritt für Südafrika herausstreicht, so betreibt er bewußte Augenwischerei – denn Änderungen an der Kosmetik des Systems ändern das System nicht.

Raum behauptet ferner: „Die neue Haltung der Buren sieht . . . in den Bantus nicht mehr Objekt . . . der Politik oder Verwaltung. Sie sollen als Partner bei der Lösung gemeinsamer Probleme angesprochen werden. Man geht von der Gleichwertigkeit der beiderseitigen Standpunkte aus . . ." (S. 17) Von Gleichwertigkeit kann keine Rede sein, solange die schwarze Mehrheit nicht die ökonomische und damit auch die politische Macht hat, um ihren Standpunkt auch real durchzusetzen. Die Homeland-Politiker haben nicht eine einzige ihrer Forderungen gegenüber Pretoria durchsetzen können. Die Befreiungsbewegungen ANC und PAC sind immer noch verboten. Die Führer der Schwarzen Gewerkschaften, der SASO, des BPC etc. werden verfolgt und verhaftet. Wie kann man da von Partnerschaft reden?

Südafrikanische Polizei schießt auf Schüler in Soweto, die friedlich gegen das Erziehungswesen im Apartheidsstaat demonstrieren: Wann waren seit 1948 die Schwarzen jemals gleichwertige Partner für das weiße Minderheitsregime?

Raum kümmert sich nicht um den empirischen Nachweis seiner Behauptungen. Er hat sich schon politisch auf das Konzept der „Getrennten Entwicklung" festgelegt. Er hat sich aber gleichzeitig als ernstzunehmender Wissenschaftler disqualifiziert.

Nachdenklich stimmt, daß dieses Buch von der Fritz-Thyssen-Stiftung, Bonn, gefördert wurde. In der Tat haben deutsche Konzerne starke Interessen an der Aufrechterhaltung des status quo in Südafrika.
Insgesamt: das Buch ist nicht empfehlenswert. Glücklicherweise ist es zu teuer, um von vielen gekauft werden zu können.

Gottfried Wellmer

UNTERRICHTSEINHEIT CHILE

Andreas Müller/Hans Müller/Werner Nutt/Peter Rath: CHILE, Dortmund/München, 1976, 128 Seiten, 4,80 DM
Unterrichtseinheiten 2, Arbeitshefte für die Jugendbildungsarbeit, zu beziehen über: PDI – NRW – Büro, 4600 Dortmund 12, Postfach 120143

Die Unterrichtseinheit 2 zu CHILE erschien in der Schriftenreihe des „Pressedienst Demokratische Erziehung" (PDI), deren Herausgeberausschuß sich aus einer Reihe bekannter Schriftsteller und Journalisten zusammensetzt. Gedacht ist sie zur Verwendung im Bereich der Hauptschule/Gesamtschule und der außerschulischen Bildungsarbeit (Arbeiterjugendbildung).
Sie setzt sich zusammen aus 4 Unterrichts- resp. Seminarabschnitten.
I. Geographie und Geschichte Chiles
II. Die Regierung Allendes
III. Vom Boykott zum Putsch
IV. Lehren aus Chile.

Als Teillernziele des 1. Unterrichtsabschnitts, Geschichte und Geographie Chiles, sind im wesentlichen zu verstehen,
– daß die Nutzung natürlichen Potentials (Ressourcen) Grundlage der Wirtschaft ist,
– daß gesellschaftlicher Fortschritt zu messen ist an der Veränderung von Produktions- und Verteilungsformen,
– daß die gegenwärtige Form der Produktion historisch gewachsen ist und ihre Veränderung in wechselseitiger Abhängigkeit steht von der technischen Entwicklung der Produktion, den Möglichkeiten zur Nutzung der Ressourcen und dem Machtverhältnis (soziale Ungleichheit).

Der 1. Abschnitt ist leider etwas schwierig zu verwenden, da er in der Hauptsache aus Zitaten verschiedener Schriften zusammengesetzt ist. Das hat den Vorteil, daß der Leser einen kleinen Literaturüberblick bekommt. Es hat allerdings den großen Nachteil, daß die Teillernziele ohne andere Hilfsmittel nicht leicht aus dem Text zu erlernen sind.

In den zwei folgenden Unterrichtsabschnitten wird auf die Zeit von 1970-73 eingegangen. In beiden Abschnitten wird lediglich die Bedeutung der Unidad Popular (Volksfront) dargestellt. Andere Kräfte, die am chilenischen Prozeß maßgeblich beteiligt waren, wie die in der Hauptsache von der 'linken revolutionären Bewegung' (MIR) getragene Poder Popular (Volksmacht), werden dabei totgeschwiegen. Die Unidad Popular war keine in sich geschlossene Kraft, die allein den Fortschritt in Chile bestimmte. Parteien innerhalb der Volksfront wie beispielsweise der MAPU und Teile der Sozialistischen Partei unterstützten ebenfalls Aktionen des MIR. So wird in den beiden Abschnitten ein geschichtsverfälschendes Bild erzeugt, das den Geschehnissen in Chile nicht gerecht wird. Man gewinnt den Eindruck, daß sich die Herausgeber der Unterrichtseinheit Teillernziele steckten, die aus dem Winkel ihrer Betrachtung bundesrepublikanischer Verhältnisse resultieren und die sie nun mit Hilfe des chilenischen Beispiels beweisen möchten. Es ist schwierig, allein am Beispiel der Regierung Allende zu
„, erkennen, daß die Forderung nach Selbst- und Mitbestimmung in den Inhalten und in den Formen ihrer Realisierung zu unterschiedlichen Zeiten von unterschiedlichen Gruppen/Schichten/Klassen bestimmter Gesellschaften aufgegriffen und unterschiedlich bestimmt wurden."

Im letzten Unterrichtsabschnitt wird die Lehre, die aus Chile zu ziehen ist, auf die falsche Frage reduziert, nämlich, ob es in bestimmten Situationen gerechtfertigt sei, formaldemokratische Spielregeln außer Kraft zu setzen. Hier wird wieder ein Problem der Autoren zu dem Allendes gemacht. Das Lernen muß doch mit der Frage beginnen: Warum ist der Reaktion eine breite Front gegen die UP-Regierung gelungen? Welche Fehleinschätzungen über das Heer, das „unabhängige" Gerichtswesen, die Kleinbourgeoisie, die Rolle des Staates, der revolutionären Kraft lagen hier zugrunde? Warum, so stellt sich die Frage, wird der Weg derjenigen Bewegung in Chile, die zum Scheitern verurteilt war, in der Unterrichtseinheit als der allein gangbare gepriesen?

Was es damit auf sich hat, geht bereits aus dem Vorwort Prof. Rainer Kabels hervor. Er stellt die Fragen: „Haben nun, nach der chilenischen Erfahrung, diejenigen Recht, die Gegengewalt propagieren, Guerilla und internationale Waffenbrüderschaft? Die meinen, dauerhafte Veränderungen seien nur durch gewaltsame Revolutionen machbar? Die viele Vietnams erwarten und auch wünschen?" Für ihn ist Gewalt die falsche Antwort auf Gewalt. „Sie ruft Gewalt auf die Szene, führt zur Stärkung der reaktionären Machtzentren, bringt Blut und Tränen, opfert die Hoffnungsvollen, die Veränderer, die Kreativen!"
Prof. Kabels Fragen lassen sich jedoch richtiger mit der Rede Fidel Castros beantworten, die er 1971 im National-Stadion in Santiago hielt und in der er vorausschauend warnte:
„Die die Gewalt erfunden haben, waren immer die Reaktionäre, sie haben immer den Völkern die Gewalt aufgezwungen. Was machen nun die Ausbeuter, wenn ihre Herrschaft nicht mehr von ihren Institutionen garantiert wird? Wie reagieren sie, wenn die Mechanismen nicht mehr funktionieren, mit deren Hilfe sie bisher ihre Herrschaft aufrecht erhalten haben? Sie zerstören sie einfach . . .

Es wäre absurd, es wäre unverständlich, es wäre unlogisch, daß die Revolutionäre, wenn sie die Möglichkeit haben, vorwärts zu schreiten, zu schaffen, zu arbeiten, daß sie dann Gewalt anwenden würden. Aber es sind nicht die Revolutionäre die in dieser Situation die Gewalt erfinden. Und wenn ihr das noch nicht wißt, mit Sicherheit wird es Euch das Leben selbst beweisen."

Als wesentlicher Kritikpunkt an dieser Unterrichtseinheit ist also zu nennen, daß durch die einseitige Auswahl der Texte nur *eine* Interpretation der Ereignisse in Chile möglich ist, die zudem der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Schüler werden daher in einer solchen Einheit eher lernen, Denkschemata zu übernehmen, als Sachverhalte zu untersuchen und kontrovers zu diskutieren, Lehrer, die die zuletzt genannten Ziele anstreben, seien hier nochmals auf die Chile-Unterrichtseinheit in Meueler „Unterentwicklung" (Bd. 1, rororo Nr. 6906, 9,80 DM) verwiesen.

bsm

KINDER- UND JUGENDBÜCHER ÜBER DIE DRITTE WELT

Viele unserer Kinder- und Jugendbücher haben als Schauplatz Länder der Dritten Welt. Aus diesem Grund hat sich in der Schweiz ein Arbeitskreis von Eltern, Buchhändlern, Lehrern und 3. Welt-Spezialisten gebildet mit dem Ziel, empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher zum Thema Dritte Welt (keine Sachbücher!) zusammenzustellen. Ca. 250 Bücher wurden gelesen und nach folgenden Kriterien beurteilt:

- Vorurteile dürfen nicht verstärkt werden (z.B. der faule Neger, die primitive Eingeborenenkultur).
- Sympathie und Verständnis soll geweckt werden für Gesellschaften und Lebensformen, die sich von der unsrigen unterscheiden.
- ein möglichst anschauliches Bild vom Leben in der Dritten Welt soll vermittelt werden.
- Die Probleme der Dritten Welt dürfen nicht als schicksalshaft oder gottgewollt dargestellt werden.

Inzwischen ist die Liste in die ca. ein Drittel der gelesenen Bücher aufgenommen wurde, erschienen. Die Bücher sind nach Lesealter (von 4 Jahre bis über 16 Jahre) geordnet, angegeben ist jeweils Schauplatz, Form, Preis, Verlag, Inhalt und die Beurteilung (von „bedingt empfohlen" bis „sehr empfohlen"). Im Anhang wird außerdem erklärt, aus welchen Gründen welche Bucharten nicht aufgenommen wurden.

Da es sich hier um eine Gruppenarbeit handelt, wurden die Kriterien zum Teil recht unterschiedlich angewendet, was dann zu uneinheitlichen Beurteilungen führt. So sind unserer Meinung nach, einige Bücher sicher zu gut weggekommen, andere wieder zu schlecht. Da man aber bisher in diesem Bereich völlig im Dunkeln tappte, sind die kurzen Angaben trotzdem eine wertvolle Orientierungshilfe.

Titel: Dritte Welt: Empfehlenswerte Kinder- und Jugendbücher.
hrsg.: Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich
Preis: 5 sfr.
Bezug: Erklärung von Bern, Adresse siehe oben oder „Buch 2000", CH 8910 Affoltern, Postfach 36

hiwe

UNTERRICHTSMATERIALIEN ZUM THEMA "DRITTE WELT"

für Vorschule, Schule und Erwachsenenbildung, hrsg.: Arbeitskreis Dritte Welt Reutlingen, Bezug: Informationszentrum Dritte Welt Reutlingen, Lederstraße 34, 741 Reutlingen, Preis: 3,– DM

Im Mai dieses Jahres erschien die 2. Auflage der Sammlung von Unterrichtsmaterialien des Reutlinger Arbeitskreises. Aufgelistet wurden diesmal 122 Unterrichtseinheiten, 77 Dia- und Tondiaserien sowie 34 Schallplatten. Sie sind jeweils in alphabetischer Reihenfolge geordnet (einen Sprichwortkatalog gibt es aber auch noch) und enthalten genaue Angaben über Autor, Verlag, Preis, Form, Bezug, Verleih und Inhalt sowie Alters- und Klassenstufe. Die Inhaltsangaben sind teilweise sehr kurz, sie enthalten aber auch noch Hinweise auf die Verwendbarkeit im Unterricht. Auf die qualitätsmäßigen Unterschiede der Materialien wird nicht eingegangen, das wird der Beurteilung jedes Lehrers selbst überlassen. Die Beschreibungen sind jedoch ausführlich genug, um die Materialien folgenden Idealtypen entwicklungspolitischer Vermittlung zuordnen zu können:

- unpolitische Schilderung der Unterentwicklung
- endogene Erklärung der Unterentwicklung
- exogene Erklärung der Unterentwicklung (Dependencia-Theorie)
- exogen-endogene Erklärung der Unterentwicklung (Zentrum-Peripherie nach Galtung)

Vorteilhaft ist die gute Übersicht und die relative Vollständigkeit der Sammlung. Auf jeden Fall hilft sie zu unterscheiden, ob eine Unterrichtseinheit in Frage kommen könnte oder nicht. Soweit vorhanden wird außerdem auf die ausführlicheren Rezensionen in der Tübinger Publikation „Dritte Welt im Unterricht (vgl. den folgenden Hinweis) verwiesen. Hilfreich ist auch, daß man die meisten der aufgezählten Materialien bei der Reutlinger Gruppe ausleihen kann. Die Broschüre soll in Zukunft jährlich neu aufgelegt und auf den neuesten Stand gebracht werden. hiwe

Southern Afrika – The Eskalation of a Conflict

Herausgeber: SIPRI (Stockholm International Peace Research Institut) in Zusammenarbeit mit Almqvist & Wiksell International und Praeger Publishers, New York (ISBN 91-22000518)
zu beziehen durch: Almqvist & Wiksell, PO Box 62, S–101 20 Stockholm 1, Schweden, Preis 76,50 Sw.Kr.

Die politische Situation im südlichen Afrika hat sich seit 1973, als die vorliegende Studie begonnen wurde, wesentlich verändert. Ein Ende der Kriege in den portugiesischen Kolonien war damals nicht abzusehen. Die schwarze Opposition in Rhodesien (Zimbabwe) und Namibia, das durch die Südafrikanische Republik (SAR) kontrolliert wird, stellten keine größere Bedrohung für die Rassisten-Regime dar. Die SAR wurde durch die portugiesischen Kolonien abgeschirmt.

Der Zusammenbruch des portugiesischen Regimes im April 1974 veränderte diese Situation drastisch: die Unabhängigkeit Mozambiques führte dazu, daß die SAR zum ersten Male an ein Gebiet grenzt, das von schwarzen Nationalisten beherrscht wird. Die FRELIMO-Regierung in Mozambique unterstützt die UN-Sanktionen gegen das rassistische Rhodesien und hilft die schwarze Oppositionsbewegung aufzubauen. Die SWApo-Bewegung in Namibia scheint nach der Unabhängigkeit Angolas Hilfe aus der benachbarten Volksrepublik zu erhalten. Die letzte Folge des Abzuges der portugiesischen Truppen aus Afrika könnte die Beherrschung Rho-

desiens und Namibias durch die schwarze Mehrheit bedeuten. Die SAR wäre dann der letzte Staat auf dem afrikanischen Kontinent, welcher von einer weißen Minderheit regiert wird.
Auf diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie die Art des Konfliktes im südlichen Afrika und geht der Frage nach, ob es ein Eskalationsmuster für einen möglichen Konflikt in dieser Region gibt;

– versucht den Einfluß der innenpolitischen Veränderungen in Portugal einzuschätzen;

– untersucht, ob der gegenwärtige Konflikt sich möglicherweise zu einem größeren (internationalen) Krieg ausdehnt.

Um Antworten auf diese Probleme herbeizuführen, liefern die ersten Kapitel der Studie umfangreiches Material:
– Die Ursachen der andauernden Kämpfe im südlichen Afrika und Konfliktdeterminanten potentieller Auseinandersetzungen werden aufgezeigt.
– Die dominierende Rolle der SAR wird transparent gemacht.
– Die Kräfteveränderungen in Afrika seit dem Zusammenbruch des reaktionären Caetano-Regimes werden dargestellt.

Die Schlußfolgerungen aus der Faktenfülle sind leider sehr knapp gehalten – eine globale Einschätzung bleibt dem Leser überlassen.
Der Anhang des Buches liefert nochmals viele detaillierte Angaben über die riesigen Waffenkäufe, welche die SAR in den letzten Jahren getätigt hat. (Die Liste der aus der BRD stammenden Waffen nimmt alleine ca. eine Seite ein!). Außerdem werden die UN-Sanktionsbeschlüsse gegen Rhodesien wiedergegeben und weitere Literatur aufgelistet. (Die Studie ist bis jetzt nur in englischer Sprache erschienen). uka

Repression in der BRD

VERBOT EINER SAMMLUNG FÜR DIE ZANU

Im folgenden geben wir den Widerspruchsbescheid des Regierungspräsidiums Freiburg wider, in dem der Widerspruch gegen das Verbot einer Sammlung für vier Lastwagen für die ZANU, eine der Befreiungsbewegungen in Zimbabwe (Rhodesien), abgelehnt wurde. Damit wird von Seiten des Regierungspräsidiums das Sammlungsverbot aufrecht erhalten. Ähnliche Verbote häufen sich in der letzten Zeit. Es wird damit begründet, „daß nicht sichergestellt ist daß der Sammelerlös friedlichen Zwecken zugeführt wird und die Verwendung des Sammelertrages für unfriedliche Zwecke eine Verletzung von Recht und Ordnung darstellt." In der Begründung wird auf die „Friedenspflicht" des Grundgesetzes verwiesen, wobei in der Begründung des Bescheides ein indirekter Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen Militarismus (der zur Formulierung der „Friedenspflicht" geführt habe) und dem Befreiungskampf in Zimbabwe hergestellt wird.
In der Begründung des Regierungspräsidums wird der Eindruck erweckt, als sei jede Unterstützung einer Gruppe in einem bewaffneten Konflikt oder in einem Spannungsgebiet untersagt. Jedoch genügt ein oberflächlicher Blick auf die bisherigen Fälle, um festzustellen, daß nur die Unterstützung einer Kraft, die gegen eine imperialistische Macht aufgetreten ist, bisher verboten wurde, sei es nun eine Sammlung für die Befreiungskräfte in Vietnam, in Kampuchea oder in Zimbabwe. Zugmaschinen für Militärtransporter, bei denen wohl auch für den konservativsten Juristen nicht sichergestellt ist, daß sie friedlichen Zwecken zugeführt werden, werden als „ziviles Material" gewertet, die Lieferung von 137 Stück an das im Rhodesien-Konflikt stark engagierte Südafrika vom zuständigen Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft nicht verboten (vgl. „blätter des iz3w", Nr. 35, Mai/Juni 75, S. 45). 137 Panzertransporter für Südafrika, 400 Panzer für den Iran, Hubschrauber für Chile, hier hat man noch nichts von einem Verbot vernommen. Aber die Sammlung von vier Lastwagen führt zum Einschreiten der Juristen, um der „Friedenspflicht" zu ihrem Recht zu verhelfen.
Aber auch, wenn die Argumentation des Regierungspräsidiums gegen beide Seiten angewendet würde, was man von deutschen Beamten keineswegs erwarten kann, so hätte man dennoch einen wichtigen Sachverhalt „vergessen": Schließlich werden nicht 6 Millionen Weiße von einigen schwarzen Herrenmenschen unterdrückt und aller politischen Rechte beraubt, so daß diesen Weißen nur die Möglichkeit bliebe, sich auch unter Einsatz von Gewalt zur Wehr zu setzen, sondern die afrikanische Bevölkerung ist gezwungen, diesen Zustand zu ertragen. Die Unterstützung ihres Kampfes ist mit dem Bescheid des Regierungspräsidiums verboten worden.

Red.

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG

78 Freiburg i.Br., den 14.7.76
Bertoldstraße 43

Az.: 65/31/8101

Einschreiben!
Kommunistischer Bund
Westdeutschland
Ortsgruppe Konstanz
z.Hd. von Herrn Dieter Liebig
Gartenstr. 46 a
7750 Konstanz

Betreff: Durchführung des Sammlungsgesetzes für das Land Baden-Württemberg;
hier: Antrag auf Durchführung einer Straßen- und Haussammlung in Konstanz in der Zeit vom 21.6. bis 30.7.1976

Widerspruchsbescheid

1. Ihr Widerspruch vom 29.6.1976 gegen den Bescheid der Stadt Konstanz – Rechts- und Ordnungsamt – vom 15.6. 1976, mit dem der Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Durchführung einer Haus- und Straßensammlung nach dem Sammlungsgesetz für das Land Baden-Württemberg abgelehnt worden ist, wird zurückgewiesen.
2. Für diesen Bescheid wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von DM 60,– festgesetzt.

Begründung:

Mit Schreiben vom 7.6.1976 hat der KBW – Ortsgruppe Konstanz – beim Ordnungsamt der Stadt Konstanz die Erteilung einer Erlaubnis zur Durchführung einer Haus- und Straßensammlung in der Zeit vom 21.6. bis 30.7.1976 bean-

tragt. Der Sammelerlös sollte nach den Angaben im Antrag dem Volke von Zimbabwe zugutekommen. Als Verwendungszweck des Sammelerlöses ist außerdem angegeben worden, die Beschaffung von vier Lastwagen für den Befreiungskampf. Mit Bescheid der Stadt Konstanz vom 15.6.1976 ist der Antrag unter Hinweis auf die Vorschriften in den §§ 2 Abs. 1 Ziff. 1; 1, 1 Abs. 1 Ziff.1 des Sammlungsgesetzes vom 13.1. 1969 (Ges.Blatt Baden-Württemberg Nr. 1) abgelehnt und dabei darauf hingewiesen worden, daß nicht sichergestellt ist, daß der Sammlungserlös friedlichen Zwecken zugeführt wird und die Verwendung des Sammelertrages für unfriedliche Zwecke eine Verletzung von Recht und Ordnung darstellt.

Das Regierungspräsidium Freiburg hat die Sach- und Rechtslage überprüft, konnte jedoch keine Gründe erkennen, die eine Aufhebung des Bescheides vom 15.6.1976 rechtfertigen würden. Nach § 2 des Sammlungsgesetzes vom 13.1.1969 – a.a.O. – ist die begehrte Erlaubnis u.a. zu erteilen, wenn keine Gefahr besteht, daß durch die Sammlung oder die Verwendung des Sammlungsertrages Recht oder Ordnung verletzt wird. Die Verwendung von in der Bundesrepublik Deutschland mit behördlicher Erlaubnis auf offener Straße gesammelten Geldern zum Erwerb von Kampfmaterial verstößt nach unserer Auffassung gegen das hier geltende Recht. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 hat sich das deutsche Volk nach der Erfahrung des nationalsozialistischen Militarismus verpflichtet, dem Frieden der Welt zu dienen. Art. 24 und 25 GG haben Sicherungen eines völkerrechtsfreundlichen, friedlichen Verhaltens zum Inhalt. Nach Art. 26 Abs. 1 GG sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, verfassungswidrig. Das Grundgesetz nimmt von den verfassungswidrigen friedensstörenden Handlungen nur den Verteidigungskrieg aus (vergl. Art. 73 Ziff. 1, 115 a ff. GG). Aus diesen Verfassungsgeboten ist nach Auffassung des Regierungspräsidiums der Rechtssatz abzuleiten, daß kriegerische Handlungen, die nicht der Vorbereitung, Führung oder Unterstützung eines Verteidigungskrieges dienen, in der Bundesrepublik Deutschland als rechtswidrig anzusehen sind. Dieses Verbot friedensstörender Handlungen gilt nicht nur für Staatsorgane, es richtet sich gleichermaßen auch an jede Privatperson im Geltungsbereich des Grundgesetzes. In diesem Sinne hat auch das Verwaltungsgericht Karlsruhe in dem Urteil vom 14.4.1975 Az. III 6/75 entschieden.

DIE AUSLÄNDERBEHÖRDEN KOLLABORIEREN MIT DEM SCHAH-REGIME

Im iz 54 berichteten wir über zwei iranische Studenten in der BRD, deren Bewegungsfreiheit auf die Stadt Giessen sowie vier umliegende Landkreise beschränkt wurde. Nun hat der Regierungspräsident in Darmstadt diese Verfügung der Stadt Giessen aufgehoben. Die Wiederherstellung „der vollen Bewegungsfreiheit" (so die „Frankfurter Rundschau" am 25.8.) wird allerdings nur mit der *Auflage* gewährt, *„daß sich die beiden Studenten nicht wieder an ähnlichen Protestaktionen gegen ihre Regierung beteiligen dürfen."* Daß die Behörden in der BRD berechtigte Aktivitäten gegen das Schah-Regime unterbinden wollen, ist aber nicht alles: Das iranische Konsulat hat inzwischen den abgelaufenen Pass des einen Studenten unverlängert zurückgeschickt. Dies ist vermutlich nicht ohne Mitwirkung der deutschen Behörden geschehen. Man muß sich vor Augen halten, was es für einen Ausländer bedeutet, ohne Ausweis zu sein. Es kann z.B. den Vorwand für eine Ausweisung abgeben. In diesem besonderen Fall ermöglicht es der iranischen Geheimpolizei (SAVAK), die auch in der BRD „arbeitet", die opposotionellen Iraner noch fester in den Griff zu bekommen. Das europäische Hauptquartier der SAVAK befindet sich in Genf. Sein Chef in der Schweiz wurde kürzlich ausgewiesen. Durch Auflagen wie die in diesem Fall praktizierten werden die Grundrechte der Ausländer in der BRD noch mehr eingeschränkt, als sie es ohnehin schon sind: „Ausländer genießen alle Grundrechte, mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), der Vereinsfreiheit (Art. 9, Abs. 1 GG), der Freizügigkeit (Art. 11 GG), der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte (Art. 12, Abs. 1 GG) sowie des Schutzes vor Auslieferung an das Ausland (Art. 16, Abs. 2, Satz 1 GG)." (Aus der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes)

Es zeigt sich wieder einmal, in welchem Interesse die Ausländerbehörden in der Bundesrepublik handeln, wenn es darum geht, die Beziehungen der BRD zu befreundeten faschistischen Staaten aufrechtzuerhalten. Für die BRD als Staat ist es wichtiger, solche Folterregimes wie das des Schahs zu unterstützen, als kritische Stimmen der in der BRD lebenden Ausländer gegen ihre undemokratischen Regierungen zu fördern oder auch nur zu dulden.

Eine starke Opposition gegen das Schah-Regime in der BRD gefährdet nämlich die Waffen- und Atomkraftwerkeinkäufe des Schah.

PRESSEERKLÄRUNG

Am 25.6. 1975 erklärte die VR Mosambik ihre Unabhängigkeit. Zur Zeit steht das Land wegen der Hinterlassenschaft des portugiesischen Kolonialismus vor großen Problemen.

Während der Kolonialzeit wurden fast ausschließlich Portugiesen zu Fachkräften ausgebildet. Die meisten Afrikaner konnten nicht einmal die Grundschule besuchen. Die Portugiesen haben inzwischen zum großen Teil das Land verlassen. Aufgrund ihrer anerzogenen kolonialen Denkweise verkrafteten sie nicht, nun in einem von Afrikanern regierten Land zu arbeiten.

Noch weniger waren sie dazu bereit, sich mit den nun bildenden sozialistischen Strukturen abzufinden.

Bis genügend Mosambikaner ausgebildet sind, will die Regierung dem Mangel an Fachkräften durch Anwerbung in aller Welt begegnen.

Peter Altenstetter und Clemens Roloff, zwei Mitglieder der Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD, besuchten im Juni/Juli dieses Jahres Mosambik. In einem Gespräch mit dem Minister für Wirtschaftsplanung und Vizepräsident der FRELIMO, Marcelino dos Santos, wurde an sie die Bitte herangetragen, auch in der BRD Personen, die sich am Aufbau des Landes beteiligen wollen, zu gewinnen.

Folgende Berufe werden dringend gebraucht:

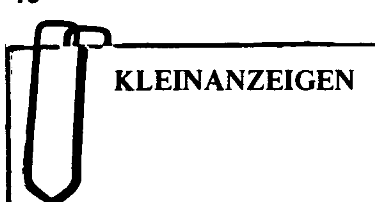
- Ärzte, besonders Chirurgen und Neurologen
- Ingenieure
- Facharbeiter, z.B. Monteure, Elektriker, Fahrstuhlmechaniker
- Lehrer

Interessenten müssen bereit sein, mindestens 2 Jahre in Mosambik zu arbeiten. Die portugiesische Sprache können sie auch im Lande erlernen.

Marcelino das Santos wies ausdrücklich darauf hin, daß die Bewerber bereit sein müssen, unter den Bedingungen eines sozialistischen Staates zu leben und zu arbeiten.

Auskunft bei: Clemens Roloff, Tel. 02221/47 55 41
Peter Altenstetter, Tel. 07244/97 30

⊙ ⊙ ⊙



KLEINANZEIGEN

Nichtkommerzielle Kleinanzeigen veröffentlichen wir kostenlos. Vorlagen bitte maschinengeschrieben einreichen!

Bonner WG (Studenten und Berufstätige) sucht ab sofort als 7. Mitglied bevorzugt berufstätige Frau.
Tel: (02221) 23 48 74



Die Argentinien-Informationsgruppe bittet um Zusendung aller neu bekanntwerdenden Nachrichten über Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Verhaftungen ohne Anklage, Entführungen, Folterungen usw. in Argentinien. Auch aktuelle Zeitungsausschnitte aus Lateinamerikanischen Zeitungen über obengenannte Vorkommnisse bitten wir uns zuzusenden.

Argentinien-Infogruppe
Postfach 1124
7400 Tübingen 1



Berliner AG im Rahmen des Forschungsgebietsschwerpunktes Außenpolitik an der FU Berlin, Teilprojekt III. Welt/Peripheriegesellschaften, hat Interesse an

Informationsaustausch zum Thema
Multis in Afrika

Kontaktadresse: Arbeitsstelle Politik Afrikas,
Kiebitzweg 7, 1000 Berlin 33

VIETNAM – EIN LEHRSTÜCK

Politik und Religion

Herausgegeben von:
NGUYEN MAI TAM und HEINZ KOTTE
(Arbeitskreis Vietnam)
In Zusammenarbeit mit HARTMUT DREIER
(Ev. Studentengemeinde Bochum)

Bochumer Hefte Nr. 5
5,– DM plus Porto

zu beziehen von:

- Ev. Studentengemeinde (ESG)
  Postfach 52 02 29
  4630 BOCHUM
- Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
  Jebenstraße 1
  1000 BERLIN 12
- Nguyen Mai Tam und Heinz Kotte
  Malteserstraße 52
  5330 KÖNIGSWINTER 1

offensiv links*)

Es handelt sich hier um Berichte, die vom Leser handeln – denn er ist der Handelnde – oder er wird gehandelt wie ein Stück „objektive" Nachricht – im Betrieb und in der Ausbildung, in den Kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung schafft er seinen eigenen Bericht – und davon handelt diese Zeitung.

Erscheint 10-12 mal im Jahr, Abo öS 50, DM 10

Bestellungen an den Vertrieb in:
A-1040 Wien, Belvederegasse 10

*) **In Zeiten der Sozialpartnerschaft: ...das Kleingedruckte lesen!**

bitte beachten Sie Seite 3!

Lehrerfortbildungs-seminar

Der Lerbacher Arbeitskreis (s. anl. Karte) veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem WUS am 4./5.12.1976 ein entwicklungspolitisches Lehrerfortbildungsseminar unter dem Thema „Von der Hochkultur zum Entwicklungsland" für angehende und ehemalige Entwicklungshelfer der verschiedenen Dienste. Wir sprechen mit dieser Einladung besonders Referendare und Lehrer für die Sekundarstufe I an, sind jedoch auch bereit, die Primar- und Sekundarstufe II in unserem Programm zu berücksichtigen, sofern sich dafür genügend Interessenten melden.

Die Kosten für Anreise und Unterkunft werden bis auf eine geringfügige Teilnahmegebühr (ca. 15,– DM) vom WUS übernommen. Nähere Angaben über Beginn und Ort der Tagung erfolgen nach Teilnahmebestätigung. Diese geht an den World University Service, Lessingstraße 32, 5300 Bonn, unter Angabe des Vor- und Nachnamens, Adresse, Schulstufe, Schulart, Fächerkombination, Entwicklungsdienst bei . . . , in . . . zurück seit . . ., eine Teilnahme ab Freitagabend/Samstagmittag ist möglich (Nichtzutreffendes streichen), Unterschrift.

Theorie und Klasse

Blätter für wissenschaftliche Kritik

Heft 1: Die Programmatischen Forderungen der Arbeiterklasse in der BRD – Randglossen zu DKP-Thesen – Axiomatische Bemerkungen zum Gegenstand der Pädagogik 1,– DM
Heft 2: Die Frankfurter Schule und die Naturdialektik – Der Dialektische Materialismus und die Quantentheorie – Grundfragen naturwissenschaftlicher Didaktik – Denkformen des Warentausches bei Kant (Anti-Sohn-Rethel) – Dialektik des chinesisch-sowjetischen Konflikts 2,– DM
Heft 3: Zur Kritik der pädagogischen Linken – Thesen zur Allgemeinen Didaktik als Wissenschaftsdidaktik 1,– DM
Heft 4: „Roter Pauker" contra wissenschaftlichen Sozialismus – „Der Rhein dampft": ein Projekt bürgerlicher Dequalifikationspädagogik – u.a. 1,– DM
Heft 5: Zur Theorie des allgemeinen Arbeitsprozsses bei Hegel – Kritik des KBW-Programms – Wissenschaftsanarchie und bürgerliche Didaktik 1,– DM
Heft 6: Zur Geschichtsschreibung des mnU – Zur Krise der Sowjetpädagogik – Das Wesen der Gewerkschaften (I) DM 1,50
Heft 7: Das Wesen der Gewerkschaften (II) – Hegels Dialektik von Herr und Knecht – Rezension: Fritz Brand DM 1,50
Heft 8: Deduktion des Staates DM 2,50
Heft 9: Dialektik in Formeln. Logik der bestimmten Negationen DM 3,–

Bezug: Maldoror KG, 2 Hamburg 13, Postfach 132251

Bild – Ton – Medien zur Internationalismusarbeit

Chile o Bolivien o Bananenrepubliken o Angola o Cap Verden o Portugal o Oman/Dhofar o Korea o VR China

Das AVZ bietet Möglichkeiten zu Koproduktion bzw. zur Übernahme von Tonbildschauen in den Verleih. Rückprojektionsanlage für Mehrfelderschau (Multivision) zum Einsatz bei Großveranstaltungen vorhanden.
Nähere Informationen und ausführlicher Prospekt bei:

Zentrum für audiovisuelle Öffentlichkeitsarbeit e.V.
Clemensstraße 120, 8000 München 40,
Telefon: 089 – 30 03 05 8

PÄD kontrovers

wird von unorganisierten Freiburger Studenten gemacht. Wir haben bisher folgende Hefte herausgebracht:

Nr. 1 aus dem Inhalt:
- Warum wir hier schreiben wollen!
- Zwischenprüfungsprotokoll und Kritik
- Wissenschaftskritik am hiesigen Lehrstuhl f. Erziehungswissenschaft

Nr. 2/3 aus dem Inhalt:
- „Weg mit dem Numerus clausus"!?
- THEMA: Lehrer werden (Analyse, Interviews, Literaturbericht) I
- Sexualaufklärung in der Schule I

Nr. 4 aus dem Inhalt:
- WIE und WARUM ich bisher an der Uni politisch tätig war, und was ich dabei GELERNT habe
- „Von denen Herren, deren Ordnung, der Friedhofsruh und warumb und wogegen was zuthun sey" (Theater als politische Aktionsform)
- THEMA: Lehrer werden II
- Sexualaufklärung i.d. Schule II

Nr. 5 aus dem Inhalt:
- BAFöG: Kritik studentischer Forderungen u. ein Vorschlag
- Arbeiterkinder im Bildungssystem (Krit. Anm. zu einer Regierungsbroschüre)
- „Strandhafer pflanzen"? (über Jugendgemeinschaftsdienste)

außerdem in allen Ausgaben: Gedichte, Satiren, Rezensionen etc. etc., Umfang: Ø 60 Seiten, Preis: 1,– + 0,70 DM Porto; nur gegen Voreinsendung von Briefmarken oder Überweisung auf Konto 1615 69-757 PSchA Karlsruhe an: PÄD. kontrovers, Wenzinger Straße 58, 7800 Freiburg

PORTUGAL SPANIEN

★ Nr.5 Juni 76 ★

Von der Ordnung der Dinge und der Wörter
Die Frauen – Portugals letzte Kolonie
Das Dilemma nach den Wahlen
Landkooperativen im Ribatejo nach dem 25.11.
• • •
Osttimor
• • •
Soldatenbewegung in Frankreich
• • •
Stadtteilbewegung in Barcelona
Wirtschaftliche Situation und soziale Kämpfe der Arbeiter in Südspanien
u.v.a.m.

Bezug u. Abos:
Portugal-Spanien-Gruppe
c/o „Das politische Buch"
Lietzenburger Str. 99
1 Berlin 15



KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Nr 3/4:

Reform und Revolution in Portugal

180 S., DM 9.-

Aus dem Inhalt:
- Blackburn, Wohin treibt Portugal
- Chronik der laufenden Ereignisse bis April 75
- Hardy, Portugal: Anatomie der neuen Militärmacht
- Die Ökonomie des Mangels Motor und Schranke der portugiesischen Revolution u.a.

Nr. 5:

Portugal – Grenzen der Revolution

100 S., DM 6.

Aus dem Inhalt:
- Münster, Der 25.11. und seine Folgen
- Krabbe, Entwicklungstendenzen der port. Industrie
- Münster, Die Entwicklung der Basisaktivitäten seit dem 25.4.74

Nr. 8/9/10:

Spanien

ca. 250 S., ca. 15, DM

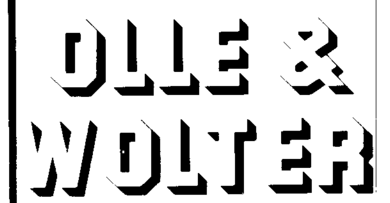
(erscheint im September)

Aus dem Inhalt:
- Rolle der KP im Bürgerkrieg und danach
- Das Erwachen der Arbeiterklasse, ihre neuen Widerstands- und Organisationsformen
- Die ökonomische Krise
- Die Fraktionen der Bourgeoisie und ihr Verhältnis zum Franco-Regime
- Das spanische Militär

Autoren: Claudin, Figueruelo, Cordero, Paramiro, u.a.

Abo.:
4 Nrn., incl. Porto, DM 21,

Fordern Sie Informationsmaterial an. Besuchen Sie uns auf der Buchmesse in Frankfurt (16. – 22.9.76) Halle 6, Stand 1023.



Postfach 4310, 1000 Berlin 30